

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements - Preis: Prämienanbot: Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Anrufnummer für Deutschland und Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Bekannt für die sechsstelligen Adressen, welche über deren Namen 60 Wg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berührungsaussagen 30 Wg. „Kleine Anzeigen“, das ist gebührte Wort 20 Wg. (gültig 2 gebührte Worte), jedes weitere Wort 10 Wg. Stellenangebote und Entlohnungsangelegenheiten des ersten Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 25. April 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Arbeiter Berlins! Protestiert in Massen gegen den Rüstungswahnwitz!

Der braunschweigische Landtag an der Wahlreform.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben: Am 17. d. M. hat endlich der braunschweigische Landtag die Beratung der Wahlreform begonnen. Wer die braunschweigischen Verhältnisse nicht kennt, muß darüber erstaunt sein, daß es die erste Tat des braunschweigischen Landtages war, dem nach dem neuen Wahlgesetz zu wählenden Landtage schon vor der Beratung dieses Wahlgesetzes eine Geschäftsordnung zu geben. Man dachte sich nur: ein neues Parlament wird noch einem neuen Wahlrecht gewählt, aber das alte macht ihm seine Geschäftsordnung!

Es geht eben im Herzogtum Braunschweig gar sonderbar zu. Die Geschäftsordnung kommt nämlich durch einen Akt der Gesetzgebung zustande. Nicht der Landtag entwirft die Geschäftsordnung, sondern die Regierung. Diese legt sie dem Landtage vor. Er hat sie nur zu beraten. Ihre Gültigkeit ist von der Zustimmung der Regierung abhängig.

Die neue Geschäftsordnung ist nun keineswegs etwas Neues, sondern nur eine Aufwärmung der alten mit kleinen redaktionellen Änderungen. Sie stammt noch aus dem Jahre 1832, als nach dem Aufstande vom Jahre 1830, bei dem das Herzogschloß abgebrannt und der selbstherrliche Herzog Karl, der bekannte Diamantenhändler und nachmalige Bundesfreund Napoleons III., verjagt wurde, das braunschweigische Volk eine Art von Verfassung erhielt, die in der Hauptsache noch heute existiert. In dieser altfeudal-mittelalterlichen Geschäftsordnung, die viele Merkwürdigkeiten enthält und unter anderem den Abgeordneten nur 15 Minuten Redezeit gewährt, befinden sich auch folgende einzigartigen Paragraphen:

§ 55. Abgeordnete, welche die Redefreiheit mißbrauchen, insbesondere sich zu beleidigenden Äußerungen fortzusetzen lassen oder sonst die Ordnung verletzen, werden von dem Präsidenten zur Ordnung gerufen.

Wird die vom Präsidenten gerufte Ordnungswidrigkeit fortgesetzt oder geht sie in Widersetzlichkeit gegen die Anordnungen des Präsidenten über, so kann auf dessen Antrag die Landesversammlung dem Schuldigen ohne Erörterung sofort das Wort entziehen und bei größeren Ordnungswidrigkeiten ihm nach vorgängiger Kommissionsberichterstattung durch einen in der nächsten Sitzung zu fassenden Beschluß durch Verwarnung strafen oder ihn auf Zeit, jedoch höchstens für die Dauer der Wahlperiode, von den Verhandlungen ausschließen. . .

§ 58. Sollte der Fall eintreten, daß ein Abgeordneter: 1. die dem Landesfürsten oder dessen fürstlichen Hause schuldige Ehrfurcht verleiht, oder 2. Anträge auf Umfug der Verfassung stellt, oder 3. die Grenzen der freien Äußerungen auf eine die Ruhe des Landes oder des Reiches gefährdende Weise überschreitet, so ist der Präsident verpflichtet, die Sitzung zu schließen und in der nächsten Sitzung über den Vorgang Bericht zu machen. Die Landesversammlung hat sodann darüber Beschluß zu fassen, ob der schuldige Abgeordnete auf bestimmte Zeit, jedoch höchstens für die Dauer der Wahlperiode, von den Verhandlungen auszuschließen ist.

Diese Ungeheuerlichkeit ist mit allen übrigen Schönheiten von der Regierung auch in die neue Geschäftsordnung übernommen worden, und die Wahlrechtskommission des Landtages hatte nicht das geringste daran auszusagen! Man dachte sich nämlich: „Kommen nach der Annahme der Wahlreform einige Sozialdemokraten in den Landtag, so kann man sie an der Hand dieser Kaufschußparagraphen jederzeit wieder hinauswerfen.“ Die Wahlrechtskommission hatte sogar beantragt, an Stelle des Ausschusses von den Verhandlungen den Ausschluß von den Sitzungen zu setzen, damit sich der Ausschluß nicht etwa noch als Zuhörer im Landtage aushalten könnten! Der Landtag nahm am 17. d. M. in erster Lesung fast alle Paragraphen der vorsintflutlichen Geschäftsordnung unbesehen und ohne Debatte an. Nur bei dem genannten Paragraphen beantragte der Abgeordnete Südekum Jurisdiktion an die Kommission. Der Antrag fand nicht einmal die Unterstützung des Hauses. Erst als ein anderer Abgeordneter beantragte, den § 56 zu streichen und die Bestimmung, was ordnungswidrig sei, dem Präsidenten zu überlassen, gingen die Paragraphen denn doch an die Wahlrechtskommission zurück.

Diese machte schnelle Arbeit und beantragte schon in der Sitzung vom 18. die Bestimmung, was des Hinauswerfens würdig sei, dem Präsidenten zu überlassen. Wer dreimal zur Ordnung gerufen worden, soll auf Antrag des Präsidenten auf die Dauer der Wahlperiode, also auf vier Jahre, von der Teilnahme an den Sitzungen ausgeschlossen werden können,

was nach dem Wahlreformentwurf auch den Verlust des Mandats zur Folge hätte.

Diese draconische Bestimmung war jedoch dem Landtag noch zu milde. Der Welfenfürer Dedekind wollte auf die Spezifizierung der den Hinauswurf bedingenden Verbrechen im § 56 nicht verzichten. Ein anderer Abgeordneter hielt diese Bestimmungen schon deshalb für notwendig, weil vielleicht auch einmal ein sozialdemokratischer Vizepräsident à la Scheidemann die Verhandlungen leiten und eine Verletzung der dem fürstlichen Hause schuldigen Ehrfurcht ungerügt lassen könne. Der Landtag gab den Herren recht und setzte die Hausrechtsparagraphen aus dem Jahre 1832 wieder in ihr altes Recht ein! Diese Paragraphen sind so ungeheuerlich, daß sie sogar das gleiche Wahlrecht illusorisch machen würden. Der Kommissionsreferent stellte sogar in Aussicht, dem Hinausgeworfenen das Mandat nicht abzuspüren, damit keine Neuwahl stattfinden könne.

Während man sich über dies vorsintflutliche Monstrum einer Geschäftsordnung bald einigte, schien es mehrere Tage lang, als ob eine Einigung über das Wahlrecht nicht zustande kommen sollte. Der Landtag setzte nämlich den Vorschlägen der Regierung anfangs den lebhaftesten Widerstand gegenüber — aber nicht, weil ihm der Wechselhaß zu heißlich, sondern weil er ihm noch zu schön erschien!

Die Regierung spielte dabei eine traurige Rolle. Der Justizminister nannte die Regierungsvorlage selbst das kleinste der unvermeidlichen Uebel, und auch der Staatsminister gab zu, daß die Wahlreformvorlage viele Mängel zeige, daß das aber eben die Mängel seien, die jedes Dreiklassenystem notwendig mit sich bringe. Er wolle gewiß nicht die Sozialdemokratie in den Landtag bringen, aber wenn man die indirekte Wahl abschaffe und die dritte Klasse für sich wählen lasse, müsse man doch auf den Einzug einiger Sozialdemokraten in den Landtag gefaßt sein. Das sei nicht schlimm, da ja die Vorlage die der Sozialdemokratie erreichbaren Mandate auf 12 beschränke und der ersten und zweiten Klasse 42 Mandate sichere. Er werde die Sozialdemokratie weiter bekämpfen, nicht nur mit geistigen Waffen, sondern auch mit den Mitteln des Staates, weshalb der Landtag das berittene Polizeikorps bewilligen solle. Der Staatsminister sprach in geradezu weinerlichem Tone die Abgeordneten an, endlich Vernunft anzunehmen und die harmlose Vorlage, die doch eigentlich nur an Stelle der indirekten die direkte Wahl setze, anzunehmen. Die Regierung käme in die größte Verlegenheit, wenn nichts zustande käme. Auf die Wahlreform oder eine allgemeine gleiche Wahl könne sie sich nicht einlassen, alle solche Vorschläge seien ihr unannehmbar. Werde die Vorlage abgelehnt, so habe der Landtag die Folgen zu tragen.

Nach längerem Streiten scheint nun aber doch die Annahme des Wahlreformentwurfs der Regierung gesichert. Aber wie wird die Wahlreform aussehen! Um die dritte Klasse, die für sich direkt 12 Abgeordnete wählen sollte, der „Majorisierung durch die Sozialdemokratie“ zu entziehen, haben ein nationalliberaler Kommerzienrat — Schmidt heißt er — und ein nationalliberaler Zeitungsverleger — Wessel ist sein Name — den Antrag gestellt, die dritte Klasse durch ein Buralwahlrecht noch einmal zu spalten! Wer mehr als 20 M. direkte Staatssteuern zahlt, was einem Einkommen von 2100 M. gleichkäme, erhält eine zweite Stimme. Damit soll dem Mittelstande zu seinem Rechte verholfen werden. Natürlich wird dadurch die Arbeiterklasse völlig entrechtet und die ganze Wahlreform, die sowieso schon jämmerlich genug war, null und nichtig gemacht.

Der Kommissionsreferent und auch der Staatsminister haben sich mit dieser neuen Verhöhnung bereits einverstanden erklärt!

In der Einzelberatung wurden die Bestimmungen, die die Wahlberechtigung vom zurückgelegten 25. Lebensjahre, der Staatsangehörigkeit, dem dreijährigen ununterbrochenen Aufenthalt im Herzogtum und einer gewissen Steuerleistung abhängig machen, angenommen. Die Klausel, daß Staats-, Gemeinde-, Reichs-, Kirchen- und Schulangestellte nach einjährigem Aufenthalt wahlberechtigt werden, wurde abgelehnt. Ein Antrag, den Aufenthalt allgemein auf ein Jahr zu beschränken, fand nicht einmal die Unterstützung des Hauses.

Gar löbliche Ansichten wurden, bei den Beratungen entwickelt. Ein Agrarier wollte sechs Wochen vor der Wahl das Erscheinen der Zeitungen verbieten. Ein anderer meinte, wenn unter dem bestehenden Wahlrecht die Wahlberechtigung so schwach sei, so beweise das die Zufriedenheit des Volkes mit diesem Wahlrecht; denn zufriedene Menschen wählen nicht.

Der der Fortschrittlichen Volkspartei angehörende Abgeordnete Südekum erklärte, daß er das Wahlrecht für das Herzogtum Braunschweig für unannehmbar halte.

Wenn auch in dem Programm der Fortschrittlichen Volkspartei das geheime und direkte Wahlrecht gefordert werde, so sei das nur eine Zukunftsforderung, die zu nichts verpflichte! Unter allen Gegnern der Wahlrechtsvorlage befand sich bezeichnenderweise kein einziger, der das allgemeine gleiche, direkte und geheime Landtagswahlrecht gefordert hätte!

Wehrvorlagen.

Der Reichskanzler glänzte heute durch Abwesenheit. Er hätte auch schwerlich mit Wehagen dem gelächelt, was der Genosse Gradnauer zu sagen hatte, denn an der Hand eines fleißig zusammengetragenen und sorgfältig durchnummerierten Materials sollte der sozialdemokratische Redner die Frage des Rüstungswahnwitzes auf und wies auf die Quellen hin, aus denen jede neue Rüstung fließt; den Konkurrenzkampf der kapitalistischen Staaten auf dem Weltmarkt und die hilflosen Seidungspläne adäquater Schwärmer. Mit dem Zentrum ging er ins Gericht und nagelte seine Schwänkung in der Stellung zu Militär, Flotten- und Kolonialforderungen fest. Die „Deckungsvorschläge“ des Reichshauptsekretärs tat er mit Recht als eine bloße Schiedung von Zahlen ab und entfaltete zum Schluß das Banner, das die Sozialdemokratie der Kriegsfahne der bürgerlichen Parteien entgegen hält, das Banner einer weitgehenden und großangelegten Sozialpolitik.

Als zweiter Redner kam Herr Erzberger, der für das Zentrum eine unbegabte Kraft ist, denn, mit der Gottesgabe einer edlen Dreifigkeit bedacht, forcht sich dieser wackere Schwabe mit und wies zudem, da er ein guter Kenner der Ziffernreihen des Etats und ein Sachverständiger in allen möglichen Einzelfragen ist, mit Gesicht dem Zentrum den Schein einer kritischen und fast oppositionellen Partei zu retten, den sie für die Wahlen ebenso nötig hat wie die Sonne der Regierungsgunst. Auch gestern wußte er in seiner Kilometerrede manches Bemerkenswerte zu sagen, so wenn er den verabschiedeten Generalen und Admiralen, die in der Presse Deutschlands Rüstung als bräutigam hinstellen, eins auf die Finger gab, oder wenn er auf den Mißstand bei der Unterbringung der Militäranwärter hinwies, der natürlich mit jeder Heeresvermehrung wächst. Gegen die Uebertreibung der Deckungsvorlage an eine besondere Kommission wandte er sich mit Entschiedenheit.

Den vielzitierten Fall des Duellverweigerers Sambeth hatte Erzberger bei seiner Argumentation herangezogen. Deshalb erhob sich der Kriegsminister v. Heeringen und parierte ein Sprüchlein, mit dem schon sein Vorgänger vor sechs Jahren einen Sturm der Entrüstung im Reichstage und im Lande draußen erregt hatte: nämlich, ein Offizier, der ein Duell ausschlägt, paßt nicht in das Offizierskorps hinein! Dieses fröhliche Bekenntnis zur Gesetzesverachtung ließ auch jetzt wieder Zentrum und Linke von den Sigen empfinden und ein Orkan von Juxsen der Empörung umbrauste den alten Kriegsknecht.

Dann ging es mit einer nicht kurzweiligen Rede des Herrn Paasche, der ein nationalliberales Gemisch von patriotischen Phrasen und finanztechnischen Erwägungen servierte und betonte, daß seine Partei an eine Eindringung der Erbschaftsteuer nicht denke, langsam aber sicher dem Ende zu.

Morgen Weiterberatung der Wehrvorlagen und der nationalliberalen Jesultengeginterpellation.

Aus den Berichten der preußischen Gewerbeinspektoren.

Aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1911 geht hervor, daß mit der Ausdehnung der Industrie die gewerbliche Nachtarbeit am meisten in den Großbetrieben der rheinischen Schwerindustrie vielfach zugenommen hat. Das ist nicht überraschend; sind doch die Vorteile der ununterbrochenen Ausnutzung der Maschinen, Betriebsbeirichtungen und Betriebsräume so bedeutend, daß sie gern die kleinen Speise für die Beleuchtung usw. mit in Kauf nehmen. Natürlich bevorzugen sie auch einen besonderen Vorzug, den die Nachtarbeit für sie hat, nämlich, daß die Aufmerksamkeit der Arbeiter in der Nacht viel mehr wie am Tage sich nur auf ihre Arbeit konzentriert, Ablenkungen wie Lärm auf der Straße gibt es gar nicht, auch Unterhaltungen der Arbeiter finden bei der Nachtarbeit weniger statt. Freilich den Aufsichtsbeamten erklären die Unternehmer immer, daß sie nur ungern und nur da, wo sie sie nicht entbehren können, Nachtarbeit einführen. Und die Behörde ist dann gern bereit zur Erteilung der Genehmigung zu Nachtarbeit. Aber für die Gesundheit der Arbeiter ist die ständige Unterbrechung der Nachtruhe nicht vorteilhaft, denn die Tagesruhe erweist, wie der Aufsichtsbeamte für Köln hervorhebt, bei den engen Wohnungsverhältnissen der Arbeiter sie keineswegs, auch ist sie eine erhebliche Störung des Familienlebens. Für fortbildungspflichtige Arbeiter ist Nachtarbeit, wie der Aufsichtsbeamte für Silberheim hervorhebt, eine bedeutende Störung. Betriebsunfälle machen sich im Nachtbetriebe besonders fühlbar, wo die Hitze mit Nachschau und Leichtigkeit erfüllten Luft in den des Nachts geschlossenen Räumlichkeiten noch gesteigert ist. Das zeigt sich, wie der Bericht aus Köln nachweist, namentlich bei der Nachtarbeit in Badereien. Die hier zutage tretenden Bestrebungen auf Einschränkung des Nachtbetriebes verdienen volle Unterstützung, denn hier liegt der Nachtarbeit nur eine Gewohnheit des Publikums,

aber keine wirtschaftliche Notwendigkeit der Nacharbeit begründe. Ein allmählicher Uebergang zur Tagesarbeit findet hier auch schon in größeren Städten statt, wo mehrmals am Tage frische Brötchen gebacken werden.

In anderen Betrieben hat umgekehrt im letzten Jahre eine Zunahme der Nacharbeit stattgefunden, so in der Textil- und in der Möbelbranche. Auch die königliche Fabrik in Hanau hat in einigen Abteilungen Nacharbeit eingeführt.

Gleichwie in den Holzschmelzereien ist wegen des Übels der Nacharbeit auch die Fischmehlerei in Stöckmann aus Rücksicht auf die Bedegete nur nachts gestattet, obwohl hierbei nur Frauen beschäftigt sind. Auf Beschwerde ist diese Bestimmung aber wieder aufgehoben worden.

Dagegen ist in dem Gießwerk der Stadt Hanau infolge Einführung des Kammerfernbetriebes die Nacharbeit in Wegfall gekommen und das Räder nur ein Bäcker zur Bewahrung der gesamten Anlagen eingestellt.

Eine arge Rücksichtslosigkeit gegen den Fortbildungsschulbesuch ihrer Lehrlinge zeigten Wiesbadener Bäckermeister. Der Bericht schreibt darüber: „In den Bäckereien erleidet, wie schon im Jahresbericht für 1909 erwähnt ist, die Ruhezeit der Lehrlinge häufig eine Unterbrechung durch den Fortbildungsschulunterricht. Eine Verlegung der Schulstunden ist mit Rücksicht auf die geringe Zahl der Bäckereilehrlinge nicht angängig. Um den Lehrlingen eine längere ununterbrochene Ruhezeit zu verschaffen, ist daher mehrfach versucht worden, die Lehrbetriebe zu einer Abkürzung der Arbeitszeit zu veranlassen. Die Bäckermeister bezüchtigen indes lieber auf die weitere Ausbildung von Lehrlingen, als daß sie bei Vermehrung ihrer Arbeitsdauer auf den Fortbildungsschulunterricht Rücksicht nehmen.“ Wenn man das liest, fragt man sich unwillkürlich, ist denn in Wiesbaden nicht ebenso wie in jeder anderen gut verwalteten Stadt die Fortbildungsschule auch für Bäckereilehrlinge obligatorisch, wodurch die Lehrmeister einfach gezwungen sind, ihren Lehrlingen neben der nötigen Ruhezeit auch die nötige Zeit zum Fortbildungsschulbesuch zu geben?

Von der wichtigsten Seite haben die Bijouteriearbeiter in Hanau die Nacharbeit angefaßt, indem sie durch den Metallarbeiterverband mit den Bijouteriefabrikanten eine Vereinbarung getroffen haben, nach der die erste Stunde der Nacharbeit mit 90 Proz. und jede weitere Stunde mit 50 Proz. des vereinbarten Tageslohnes entschädigt werden muß.

Die Beschränkung der Mitgabe von Arbeit nach Hause nach § 137a der Gewerbeordnung soll auch in dem diesjährigen Bericht eingehend erörtert werden. Aber die meisten Gewerbeaufsichtsbeamten erklären selbst, daß hierüber eine Kontrolle schwer durchzuführen ist, indem die Betriebsinhaber nicht zu einer Feststellung verpflichtet sind, ob diese Hausarbeit tatsächlich nur von Angehörigen ihrer Arbeiterinnen und nicht von diesen selbst gemacht werden. Es sind auch nur ganz vereinzelt einige Weirafungen dieserhalb erfolgt. Der wirksamste Schutz gegen diese nur durch unterhördete Lohnbrüderereien erzwungene Extrarbeitsleistung ist die Kontrolle der lokalen Arbeiterorganisationen. Das gibt auch der Bericht aus Düsseldorf an, indem er zu dieser Frage bemerkt: „In einigen Fällen gaben die von Arbeiterorganisationen erstatteten Anzeigen über unzulässige Mitgabe von Arbeit nach Hause zu eingehenden Ermittlungen Anlaß, ohne jedoch zu einem greifbaren Ergebnis zu führen. Immerhin wird man die Kontrolle durch die Organisationen als ein wesentliches Hilfsmittel zur Durchführung des Gesetzes ansehen müssen.“

In der Frage wegen der Lohnzahlung an Minderjährige sind in keinem Berichte erste Bedenken gegen solche direkte Lohnzahlungen erhoben worden, noch haben diese zu Unzufriedenheiten geführt. Auch bestehen nur an wenigen Orten statutarische Bestimmungen, nach denen die Löhne der Minderjährigen an Eltern oder Vormünder abzuführen sind, nach Umständen man sich um diese. Nur manche Eltern sind neugierig, zu erfahren, wieviel Lohn ihr Sohn erhält, vereinzelt wird ja, wie der Bericht aus dem Kreis Opperla mitteilt, von manchen Eltern, deren Sohn aus guten Gründen von ihnen weggegangen ist, verlangt, daß der Lohn an sie ausgezahlt werde, was allerdings meist abgelehnt werden muß. Eine ebenfalls etwas verdächtige Fürsorge zeigen manche Arbeitgeber für ihre jugendlichen Arbeiter, daß sie sie dadurch an ihre Betriebe zu fesseln suchen, daß sie bei den Lohnzahlungen stets Absätze für die Zwangspartasse einbehalten, die erst nach Beendigung der Leiharbeit oder später ausgezahlt werden. Das Landgericht Düsseldorf hat sich veranlaßt gesehen, solche Sparanlagen mit Zwang für unzulässig zu erklären. Aus dem Bezirk Breslau wird berichtet, daß dieses Zwangspartamodell von 14 Betriebsunternehmern gemacht wurde.

Die Frage: Wie ist für Befriedigung des Lesebedürfnisses der gewerblichen Arbeiter gesorgt? beantwortet die meisten Berichte, wenn auch nicht dem Wortlaut so doch dem Sinne nach dahin, daß die gewerblichen Arbeiter dafür selbst am besten sorgen und daß sie jede Fürsorge in dieser Hinsicht von anderer Seite dankend ablehnen. Steigt es doch in dem Bericht aus dem Bezirk Merseburg: „Der geringe Anteil der Arbeiterschaft an der Benutzung der städtischen Bibliothek in Halle ist wohl darauf zurückzuführen, daß in dem Gewerkschaftshause eine Zentralbibliothek eingerichtet worden ist, die im Jahre 1910 an 6554 Personen 11 054 Bücher verliehen hat.“ Ähnlich lauten in erfreulich richtiger Darstellung die Berichte aus Stettin, Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Köln und anderwärts. Aber diese starke Benutzung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbibliotheken gefüllt manchem Ordnungsmann nicht, der nur eine schwache Benutzung der bürgerlichen Bibliotheken gegenüber sieht. So zeigte die städtische Bibliothek in der Arbeiterstadt Frankfurt i. Laufh unter 445 Lesern nur 50 Arbeiter, der Industriecity Gassen unter 221 Lesern nur 29 Arbeiter. Eine Neuerung des Breslauer Berichtes zeigt, wie man diesem „Kostende“ abhelfen will, indem er schreibt: „Die Pflege der schulentlassenen Jugend in der arbeitsfreien Zeit, die schon früher zum Teil umfänglich in Stadt und Land geübt wurde, hat durch den Erlaß des Herrn Kultusministers vom 18. Januar 1911 eine neue starke Anregung erhalten. In 284 Orten bestehen jetzt Jugendpflegeeinrichtungen und 22 800 junge Arbeiter (23,7 Proz.) sind bisher in die Jugendpflege einbezogen worden.“ (Die wollen wir schon vor dem sozialdemokratischen Gift schützen.)

Bei Erörterung der Aufgabe: „Sorge für das Entweichen der Arbeiter bei Feuer ausbrüchen“ haben viele Berichterstatter nur das Vorhandensein der nötigen Feuerlöschgeräte im Auge und die dem Zweck der Feuerlöschung entsprechenden baulichen Einrichtungen. Aber mancher scheint sich das etwas leicht zu machen, indem er denkt, wenn nur Feuerlöscher Türen, die nach außen aufschlagen und eine Klotzreihe vorhanden ist, aber wenn statt dieser eine gute Feuerleiter, so wird es auch gehen. Doch es geht im Ernstfall manchmal so schlecht, daß zu dem Feueranlaß noch ein Unfall bei der Rettung hinzukommt. Viele Frauen und Mädchen, sogar manche Männer, können absolut nicht auf einer freien Leiter schnell absteigen, und in jedem Falle wird dann die Bergung der in Gefahr befindlichen Personen in unheilvoller Weise verzögert. Denn geht schon bei einem gewandten Manne das Herabklettern auf einer Leiter weit langsamer, als das Absteigen auf einer Treppe, zumal wenn dieselbe ein Geländer hat. Um wiederholt über die Bergung einer großen Anzahl in höchster Aufregung befindlicher Personen zu berichten, wenn sie auf einer schnell aufgestellten sog. Rettungsleiter hinabsteigen sollen. Und doch haben viele Betriebe auch mit einem ziemlich großen Personal nichts als eine solche Feuerleiter. Auch viele Gewerbeaufsichtsbeamten begnügen sich in ihren Berichten mit dem Vorhandensein einer Feuerleiter. Wahrscheinlich haben sie noch nie einen wirklichen Brande beobachtet. Dabei sind die Fenster manchmal hart verquollen und schwer zu öffnen, wenn sie auch nicht vergittert sind. Das alles findet man bei einem fingierten Brande. Solche sollte jedes große Unternehmen verpflichtet sein, von Zeit zu Zeit unerwartet vorzunehmen. Dann wird sich schon die Notwendigkeit der Beschaffung einer wirklichen Klotzreihe herausstellen, und man wird nicht nur auf das Vorhandensein aller dazu nötigen Mittel achten, sondern auch auf das Vorhandensein aller zur Verhütung des Ausbruchs eines Brandes nötigen Einrichtungen achten und auch auf ihre Brauchbarkeit im gegebenen Falle. In dieser Hinsicht zeigen auch

diese Feuerlöschgerätegesellschaften ein anständiges Entgegenkommen. Denn das Verhüten eines Brandes ist immer billiger und leichter als das Löschen. Solche Proben sollten am besten in Gegenwart des Gewerbeinspektors vorgenommen werden. Aber das ist in keinem Bericht vorgeschlagen.

Von den anderen zum Teil sehr interessanten Mitteilungen und Ausführungen in diesen Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten erheben manche noch dringlicher Klagen und Erörterungen, als die hier besprochenen sechs Punkte.

Der Krieg.

Die Antwort der Pforte auf die Friedensvermittlung der Mächte.

Konstantinopel, 24. April. In dem dem Ministerium des Auzhara nahestehenden Kreise wird erklärt, daß die in sehr freundlichem Tone gehaltene Antwort der Pforte auf die Mitteilung der Mächte bei den Botschaftern einen guten Eindruck gemacht habe. Der Inhalt der Antwort wird vorläufig noch geheim gehalten. Der Ministerrat wird über die Veröffentlichung des Textes der Antwort morgen beschließen. Die Antwort soll, wie es heißt, den früheren Standpunkt der Pforte wahren und überdies hervorheben, daß Italien sich bloß mit einigen Punkten der Küste von Tripolis beschäftigt, deren Bevölkerung der Türkei anhänglich bleibe. Die Pforte frage daher, wie das Annektionsdekret als Grundlage für Friedensverhandlungen dienen könnte. Im übrigen habe die Pforte den Schritt der Mächte gut aufgenommen.

Russischer Protest gegen die Dardanellen-Sperre.

Konstantinopel, 23. April. Der russische Botschafter v. Giers überreichte der Pforte eine schriftliche Mitteilung, in welcher die Wiedereröffnung der Dardanellen-Schiffahrt verlangt wird. Wie es heißt, hat die Pforte alle Vorkehrungen zur Wiederaufhebung der Sperre getroffen, die in wenigen Stunden bewirkt werden kann. Der Ministerrat wird voraussichtlich morgen über die Angelegenheit Beschluß fassen.

London, 23. April. Wie Lloyd meldet, haben die Behörden in Konstantinopel die Warnung an die Dampfer wiederholt, eine Durchfahrt durch die Dardanellen zu versuchen; sie würden sonst beschossen werden. Der englische Dampfer „Paddington“ durchfuhr die Dardanellen trotz der Warnung.

Ein heftiger Kampf bei Buchamez.

Rom, 23. April. Die Agenzia Stefani meldet aus Buchamez: Gestern zeigten sich vor dem Fort starke arabische Reitergruppen, die besonders zahlreich aus dem Süden und Südwesten vorbrachen, sich aber nach den ersten Schüssen der italienischen Artillerie zerstreuten. Heute früh griffen starke feindliche Massen mit Artillerie die italienischen Stellungen heftig an. Es entbrannte ein erbitterter Kampf, der bis 2 Uhr nachmittags dauerte und mit einem vollständigen Siege der Italiener endete. In dem Kampf nahmen teil das 60. Infanterieregiment, das 6. Asari-Bataillon, die Genietruppen und die gesamte Artillerie. Der Feind erlitt sehr große Verluste, die ihn zur Flucht veranlaßten. Die Italiener hatten 7 Tote und etwa 66 Verwundete, unter denen sich Hauptmann Bianchi vom Asari-Bataillon befindet.

Ein Beduinenaufgriff.

Tobruk, 24. April. (Meldung der Agenzia Stefani.) In der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr griff ein starker Beduinentrupp, der von türkischen Soldaten durch Trompelsignale geführt wurde, das neue Fort heftig an und versuchte es zu umgehen. Der Angriff wurde verschiedentlich erneuert, bis gegen 11 Uhr der Feind gezwungen wurde, sich in Unordnung zurückzuziehen. Er ließ auf dem Kampfsplatz Jagen, Drahtscheren und andere Instrumente zurück. Zahlreiche Blutspuren legten von seinen schweren Verlusten Zeugnis ab. Auf italienischer Seite sind nur zwei Mann durch ausschlagende Geschosse verletzt worden.

Exer Ven.

Sairo, 24. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Wie der Sekretär des Oberkommandos der hohen Pforte erklärt, ist die von Rom aus verbreitete Meldung vom Tode Exer Behs reine Erfindung.

Die Revolution in China.

Tibetaner gegen Chinesen.

London, 24. April. Wie der „Times“ aus Kalkutta gemeldet wird, telegraphierte der chinesische Korrespondent der Zeitung „The Statesman“, er habe auf einer Reise von Sjangtsi nach Kalingpa eine Karawane mit 12 Ästern moderner Gewehre getroffen, die für die Tibetaner bestimmt waren, die Thassa belagern. Anscheinend hatten 2000 chinesische Soldaten Thassa, das von Tibetanern umringt ist. Die chinesischen Truppen, die 200 Mann verloren haben, sind in die südlichen Vorstädte gedrängt worden. 5000 Mann chinesische Truppen, die von Szechuan zum Entschloß Thassa anrücken, haben Wolang passiert. Die Grenzstädte, die von den Chinesen belagert werden, ziehen gleichfalls gegen Thassa.

Anleihschwierigkeiten und kein Ende.

Peking, 24. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Premierminister Tangschaoi unterbreitete gestern den Gesandten Englands, Deutschlands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten eine Erklärung Chinas über die augenblickliche Lage. In der Erklärung wird das längere das Vorgehen der chinesischen Regierung in der Frage der belgischen Anleihe auseinandergesetzt. Die Ausführungen des Premierministers wurden aber nicht als überzeugend angesehen. In ihrer Erwiderung wiederholten die Gesandten ihren Protest und verlangten die Annulierung der Anleihe. Diese ist noch nicht erfolgt, obwohl Tangschaoi sich tatsächlich damit einverstanden erklärt hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. April 1912.

Spartassengesetz.

Die Vorlage betr. Anlegung von Spartassenscheinbüchern in Inhaberpapieren, das sogenannte Spartassengesetz, ist am Mittwoch vom Abgeordnetenhause an eine besondere Kommission überwiesen worden. Doch ist das Schicksal dieses bereits früher einmal gestellten Gesetzes, obwohl das Herrenhaus ihm bereits zugestimmt hat, recht ungewiß. Uneingeschränkter Zustimmung begegnet es bei keiner Fraktion, und selbst die Rechte ist noch geteilter Ansicht. Charakteristisch ist es, wie die Vertreter der Regierung sich in Widersprüchen bewegen. Der Minister des Innern bestreitet, daß die Vorlage eingebracht sei, um den Kurs der Staatspapiere zu heben, während sein Kollege von der Finanzverwaltung das direkte Gegenteil behauptet. Bedenken gegen den Regierungsentwurf brachten namentlich die Abg. Kardorff (H.), Dr. Crüger (Sp.) und Leinert vor. Abg. v. Kardorff erklärte die Vorlage für unannehmbar, da sonst

das Geld aus den Sparkassen in die Banken wandern würde. Abg. Dr. Crüger wandte sich gegen die Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsleben, und Leinert kritisierte den Eingriff in die Selbstverwaltung und nahm sich der kleinen Sparten an, deren Einlagen nach dem Wunsche der Regierung verwendet werden sollen, um den Kurs der Staatspapiere zu heben. Mit Recht fragte er, warum man denn dazu nicht das Geld verwende, das die Kapitalisten bei den Banken deponiert haben.

Nachdem noch gegen die Stimmen der Polen, Sozialdemokraten und Dänen der Etat der Anstellungscommission für Westpreußen und Posen bewilligt war, vertagte sich das Haus.

Am Donnerstag soll die zweite Lesung des Etats des Ministeriums des Innern beginnen.

Schutzzölle und Güterpreise.

Eine außerordentlich interessante Untersuchung über den Zusammenhang zwischen Schutzzöllen und Güterpreisen hat der Oberleutnant v. D. Dr. Franz Hörens angestellt in einer Schrift: „Die Preisbewegung landwirtschaftlicher Güter in den nördlichen Teilen Oberbayerns 1900—1909.“

Die von der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität München mit dem Altsitzit ausgezeichnete Schrift stellt zunächst die Bewegung der Güterpreise seit 1900, sowie die Zeit und die Zahl der Kaufabschlüsse innerhalb des Beobachtungsgebietes fest und kommt dabei zu folgenden, höchst bemerkenswerten Ergebnissen.

Bis 1908 ist die Zahl der Kaufabschlüsse verhältnismäßig gering, nämlich 1900: 196, 1901: 188, 1902: 192. Mit dem Jahre 1908 aber ändert sich die Lage. Die Zahl der Kaufabschlüsse steigt auf 278, um dann immer noch mehr zu steigen.

„Dieser Umkehrung“, bemerkt Hörens dazu, „läßt sich nur durch eine ähner Veranlassung erklären, und diese ist die am 25. Dezember 1902 erfolgte Bekanntmachung eines neuen Zolltarifgesetzes, welches mit Wirksamkeit vom 1. März 1906 den Einfuhrzoll auf Weizen, Roggen, Gerste und Hafer ganz wesentlich erhöhte. Eine Erhöhung des Zolles bewirkt aber höhere Einnahmen des für den Markt produzierenden Landwirtes. Die sonach, allerdings erst für 1908, in sichere Aussicht gestellte Verbesserung der Lage übt aber sofort einen Einfluß auf die Preisbildung des Bodens aus; der zukünftige Gewinn wird schon in der Gegenwart teilweise vortweggenommen, und zwar trotz 1908 andauernd gedrückter Getreidepreise. Von 1904 an erfahren dann aber auch die Getreidepreise eine nicht unbeträchtliche Steigerung.“

„Der Gewinn aus der Zollerhöhung ist naturgemäß für denjenigen Landwirt am größten, der das meiste Getreide auf den Markt zu bringen vermag; je größer also der Besitz und je ertragreicher der Boden, desto größer auch der Gewinn.“

Die Richtigkeit dieser theoretischen Behauptung wird durch die Tatsachen voll bestätigt. Betrachtet man die Preiscurven der Größtenklasse über 20 Hektar, so findet man, daß die Preise der Güter mit guten Böden bedeutend mehr steigen, als die der Güter mit mäßigen Böden. Der Unterschied beträgt 1903: 4 Proz., 1904: 10 Proz., 1907: 15 Proz. und 1908: 23 Proz. Wie verhältnismäßig der Preis mit der Größe der Güter steigt, kann in der Klasse „guter Ertrag über 20 Hektar“, noch besonders gezeigt werden. Hier sind die Preise (die von 1900/02 = 100 gesetzt) gestiegen im Jahre

	1904	1906
bei 20—50 Hektar auf	127 Proz.	185 Proz.
bei 50—100	140	201

In großen Ganzen beträgt die Steigerung der Güterpreise im nördlichen Oberbayern nach Hörens rund 40 Proz. Den unmittelbaren Anteil der Zollgesetzgebung an dieser Preiserhöhung berechnet er auf 19 bis 20 Prozent: „Der Getreidezoll ist somit der schwerwiegendste Grund für die Steigerung der Preise landwirtschaftlicher Güter.“

Hat also, so fragt Hörens, der Schutz Zoll seinen Zweck erreicht? Für den Augenblick: ja; für die Dauer: nein! Der Zolltarif hat die Ueberproduktion angeregt und die Kaufpreise der Güter haben durch sie eine solche Höhe erreicht, daß von einer Rentabilität einzelner Anwesen schon jetzt nach wenigen Jahren, nicht mehr gesprochen werden kann. Der Gesetzgeber hat diese unerwünschte Begleiterscheinung des Schutzzölles nicht berücksichtigt; er hat mit Menschen gerechnet, wie sie sein sollten, er hat sich daher verrechnet. Der Wirtschaftspolitiker aber nimmt die Menschen, wie sie sind; er stellt im Getreideschutz eine „Schraube ohne Ende“, zum Nachteil der Gesamtion, niemals aber ein Mittel zur „dauernden“ Besserung der Landwirtschaft.

In Ungnade gefallen.

Der Staatssekretär von Elsh-Lothringen, Jörn v. Bulach, hat vor einiger Zeit in der ersten reichsständischen Kammer die sehr verständige Bemerkung gemacht, daß die Regierung kein Recht habe, zu fragen, wie die Beamten gewählt haben. Etwas sehr verpöndelt geht die „konservative Korrespondenz“ daran, diesen Staatsbeamten in der üblichen Weise abzulanzeln. In der Nummer vom 23. April schreibt sie:

„Dann aber können wir nicht umhin, unserem fremden Ausdruck zu geben über die sehr bedauerliche Erscheinung, daß Herr Jörn v. Bulach es unternimmt, die pflichtvergessenen Beamten, die der Sozialdemokratie, also dem Feinde der bestehenden Staatsordnung, ihre Stimme geben, förmlich zu entkündigen. Dergleichen zeugt es nicht von allzu starkem Verantwortlichkeitsbewußtsein, wenn Herr v. Bulach die Pflicht der Regierung dahin aufstellt, als ginge diese die Beschäftigung der Revolutionspartei überhaupt nichts an. Nach seiner Ansicht sollen sich hierüber die Ordnungsparteien verständigen. Herr v. Bulach möge sich jedoch darüber klar werden, daß der Kampf der Ordnungsparteien gegen den Imperialismus illusorisch gemacht werden muß, wenn, wie es nachgerade tatsächlich zur Gewohnheit zu werden scheint, Regierungsvertreter der Sozialdemokratie die pflichtliche Behandlung gütlich werden lassen, die der leitende Staatsmann in der deutschen Westmark für angemessen erachtet.“

Jörn v. Bulach kann froh sein, daß er dem konservativen Radikalismus nicht zu nahe ist, sonst würde der Tadel noch in ganz anderem Tone gehalten sein und seine Abfügung bedürftig.

Wettkaufen nach dem päpstlichen Segen.

Die Auseinandersetzung der beiden Richtungen im Zentrum vollzieht sich nicht nur in Versammlungen, Zeitungsartikeln und der Veröffentlichung von Schriften und Büchern, sondern im Wettkaufen nach Rom, um sich dort der Gunst des Oberhauptes der Kirche zu sichern und wonöglich einen päpstlichen Segen mit nach Hause zu bringen. In diesem Wettkauf scheinen gegenwärtig die Gegner der Kölner Richtung die Erfrihten und Erfolgreichsten zu sein, denn die „Kölnische Volkszeitung“, das Blatt der Döckemisten, stimmt ein bewegliches Klagelein an über den „Wettlauf nach dem päpstlichen Segen“. Der Papst — so schreibt das Döckemblatt, genähre seinen weihen Segen sehr gern; er setze im Verlangen danach ein Zeichen der Liebe und Anhänglichkeit, und diese Liebe erwidere er stets mit freundlicher Guld. Es verzehre aber einen merkwürdig schlechten Geschmack, wenn man diese Zeichen gütiger Bewehrung zur Bekräftigung gar zur polemischen Ausbeutung benutze, wie das von den „bekannteren Döckemisten“, d. h. den Gegnern der Richtung Döckem, geschehe. Raum sei wieder ein neues Organ gegründet, so müsse ein päpstlicher Segen seinen Bekräftigungszwecken dienen, und wenn dann in der

Belam die schließlichen Argumente versagen, müsse ein Segen des Papstes über die Verlegenheit hinweghelfen. Dadurch schabe man der Autorität des hl. Stuhles und veranlasse schließlich den Papst dazu, mit seinem Segen zurückhaltender zu werden.

Wir können uns denken, daß es der „Nürnberger Volkszeitung“ sehr unangenehm wäre, wenn Rom mit der Spendung des Segens sparsamer und kritischer verfuere. Denn kein Zentrumblatt hat sich bisher eifriger um bezügliche Gunstbeweise bemüht und hat solche eifriger zu Realisierungsbedürfnissen ausgedehnt, als gerade das führende Blatt des Reichstages. Wenn es sich jetzt gegen die „Ueberkatholiken“ wendet und ihnen Aufdringlichkeit und Klammern vorwirft, so ist das nichts als Risikogambit.

Neues vom „starken Mann“.

In einer Bauernbundsversammlung in Salzweil, einem Orte im Wahlkreis des Herrn Jordan v. Röcher, wurde ein Brief Röchers verlesen, in dem es heißt, er (Röcher) könne für den Erfolg seiner parlamentarischen Bemühungen nicht mehr einstehen, weil sein Einfluß dadurch geschwächt sei, daß er gegen 1907 mit einer erheblichen geringeren Majorität gewählt worden ist.

Von einer besonderen parlamentarischen Tätigkeit des Herrn v. Röcher im Reichstage hat man allerdings seit Jahren so gut wie nichts bemerkt. Der Einfluß, dessen er sich rühmt, muß sonach mehr auf Hintertreppen seine Betätigung gefunden haben.

Auch ein Opfer des Militarismus.

Der ehemalige Unteroffizier W. Rathmann in Forbach veröffentlicht in der Presse einen „Notruf“, dem wir das folgende entnehmen:

Ich habe als Unteroffizier im Dienste mir dadurch ein schweres Ohrenleiden, den bösen Verlust des Gehörs auf dem linken und eine große Verminderung des Gehörs auf dem rechten Ohr zugezogen, daß ich bei größtem Sturmwetter eine halbe Stunde auf dem Hügel an der Windseite schliefen mußte. Infolge vorstehenden Leidens wurde eine schwere Operation notwendig, welche die völlige Taubheit des linken Gehörs und eine hochgradige Schwerhörigkeit des rechten Gehörs zur Folge hatte. Hierfür bekam ich als Pension zunächst 24 M., dann 18 M., dann 30 M., später den Zivildienstverdienst und Abzug der Pension bis auf 12 M., die dann wieder auf 18 M. erhöht wurde und so bis heute geblieben ist. Infolge des Verlustes meines Gehörs kann ich als Beamter nirgends Anstellung finden, und somit hat der Zivildienstverdienst für mich keinen Wert. Durch den Umstand, daß ich nirgend Arbeit bekomme und überdies auch schon seit 8. Oktober 1910 erwerbslos und bis heute in ständig ärztlicher Behandlung gewesen bin, kann ich die Kosten eines Unteroffiziers von jährlich 600 M. und die Verhinderungszulage von zweimal 27 M. monatlich fordern. Ebenso ist mir für den Zivildienstverdienst der monatliche Betrag von 12 M. vorenthalten worden; daher ist der Anspruch auf Auszahlung von noch jährlich 144 M. für drei Jahre gerechtfertigt. (§ 46 des R.-P.-G. von 1906.) Ich habe bisher wiederholt alle Instanzen durchlaufen und zuletzt ein Gesuch an den Kaiser gerichtet. Das Gesuch an das Kriegsministerium und das an den Kaiser wurden kürzlich dem 16. Armeeoberkommando zur Prüfung und Bescheidung überwiesen, aber ohne jeden Erfolg. Einmal stellte man mir das Einpruchsrecht frei, das andere Mal entzog man mir dies wieder. Vorum befehlt der § 29 des R.-P.-G. von 1906? Im letzten Jahre versuchte man, mich mit zwei kleinen Unterführungen zu bewilligen. Aber damit ist mir nicht geholfen. Die Militärbehörde führt zur Rechtfertigung ihres Vorgehens an, daß der Verlust des Gehörs auf dem rechten Ohr und mein Verweiden nichts mit dem auf Dienstbeschädigung anerkannten Verlust des Gehörs auf dem linken Ohr zu tun habe. Daß dies unzutreffend ist, kann ich durch spezialärztliche Zeugnisse u. a. m. beweisen. Ich überlasse es dem Urteil der Öffentlichkeit, zu prüfen, ob mir hier ein Unrecht geschehen ist oder nicht. Immerhin ist es bezeichnend, daß ein Militärminister die öffentliche Wohltätigkeit in Anspruch nehmen muß, um nicht Hungers zu werden.

Da Rathmann seine Äußerung auch dem Reichstag übergeben hat, ist zu hoffen, daß die Angelegenheit nunmehr gründlichster Prüfung unterworfen wird.

Jedenfalls ist es bezeichnend, daß solche „Notrufe“ in einer Zeit erschallen müssen, wo wiederum viele Hunderte von Millionen für den Militarismus gefordert werden!

Zur Kenntnis der Junker!

In der Zeitschrift der Jüngerer Mission findet sich im Märzheft ein lesenswerter Aufsatz von Pastor Dehn (Berlin) über „Berliner Junker“. In der Einleitung wird einiges über die soziale Differenzierung der Berliner Arbeiterwelt gesagt, wobei es heißt:

Man findet den größten Stumpfsinn, eine öde Apathie dem Leben gegenüber und daneben einen starken operativen Idealismus, der dann übrigens meist von der Sozialdemokratie ausgeht.

Vielleicht merken sich das die Junker im Reichstag, aus deren Reihen jüngst, als Genosse Deine auf die jugendberühmte Tätigkeit der Sozialdemokratie hinsties, blödes Geklatz und wipflose Jurufe erschollen.

Die heilige Hermantad

beschäftigte dieser Tage die Braundberger Straßammer. In dem ostpreussischen Städtchen Pöhrungen war ein gewisser Rudolf Reklitz als Polizeiergeant angestellt. Er mußte aber am 31. Januar wegen Trunkenheit und Unzuverlässigkeit entlassen werden. Vorher hat er noch schweres Unheil angerichtet. Als er nämlich am 18. Dezember wieder einmal in betrunkenem Zustande seinen „Dienst“ verließ, beschimpfte ihn der Arbeiter Maletan. Der Polizist zog den Säbel und ließ auf den Arbeiter ein; dieser lief fort, er wurde aber von dem Polizeiergeanten eingeholt und so lange mit dem Säbel bearbeitet, bis er bewußtlos liegen blieb! Singuläre Begebenheit! Die Leute veranlaßten schließlich, daß Reklitz von seinem Dpfer abließ. Mit Hilfe eines Fuhrmanns brachte dann der Polizeiergeant den über und über blutenden Arbeiter nach der Volkswache. Dieser Transport geschah noch in einer staudalösen Weise. Der Arbeiter wurde nämlich nach der Wache gezogen, so daß die Seine auf dem Straßenpflaster nachschleiften! Dadurch hat der Arbeiter schwere Verletzungen erlitten. Der Polizeiergeant kam verhältnismäßig billig weg. Für seine unerhörten Ausschreitungen erhielt er ganze drei Monate Gefängnis.

Wegen Schmutzbestechung werden von preussischen Richtern höhere Strafen verhängt.

Der Morgengruß bei der dritten Eskadron der dritten Gardeulanen.

Eine folgenschwerere Rekrutenmishandlung wurde heute vom Kriegsgericht der Gardebatterie-Division in Potsdam abgeurteilt. Als Angeklagte wurden die Mannen Rudolf Schröder und Heinrich Leichter, beide von der dritten Eskadron des dritten Gardeulanen-Regiments, vorgeführt. Sie sind wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung angeklagt. Den Vorwurf führt Oberleutnant v. Arnim, als Verhandlungsleiter fungierte Major Thörn, die Anklage vertritt Kriegsgerichtsrat Dr. Selle. Vor der Abführung der Stallwache am 20. Oktober v. J. betrat der Rekrut König den Stall. Der Durchgang war ziemlich dunkel. Als König passierte, erhielt er mehrere Schläge mit einem Degen oder einer Lanze. Schröder gab zu, mit einem Degen geschlagen zu haben, weil ihn A. angrenpelt habe; Leichter behauptet, nur mit einer Säurze geschlagen zu haben. Ueber den Vorgang macht der Mann Otto König folgende Aussage, die er sitzend vorbringt, weil er ohne Krücke nicht stehen kann: Als ich in den Stall reinkam, standen 4 bis 5 Leute am Eingang. Sie erkannten mich wohl nicht, weil

es finster war. Der erste sah mir nicht; plötzlich erhielt ich einen Schlag über das Kreuz, dann in die rechte Seite. Ich rannte weiter, bekam aber keine Luft mehr und hatte furchtbare Schmerzen. Als ich weiter lief, bekam ich einen Schlag über den rechten Arm. Ich habe niemand angerempelt. Ich machte meinen Dienst, mußte mich aber übergeben und wurde auf der Straße bewußtlos. Dann kam ich ins Lazarett. Vom Vorstehenden befragt, belundet Rekrut König, er habe zwar mal einen Knaps über den Kopf bekommen, wenn er nicht hoch genug über den Kopf springen konnte, aber beim Essenholen nicht stink war, sonst sei er nie geschlagen worden. Weiter belundet der Zeuge auf Befragen des Anklagevertreters, daß es in der Schwadron allgemein üblich sei, daß die Rekruten am frühen Morgen im Stall von den älteren Leuten ihren Morgengruß erhielten. Jeder, der durchläme, erhalte Prügel, besonders die, die sie auf dem Strich hätten.

Vorstabsarzt Dr. Wiemuth erstattete sein Sachverständigen-Gutachten. Er nahm am selben Vormittag A. in Behandlung, der einen schweren kranken Eindruck machte. A. war blaß, Puls kaum fühlbar, Herzstätigkeit mangelhaft, der Bauch war eingezogen und hart wie ein Brett. Man vermutete eine ernste Verletzung in der Bauchhöhle. A. erhielt zur Schmerzlinderung Einspritzungen. Nach einigen Tagen trat der Stillzustand wieder auf unter den gleichen Erscheinungen. Nach 14 Tagen war A. außer Gefahr. Es traten dann andere Erscheinungen auf und man war gewiß, daß es sich um ein Nervenleiden handele. Er wurde nach der inneren Station und dann nach Berlin ins Lazarett I gebracht. Nach dem Befund war eine Quetschung der Baucheingeweide und eine Leberverletzung erfolgt. Der Sachverständige hielt es für möglich, daß die Verletzung durch den Schlag mit einer Lanze hervorgerufen sein kann. Als A. das Potsdamer Lazarett verließ, hinterließ er nicht so stark wie jetzt. Stabsarzt Dr. Soar als Nervenarzt sah sich dahin zusammen: Bei König machten sich Störungen hysterischer Natur bemerkbar. Sein Nervensystem wäre krankhaft. Geschwörungen könne er nicht machen, da er die Kräfte nicht in genügender Gewalt hätte. Eine organische Nervenkrankung liege jedoch nicht vor. Die Behandlung habe sich bisher als aussichtslos erwiesen. Wahrscheinlich sei die Nervenkrankung auf die Verletzung und den dabei ausgestandenen Schreck zurückzuführen.

Der Anklagevertreter betonte, im vorliegenden Fall handle es sich um eine besonders bei der Kavallerie tief eingewurzelte Unsitte, die fast unausrottelbar sei, aber mit allen Mitteln bekämpft werden müsse. Die jungen Rekruten müßten im Stall Epochen laufen. Die Angeklagten müßten die volle Verantwortung tragen. Nur durch exemplarische Strafen könne man die Unsitte ausrotten. Er beantragte gegen Schröder drei Monate und gegen Leichter zwei Monate Gefängnis. Das Kriegsgericht verurteilte die Angeklagten zu vier Monaten und zu zwei Monaten

Die Wirren in Marokko.

Französische Truppenverstärkung für Marokko.

Paris, 24. April. Offiziös wird gemeldet, daß der Ministerrat in seiner am nächsten Sonnabend stattfindenden Sitzung über die Frage der Abwendung von Verstärkungsgruppen nach Marokko endgültigen Beschluß fassen wird. Im Prinzip sei die Regierung von der Unerläßlichkeit dieser Maßnahme durchaus überzeugt.

Ein Anschlag gegen den Sultan.

Paris, 24. April. Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ aus Fez hatten die Verschwörer ursprünglich die Absicht, den Sultan nach Rabat abreißen zu lassen, ihn jedoch samt seinem Gefolge auf dem Wege gefangen zu nehmen. Dieser Handstreich sollte das Signal für eine Niederwerfung sämtlicher Instrukteure und aller Europäer bilden. Nur infolge des vorzeitigen Ausbruches der Meuterei der Askaris sei dieser Plan nicht zur Ausführung gelangt.

Unruhen im Riffgebiet.

Melilla, 24. April. Die Erregung unter den Riffleuten auf dem linken Meerufer scheint stärker zu werden. Gestern abend wurden auf den Bergen Feuer angezündet, um die Kabylen zu Versammlungen zu berufen. Eine von dem Beni Karain gebildete Garla soll sich anschließen, die Franzosen am Ufer des Muluja angreifen. Verschiedene Stämme sollen nach Tassa ziehen, um dort eine Zusammenkunft abzuhalten, auf der nach den Aussagen von Eingeborenen vielleicht der Heilige Krieg erklärt werden wird.

Fez unter dem Belagerungszustand.

Paris, 24. April. Im Einverständnis mit dem Ministerpräsidenten Poincaré hat Kriegsminister Millerand den General Roinier auf dessen telegraphisches Gesuch hin ermächtigt, über Fez den Belagerungszustand zu verhängen.

Wie die friedliche Durchbringung aussieht.

Fez, 24. April. Der Sonderberichterstatter der „Agence Havas“ in Fez meldet: Die Kanonade gegen die nördlichen und südlichen Befestigungen dauerte am 18. April bis um 4 Uhr nachmittags; das Geschützfeuer wurde in der Stadt noch länger fortgesetzt. Die Ulemas und die Vornehmten verammelten sich in der Botshoff, um über die Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ruhe in der Bevölkerung zu beraten. Die Raids mehrerer benachbarten Stämme haben dem Gesandten Regnault ihre Hilfe angeboten. 2 Zivilisten und 4 französische Unteroffiziere, die sich in das Zimmer eines Hotels geflüchtet hatten, haben sich 24 Stunden lang mit Flintenschüssen gegen den Böbel und die revolutionierenden Askaris, die die Tür des Hotels erbrochen und den Wirt und einen Kapuzinerpater getötet hatten, verteidigt. Ein andere Franzosen, darunter eine Frau mit ihrem Töchterchen, hatten sich auf die Terrasse des selben Hotels geflüchtet; sie wurden durch jene Schützen gedeckt, die den Zugang zur Treppe verhinderten, und konnten mit Hilfe einer alten Eingeborenen fliehen.

In der Nacht vom 18. auf den 19. April versuchte der Feind, das Gesandtschaftsbiertel anzugreifen, er zog sich aber nach kurzem Angelwechsel zurück. Die regelrechte Kanonade dauerte bis zum Morgen des 19. April, sie zerstörte die Aufständischen. Gebäude wurden nach Möglichkeit gespart.

Die Folge der Kanonade und der Ermahnungen der Raids war eine Beruhigung der Aufständischen; die Läden wurden allmählich wieder geöffnet. In mehreren Labors wurde lange, nachdem das Signal zur Empörung gegeben worden war, durch die Instrukteure die Ordnung aufrecht erhalten. In einem Labor scharfschützer Soldaten, die durch ihre französischen Befehlshaber beruhigt worden waren, begannen nach einer Unterredung mit vier marokkanischen Führern die Meuterei von neuem. Zahlreiche Soldaten verschiedener Labors, die reuig zurückgekommen sind, sind gegenwärtig gemeinsam mit dem Kaiser der Paschas und den marokkanischen Gardes damit beschäftigt, die Stadt von Aufständischen und Blünderern zu säubern. Die Artillerie fährt fort, die Flüchtigen zu verfolgen.

Oesterreich.

Auflösung des Gemeinderates in Graz.

Graz, 24. April. Der Statthalter verfügte gestern die Auflösung des Grazer Gemeinderates, da die Erledigung des Budgets durch das Verhalten der Sozialisten vereitelt wurde. Es wurde ein Regierungskommissar eingesetzt.

Der Wahlsieg von Villach.

den ein Telegramm unserer gestrigen Nummer meldete — der gewählte Genosse heißt nicht Gregor, sondern Gröger und ist Landtagsabgeordneter und Leiter der künftigen Redaktion des Grazer „Arbeiterwillen“ in Klagenfurt — ist um so höher zu werten, als das Mandat von unserem verstorbenen Genossen Kiese sowohl 1907 wie 1910 erst in der Stichwahl geholt worden war. Die nationalistische Hege überbot sich diesmal und bemühte sich besonders, die Kerisalen Bauern für sich zu gewinnen. Von schiederte ihnen den sozialdemokratischen Kandidaten als Vorläufer der „glaubensfreien Schule“ — was deshalb schon sehr erfolgreich war, weil der deputationsale Kandidat Prof. von Angerer seit Jahren selbst eifrig für die „freie Schule“ tätig gewesen war. In dem glänzenden Wahlsieg haben die wackeren Eisenbahner des großen Knotenpunktes Villach großen Anteil.

Belgien.

Vermehrung der Abgeordneten.

Brüssel, 24. April. Die Kammer hat ein Gesetz angenommen, durch welches die Anzahl der Sitze in der Kammer um 30 wanzig und die der Sitze im Senat um zehn erhöht wird.

Finland.

Die Abgeordnetenummunität.

Wir berichteten kürzlich über die Affäre des Genossen Tirola, den die Polizei, ungeachtet seiner Eigenschaft als Landtagsabgeordneter, verhaften wollte, damit er eine schamlose Gefängnisstrafe schon jetzt verbüßen sollte. Die Angelegenheit kam auch im finnischen Landtag zur Sprache. Indessen vermochte sich die bürgerliche Mehrheit nicht zu einem Harzen Beschluß aufzutragen und das Attentat gegen die Abgeordnetenummunität sofort abzuwehren. Mit 93 Stimmen gegen 90 wurde die Angelegenheit an die Kommission der Grundgesetze verwiesen. Inzwischen hat der Procurator des Senates den Magistrat zu Helsingfors befragt, weshalb das Gerichtsurteil gegen Tirola nicht vollstreckt worden sei. Wie die „Kosmo Bremer“ meldet, soll Genosse Tirola bereits verhaftet und ins Gefängnis geschafft worden sein. Wir geben diese Nachricht mit Vorbehalt wieder, denn selbst unter dem jetzigen Aussenkurs in Finnland erscheint es uns kaum glaublich, daß die Behörden sich zu einem derartigen Gewaltstreich hergeben haben. Die Verhaftung eines Abgeordneten während der Session, überdies wegen einer Strafe in einem politischen Prozesse, ist eine Schmach für die gesamte finnische Verwaltung, die den Protest der gesamten Kulturwelt herausfordert. Wenn der finnische Landtag etwas auf seine Ehre hält, muß er sich den Forderungen der russischen Gewaltthäter energisch widersetzen.

Jugendbewegung.

Die österreichische Jugendorganisation.

Der Tätigkeitsbericht des Verbandes jugendlicher Arbeiter Oesterreichs an seinen Verbandstag ist ein imponierendes Dokument stolzes, begeisterten Vorwärtstrebens. Der Wiener Parteitag von 1907 hat den Parteigenossen in Erkenntnis der Bedeutung des nationalsozialistischen und Kerisalen Verbundes die Arbeiterjugend, das mit der Einführung des gleichen Reichstagswahlrechts einsetzte, zur Pflicht gemacht, die Jugendorganisation zu fördern. Und seitdem hat es der seit 1903 bestehende Verband von 60 auf 306 Ortsgruppen und Zahlstellen zu Ende 1911 gebracht, in denen 8558 Mitglieder vereinigt waren. 3798 davon waren Lehrlinge, 1797 Gehilfen, 2750 Hilfsarbeiter; 8294 waren im Alter von 14—16 Jahren, 8092 in dem von 17—18 Jahren, 1888 waren 19 bis 21jährig. Die Fluktuation ist allerdings noch groß. Die Finanzen des Verbandes balancierten 1911 mit über 34 500 Kronen. Im Zentralsekretariat konnten endlich Anstellungen vorgenommen werden. Es sind dort die Genossen Spitanics und Jenschil tätig. Der internationale Jugendsekretär Genosse Dr. Robert Danneberg ist Sekretär der Zentralfstelle für die Bildungsarbeit der deutsch-österreichischen Partei, er redigiert mit dem Dichter Josef Luitpold Stern das Verbandsorgan, den „Jugendlichen Arbeiter“, der immer noch nur als Monatschrift herauskommt.

Besonders stark hat sich die Jugendorganisation in Deutsch-Böhmen entwickelt, weil dort die nationalsozialistischen Arbeitervereine und -zweige mit ihren Saus- und Brautvereinen, den Jungmannschaften die Arbeiterbewegung auszubilden und zu zermorchen trachten. Die Wahlunterlagen von 1911, die nicht zuletzt der Einfangung der neu herangewachsenen Wähler durch die Jungmannschaften zuzuschreiben sind, haben diese, von manchen deutschböhmisches Kreisorganisationen längst selber gewonnene Erkenntnis mächtig verbreitet. Namentlich in Westböhmen, dem Karlsbad-Gegener Gebiet steht die Jugendorganisation mächtig da, dort ist ein Genosse direkt für sie ange stellt und dort fliehen auch die Wahlen glänzend aus. Die deutschböhmisches Einrichtungen werden darum auch überall zum Muster genommen.

Das Verbandsorgan „Der jugendliche Arbeiter“ druckt jetzt schon 16 000 Exemplare und hofft es bald auf 20 000 regelmäßige Auflage zu bringen. Er gibt öfter Spezialnummern heraus, so über Luftschiffahrt, Eisenbahnen, Militarismus, Merkantilismus, Gewerkschaften, wie denn der Verband die Heranbildung seiner Mitglieder zu tüchtigen Gewerkschaftlern stets für eine seiner Hauptaufgaben hielt. Dafür subventionieren ihn Partei und Gewerkschaft mit insgesamt rund 22 000 Kronen jährlich. Außer dem Kampf gegen den aus öffentlichen Geldern subventionierten Jugendlang der Deutschnationalen, Christlichsozialen und des Staates — für den 70 000 Kronen jährlich, Scheinverlässe und die Anstellung eines L. L. Jugendberaters aufgegeben werden, der bereits die Stiftung von 2 Millionen nach preussischem Muster verlangt, führt der Verband namentlich in Wien den Kampf gegen schuldhebrüche Verfolgungen und für die Reform der Gewerkschaften, gegen den Abend- und Sonntagdienst und für die Errichtung von Staatsmerkmalen zur Erhebung oder zunächst Verbesserung der Meisterlehre. Verzeichnend ist es jedenfalls, daß das praktische und entsprechend kostspielige neue Zentralfortbildungsgelände in Wien den ganzen Tag leer steht, um erst am Abend den arbeitenden Lehrlingen die Lese zum Unterricht der erschöpften Kerben zu öffnen. Der Kampf um mehr Jugendspaß wird ebenfalls so wie im Deutschen Reich geführt und selbstverständlich unterstützen ihn die Reichsrats- und Landtagsabgeordneten der Partei in jeder Weise. Die Bildungsarbeit ist sehr umfassend, in Nordböhmen sind jetzt auch schon Jugend- und seit langem Rekrutenabschiedsfeiern üblich geworden. Wanderbibliotheken usw. sind in fleißigem Gebrauch.

Im neuen Vereinsgesetz wird ein Ausnahmeparagraf gegen die Arbeiterjugendbewegung geplant, auch wird schon jetzt den bürgerlichen Jugendorganisationen Schiegunterricht zur Anlockung der jungen Leute gestattet. Aber die Jugendorganisation arbeitet fröhlich weiter, im Grunde mit der gesamten modernen Arbeiterbewegung, in freundslichem Zusammenhalt mit den nicht-deutschen Bruderorganisationen. In Helsingfors findet der Verbandstag in Sobenach a. d. Elbe statt. Ihn wird auch die Frage der gemeinsamen Organisation der männlichen und weiblichen Arbeiterjugend beschäftigen.

Aus der Partei.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Zum Sekretär der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde in der Sitzung vom Mittwochabend der frühere Reichstagsabgeordnete Genosse **Zietzsch-Charlottenburg** gewählt.

Gewerkschaftliches.

Im Hinterhalt!

Die verächtliche Haltung des Handelslages in der Frage der Sozialpolitik ist bekannt. Er hat sich für die Konfurrenz-Kampfen, gegen Handelsinspektoren und überhaupt für Dämpfung in der Sozialpolitik ausgesprochen. Nun bekannte er sich auch als Partner der Arbeiter nach einem besseren „Arbeitswilligenschutze“! Es hiesse Eulen nach Athen tragen, wolle man weit und breit auseinandersehen, was unter Arbeitswilligenschutze zu verstehen ist. Uebrigens hat der Handelsstag in seiner kürzlich abgehaltenen Ausschusssitzung selbst genügend deutlich gesagt, was er mit „Arbeitswilligenschutze“ meint und was er von ihm verlangt. Das „N. L.“ — Nr. 205 — berichtet aus den Verhandlungen:

„Ueber die Frage des Schutzes der Arbeitswilligen bei Streiks fand eine lebhafteste Erörterung statt. Uebereinstimmung bestand darüber, daß ein ausreichender Schutz der Arbeitswilligen unbedingt stattfindet. Auseinander gingen die Meinungen darüber, ob die Frage über das Anstreichen der vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen zur Herbeiführung dieses Schutzes schon hinreichend geklärt sei. Angefaßt der Wichtigkeit dieser Frage hielt der Ausschuss es nicht für angebracht, ohne umfassende Unterlagen eine Entscheidung zu treffen und sprach sich dafür aus, daß die Handelskammern, die sich bisher noch nicht eingehend damit beschäftigt hätten, zur Berichterstattung darüber aufgefordert würden, welche Erfahrungen über mangelhaften Schutz der Arbeitswilligen bei Streiks gemacht worden seien und ob diese Rückschlüsse auf das Fehlen ausreichender gesetzlicher Bestimmungen oder auf die ungenügende Handhabung der vorhandenen Bestimmungen oder worauf sonst zurückzuführen sei.“

Daß die Herren Arbeitswilligen besser „geschützt“ werden müßten, darüber bestand also keine Meinungsverschiedenheit. Das ist der erste Schritt ins Lager der wildesten Scharfmacher, der zweite ist vorbereitet. Man denke: Handelskammern sollen berichten, nicht etwa, ob überhaupt der bisherige Kampf gegen die Streikenden ausreiche, sondern, ob der „mangelhafte Schutz der Arbeitswilligen“ auf das Fehlen geeigneter Bestimmungen oder sozusagen nur auf eine Schlappheit der bewaffneten Macht und der Streikjustiz zurückzuführen sei. Und mit dieser Frage, die das Ziel schon vorschreibt, nur die zu wählenden Wege offen läßt, wendet man sich ausgerechnet an die Handelskammern. In Saarbrücken, Dortmund, Bochum und Essen sind die Kammern ganz ausgesprochen von ausgeprägtem Scharfmachergeist beherrscht. Schon bisher waren sie die Organe der Großindustriellen bei ihrem Begehren nach einem Ausnahmegesetz. Und nun werden diese Handelskammern vom Handelsstag unter Leitung des Reichstagspräsidenten Kampfs als Gutachter darüber erkoren, wie man zu einem besseren Arbeitswilligenschutze komme.

Die offene, ehrliche Brutalität, der unverschämte Arbeiterhaß der Junker und Industriellen wirkt weniger abstoßend als wie die hinterhältige Art der liberalen Handelsstageleute. In die Toga der Objektivität, Liberalität und ein bißchen Arbeiterfreundlichkeit gehüllt, halten sie den vergifteten Dolch bereit, der dem Ahnungslosen den Tod bereiten soll. Vor offenen Feinden ist der Arbeiter besser geschützt als vor falschen Freunden, die ihn heimlich verraten und verkaufen.

Berlin und Umgegend.

Die Brauereien und die Maifeier.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter hat auch in diesem Jahre an die Unternehmer das Ersuchen gerichtet, denjenigen Arbeitnehmern, welche für den 1. Mai d. J. um Urlaub nachsuchen, einen solchen zu gewähren.

Der Verein der Lagerbrauereien hat geantwortet, daß er die Angelegenheit in seiner nächsten Vorstandssitzung behandeln werde. Das Ergebnis wird wohl wie in den Vorjahren ein negatives sein.

Folgende Brauereien haben in zustimmendem Sinne geantwortet bzw. mitgeteilt, daß sie den Urlaub am 1. Mai d. J. wie in früheren Jahren erteilen werden: Genossenschaftsbrauerei in Friedrichshagen und Niederlage Berlin, Borussia-Brauerei, Brauerei Grünau, Berliner Stadtbrauerei, Nordsternbrauerei, Brauerei Gabriel u. Richter-Weihensee, Brauerei Engelhardt Radzig, Banlow und Charlottenburg, Bergbrauerei, Weißbierbrauerei G. Landré.

Nicht geantwortet haben der Verein der Weißbierbrauereien Berlins und Umgegend und die Niederlage der Brauerei Haase-Preßlau.

Wir ersuchen alle Vertrauensmänner, bei den Betriebsleitungen um Freigabe des 1. Mai vortheilhaft zu werden und wo irgendmöglich, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen.

Die Ortsverwaltung.

Zu der Tarifbewegung der Fleischergesellen **Kaulans** wird noch gemeldet, daß der Fleischmeister **Kaplick**, Emsler Str. 54, am letzten Sonnabend und Sonntag selbst und durch seine Tochter Schulpflegerin herbeizog und Leute verschaffen ließ, die aus Neugierde vor dem Laden stehen blieben. Hoffentlich gibt die Arbeiterschaft Herrn Kaplick keine Gelegenheit mehr, die Polizei zum Einschreiten zu veranlassen.

Die Bitte der Fleischergesellen, die bewilligt haben, erscheint diesmal bereits in der Freilogsnummer des „Vorwärts“.

Zentralverband der Fleischer.

Deutsches Reich.

Der Verband der Tapezierer im Jahre 1911.

Ueber die überaus günstigen Erfolge in der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die der Verband der Tapezierer im Jahre 1911 zu verzeichnen hat, haben wir bereits vor vier Wochen berichtet. Eine fast ebenso günstige Entwicklung zeigt auch die Mitgliederbewegung des Verbandes und die Kassenerhältnisse. Die Mitgliederzahl hatte schon im Jahre 1907: 8604 betragen, ging aber infolge der Wirtschaftskrise im Jahre 1909 bis auf 8179 zurück. Am Jahre 1910 hies die Mitgliederzahl auf 9116 und im Jahre 1911 auf 9674 im Jahresdurchschnitt, während am Schluß des Jahres die Mitgliederzahl 9723 betrug. Nach den neuesten Zusammenstellungen hat der Verband am Schluß des ersten Quartals 1912 das zehnte Tausend in der Mitgliederzahl erreicht. Diese Entwicklung ist zwar keine rapide, doch eine um so sichere. Daß der Verband eine große Werkkraft besitzt, zeigt die Zahl der Neuzugänge, die im Durchschnitt der letzten drei Jahre pro Jahr 2691 betrug. Der Tapeziererberuf hat mit harter Arbeitslosigkeit zu kämpfen, infolgedessen gehen im Jahresdurchschnitt zirka 2424 Mitglieder wieder durch Ausschluß und Austritt dem Verbandsverbande verloren. Die große Anzahl von Arbeitslosen, unterstützung — Ende Dezember 1911 kommen auf 100 Mitglieder 113 Arbeitslose — beweist denn auch, wie sehr diese enorme Fluktuation durch die enorme Arbeitslosigkeit beeinflusst wird. Die Einkommen des Verbandes beziffern sich im Jahre 1911 auf 285 085 M. Diesem steht eine Ausgabe von 261 650 M. gegenüber, die Mehreinnahme beträgt 23 435 M. Der Kassenbestand betrug

150 811,33 M., das ist pro Kopf der Mitglieder 15,52 M. Die wichtigsten Ausgaben waren Arbeitslosenunterstützung 65 189 M., Reiseunterstützung 5835 M., Krankenunterstützung 10 807 M., Streikunterstützung 79 182 M., Sterbegeld 4320 M.

Wie aus diesen Zahlen ersichtlich, leistet der Verband der Tapezierer für den Wochenbeitrag von 60 Pf. für männliche und 30 Pf. für weibliche Mitglieder recht ansehnliche Unterstüßungen. Besonders die weiblichen Mitglieder werden eminent bevorzugt, denn sie erhalten für die Hälfte des Beitrages der männlichen Mitglieder die volle Unterstüßung wie die männlichen Mitglieder. Wenn wir erwägen, daß von 1500 Näherinnen nur etwa 120 organisiert sind, so ersehen wir, wieviel Arbeit hier für die Organisation noch vorliegt, um diese Arbeiterinnen zur Erkenntnis ihrer Klassenlage zu bringen. Aber auch die männlichen Arbeiter müssen die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation noch viel mehr erkennen. Sind doch nach einer Statistik vom September 1910 zirka 18 000 Gehilfen in Deutschland beschäftigt, daneben noch zirka 5000 Lehrlinge. Es ist besonders hervorzuheben, daß von den 18 000 Tapezierern, die in Deutschland beschäftigt werden, zirka 10 500 gleich 65 Proz. in den 27 größeren Städten ansässig sind, es ist also der größte Teil der Nichtorganisierten in den Großstädten zu finden.

Tarifbewegung der Leipziger Notenfescher.

Das deutsche Notenfeschergewerbe hat seinen Hauptsitz in Leipzig. Schon seit langer Zeit bestehen zwischen Prinzipalen und Gehilfen tarifliche Verhältnisse. Der seitherige Tarif war abgelaufen. Bei den Verhandlungen zwischen Prinzipalen und Gehilfen zwecks Schaffung eines neuen Tarifes waren von den Prinzipalen Zugeständnisse gemacht worden, die aber die Gehilfen nicht befriedigten. In der nunmehr abgehaltenen Versammlung, die von 201 Gehilfen besucht war, sollte endgültig über Annahme oder Ablehnung der Prinzipalszugeständnisse Beschluß gefaßt werden. Die Gehilfen-Tarifkommission berichtete über das Ergebnis der mit den Prinzipalen geführten Verhandlungen. Bedauerlich sei es, daß man einer Organisation, die 60 Proz. aller Berufstätigen umfasse, wie es der Notenfeschergewerkschaft sei, so wenig entgegenkomme. Trotzdem könne aber die Kommission einen Streik nicht anraten, weil Notizen keine Bedarfsartikel seien und die Verleger mit ihren Bestellungen zurückhalten würden. Die Kommission riet, die Zugeständnisse der Prinzipale anzunehmen und beantragte, bei der Abstimmung über einen eventuellen Streik eine Mehrheit festzusetzen. Letzteres wurde beschlossen. Sodann wurde geheim abgestimmt über den Antrag: in den Streik einzutreten, falls die Prinzipalität die auf die gemachten Zugeständnisse, sowie auf familiäre Positionen des Tarifes geforderte Erhöhung von 5 Proz. ablehne. Die Abstimmung ergab 141 Stimmen für und 154 Stimmen gegen den Streik. — Der Streik war also abgelehnt. Der Antrag, die von der Prinzipalität gemachten Zugeständnisse anzunehmen, wurde mit 221 gegen 52 Stimmen angenommen. 19 Jettel waren weiß. — Hierauf wurde einstimmig beschlossen, der Prinzipalität folgende Resolution zu unterbreiten:

„Die Gehilfenschaft nimmt mit Bedauern Kenntnis, daß die Prinzipale trotz der auch von ihnen nicht verletzten Zusage ein so geringes Entgegenkommen gezeigt haben. Da ihr aber zurzeit andere Maßnahmen zur Erbringung ihrer geringen Forderung nicht zu Gebote stehen, erndachtet sie ihre Zeitung, den Tarif auf Grund der von der gemeinsamen Kommission gemachten Vorschläge abzuschließen.“

Christlich-katholische Gewerkschaften.

Im Eifer des Gesehts und aus Freude über einen vermeintlichen Sieg, der aber nur das Wahreichen christlicher Schande ist, offenbart die ultramontane „Grenzwaite“ (Nr. 100) den wahren Charakter der christlichen Gewerkschaften. Sie schreibt:

„Essen, 19. April. Auf verschiedenen Zeichen des Hochmutes und Selbstherrschers bezirkes fanden gestern die Sicherheitsmännertreffen statt. Auf der Zede Wilhelmine Victoria wurden dem Alten Verbands die von ihm bisher innegehabten Mandate durch den Christlich-katholischen Gewerksverein (1) entzogen. Auf der Zede Hannover verlor der Alte Verband drei Mandate, auf Engelsberg und Karolinenquid, wo 18 Wahlen erforderlich waren, erlangte der Alte Verband keine Mandate.“

Die Sucht, den Wert der Kirche und des Klerus im Kampfe gegen die Arbeiterbewegung ins rechte Licht zu rufen, hat wohl zu dem offenberzigen Bekenntnis geführt, daß die sogenannten christlichen Gewerkschaften in Wirklichkeit doch nur gefügige und willenlose Werkzeuge Roms seien. Da hat man einen Beweis, wie prompt die geheimen Beschlüsse der Fuldaer Bischofskonferenz beachtet werden. Was es mit den katholischen Siegen auf sich hat, wird genügend durch die Feststellung hervorgerufen, daß bei der Wahl nur solche Belegschaftsmitglieder stimmberichtig waren, die nicht gestreift hatten. Die „Siege“ sind der Lohn des Betrugs!

Streikbrechervermittlung nach Varel i. O.

In Varel i. O. beschäftigte sich ein Herr Dieb. Müller, Fahrradhandler und nebenbei Apostel der Papstengemeinde, auch noch mit der Vermittlung von Arbeitswilligen für die von den organisierten Arbeitern bestreikten Firmen Norddeutsche Treibriemen- und Lederfabrik von Schwabe und die Treibriemenfabrik von Postmann. Durch Inserate in dem Papstentwischen „Brot-Heiltszeuge“ werden Arbeiter bei dauernder Stellung und gutem Lohn nach dort gesucht. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß der Papstentwischen über den Kreis seiner frommen Gemeinde hinaus seine Streikbrechervermittlung ausdehnen könnte, so sei vor ihm gewarnt.

Husland.

Der Streit in der Waggonfabrik Schlieren gestaltete sich, wie man uns aus Zürich schreibt, zu einer Nachfrage des Maschinen-Industriellenverbandes gegen die am Kampf beteiligten Gewerkschaften. Fünf volle Wochen dauert nun bereits der Kampf, an dem insgesamt 500 Arbeiter beteiligt sind. Er wird mit einer Hartnäckigkeit, Geschlossenheit und Disziplin geführt, die Anerkennung verdienen. Wenn man bedenkt, daß der größte Teil der am Kampf beteiligten Arbeiter erst kurz vor Ausbruch des Streiks den Organisationen beitraten und zum großen Teil aus ländlichen Arbeitern besteht, so ist dies jedenfalls ein schönes Zeichen von Solidität und Ausdauer. Der Kampf, der ja in erster Linie ein Abwehrkampf ist, brach aus, weil die Direktion die seit drei Jahren bestehende Arbeitszeit von 53½ Stunden auf 57 Stunden pro Woche verlängern wollte. Der Verband der Maschinen-Industriellen hat es sich zum Prinzip gemacht, nicht unter die 57stündige Arbeitswoche herabzugeben. Trotzdem wollte die Direktion das Zugeständnis machen, die Arbeitszeit nur auf 55 Stunden herabzusetzen, was selbstverständlich von den Arbeitern abgelehnt wurde. Die Härte der Lage ist jetzt in aller Welt auf der Streikbrecherliste und hat auch schon einige Exemplare erhalten. Man sollte es nicht meinen, daß sich noch Arbeiter finden, die mit Familie erst die zweite Reihe von Deutschland nach der Schweiz machen, um dann hier den horrenden Lohn von 45—50 Cents als Handwerker zu verdienen. Das verdient ja fast jeder Handwerker oder Straßenkehrer.

Wenn es gelingt, die Streikbrecher fernzuhalten, wird die Direktion wohl oder übel nachgeben müssen. Deshalb möchten wir den dringenden Appell an alle arbeitserfreundlichen Blätter richten, von der Bekämpfung des Streiks zu nehmen, daß die Waggonfabrik Schlieren strengstens gesperrt ist, und keiner nach dort Arbeit nehme.

Allgemeine Schneiderausperrung in Schweden.

Der Arbeitgeberverband im Schneidergewerbe Schwedens hat die Ausperrung, die zuerst nur einige Städte umfaßte, am Montag auf das ganze Land ausgedehnt, soweit es in seiner Macht lag. Ein großer Teil der Schneidermeister gehört dem Verbands jedoch nicht an und beteiligt sich nicht an der Ausperrung. Bei der im

allgemeinen recht guten Konjunktur im Gewerbe ist um so mehr zu erwarten, daß die Gehilfenschaft aus diesem Kampfe als Sieger hervorgeht.

Aus Industrie und Handel.

Deutscher Bergarbeiterstreik und Kohlenproduktion.

Die Kohlenproduktion Deutschlands im März d. J. ist gegen den gleichen Monat des Vorjahres nicht unerheblich zurückgegangen. Es betrug

	März 1912	März 1911
	in 1000 Tonnen	
Steinkohlen	12812	14010
Braunkohlen	7042	6483
Koks	2131	2149
Preßkohlen aus Steinkohlen	856	423
Preßkohlen aus Braunkohlen	1653	1452

Eine Zunahme zeigte nur die Produktion von Preßkohlen aus Braunkohlen. In dem Rückgange war nicht nur Preußen, sondern auch Bayern und Sachsen beteiligt. Trotzdem die Produktion von Steinkohlen im März um rund 1 200 000 Tonnen abnahm, ist für das ganze erste Quartal noch eine Mehrerzeugung von 1 800 000 Tonnen gegen das Vorjahr zu konstatieren. Es wurden erzeugt

	Januar bis März 1912	Januar bis März 1911
	in 1000 Tonnen	
Steinkohlen	42 022	40 206
Braunkohlen	20 414	18 572
Koks	6 743	6 884
Preßkohlen aus Steinkohlen	1 322	1 214
Preßkohlen aus Braunkohlen	4 620	4 007

Die Ausfuhr ist infolge des Streiks nicht zurückgegangen, sie erhöhte sich für Steinkohlen von 2,115 Millionen Tonnen auf 2,421 Millionen Tonnen.

Streik und Kohlenproduktion in England.

Durch den erfolgreichen Kampf der englischen Bergarbeiter ist die Kohlenausfuhr Großbritanniens im März d. J. erheblich reduziert worden. Während im März vergangenen Jahres 5 580 868 Tonnen Kohlen, Koks und Preßkohlen ausgeführt wurden, gelangten im März d. J. nur 1 655 145 Tonnen zur Ausfuhr. Während die Menge der Ausfuhr um fast das Dreifache gesunken ist, fiel aber der Wert der Kohlenausfuhr nur um etwas weniger als das Dreifache, von 3 185 691 Pfund Sterling auf 1 131 992 Pfund Sterling. Nach Deutschland wurden im März 1912 nur 373 805 Tonnen gegen 674 962 Tonnen im gleichen Monat des Vorjahres verschifft. Während sonst deutsche Kohle nicht in Großbritannien eingeführt wird, sind dagegen im März dieses Jahres 10 880 Tonnen, vom Januar bis März 16 678 Tonnen aus Deutschland nach England verladen worden.

Der Streik hat natürlich die Aufmerksamkeit der Auslandskonkurrenz auf Englands Absatzgebiete in anderen Ländern gelenkt. Besonders haben die amerikanischen Konsula nach ihre Landesteile auf die sich dort ihnen bietenden Absatzgelegenheiten hingewiesen.

Verfammlungen.

Eine allgemeine Versammlung der Klempner tagte am Montag in den Andreasställen, in der Adolf Wuschel über die Bedeutung und Entwicklung der Maifeier einen beifällig aufgenommenen Vortrag hielt. Am Schluß seiner Ausführungen bewies der Referent auf die Beschlüsse des letzten Verbandstages des Deutschen Metallarbeiterverbandes und forderte die Versammelten auf, in allen Werkstätten gemäß diesen Beschlüssen Stellung zur Maifeier zu nehmen. Wie bekannt gegeben wurde, ist in verschiedenen Betrieben schon beschlossen worden, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Die feiernden Klempner treffen sich am 1. Mai vormittags 9 Uhr in den Konfordiaeställen und begeben sich von dort aus nach dem Versammlungsort in der Braueri Friedrichshagen.

Debnitz gab einen Bericht über den Verlauf der Bewegung in der Bierdruckbranche. Redner verließ seiner Befriedigung Ausdruck, daß es endlich auch dieser Branche gelungen ist, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen; in erster Linie sei dies dem günstigen Verhältnis von 80 Proz. Organisierten zu verdanken. — Unter „Branchenangelegenheiten“ wurde bekannt gemacht, daß im Monat Mai die Vertrauensmännerkonferenz sowie die allgemeine Klempnerversammlung ausfallen. Es sollen überhaupt in Zukunft statt der allgemeinen Versammlungen Branchenversammlungen abgehalten werden und wird auf guten Besuch derselben gerechnet.

Letzte Nachrichten.

Schwierige Lage des neuen ungarischen Ministeriums.

Budapest, 24. April. (N. L.) Die Lage in Ungarn spitzt sich immer mehr zu. Die Volkspartei hat sich jetzt ebenfalls gegen die Regierung ausgesprochen. Ministerpräsident **Luzacs** suchte heute den Präsidenten der Volkspartei, Grafen **Zichy**, auf, mit dem er eine längere Unterredung hatte. Heute nachmittag hielten die Mitglieder der Volkspartei eine Beratung ab, in der festgestellt wurde, daß die Partei die Vorschläge der neuen Regierung für eine Entwirrung der Lage nicht als annehmbar betrachten könne. Auch die Justizpartei erklärte heute, daß sie sich zu einem großen Obstruktionsstreik vorbereiten werde und die technische Obstruktion mit der größten Energie fortsetzen werde.

Streik böhmischer Textilarbeiter.

Böhm.-Ranis, 21. April. (N. L.) Unter der Arbeiterchaft der Textilarbeiter des Polgentales ist eine Lohnbewegung ausgebrochen. Die Arbeiter haben den Direktoren ihre Forderungen unterbreitet und einen Termin zu deren Beantwortung festgesetzt. Sollte keine Einigung erzielt werden, so wird die gesamte Arbeiterchaft der Textilindustrie in den Ausstand treten.

Wirkung der „Titanic“-Katastrophe.

Southampton, 24. April. Die Geiger der „Dhymic“, des Schwesterschiffes des untergegangenen Ozeanriesen „Titanic“, haben die Arbeit niedergelegt und weigern sich in See zu gehen, weil sie über die ungenügende Ausrüstung des Dampfers mit zusammenlegbaren Rettungsbooten unzufrieden sind.

Aus dem Dorado der Epigublen.

Petersburg, 24. April. (N. L.) Die staatliche Revision bei der Kreditgesellschaft in Nikolajew ergab Unterschlagungen in Höhe von 3 Millionen Rubel. Der Hauptschuldige, der Vorsitzende des Direktorkomitees, Reichsratskandidat **Blafelski**, hat die Unterschlagungen eingestanden. Die Angelegenheit wurde dem Staatsanwalt übergeben.

Matrosenstreik in Japan.

Yokohama, 24. April. (N. L.) Die Seeleute der drei Schiffsahrtsgesellschaften Nippon Yusen Kaisha, Toyo Kisen Kaisha, Kureha und Osaka Kosen haben die Arbeit eingestellt. Die für Europa, Seattle, Vesparsais und Shanghai bestimmten Dampfer können daher nicht auslaufen.

Reichstag.

45. Sitzung, Mittwoch, den 24. April 1912, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Delbrück, v. Seeringen, Kühn.

Die erste Beratung der Wehr- und Deckungsvorlagen wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Gradnauer (Soz.):

Der Verlauf der Debatte über die Wehrvorlagen hat gezeigt, daß die Mehrheit dieses Hauses im vollen Umfange für sie eintritt; nur darüber besteht unter den Mehrheitsparteien Zweifel, ob sie die Vorlagen nicht noch über das Maß der Forderungen der Regierung hinaus ausgestalten wollen.

Ausgestaltung des Militärwesens in demokratischem Sinne getroffen werden.

Die Konservativen und die Nationalliberalen sind ja von jeher recht eigentliche Rüstungsparteien gewesen, nur mit dem kleinen Unterschied, daß die Konservativen mehr Vorliebe für das Landheer haben, während die Nationalliberalen Landheer und Flotte mit gleicher Liebe umfassen.

Gegen die Sozialdemokratie wird von den Konservativen der Vorwurf der Vaterlandslosigkeit erhoben. Kann es wohl eine schwerere Beleidigung und Beschimpfung geben?

zweierlei Patrioten,

die einen, die sich Verdienste um das Vaterland erwerben, und die anderen, die sich Verdienste aus dem Vaterland machen, und das haben die Konservativen in reichem Maße getan.

„Die Aesthetik der Schwierigen faust“.

In einem längeren Beitrag zur Marxphilologie, den Genosse F. Wehring im letzten der Ergänzungshäfte zur „Neuen Zeit“ veröffentlicht (Freiligrath und Marx in ihrem Briefwechsel), beschäftigt er sich zum Schluß auch mit meinem Feuilleton.

„In dem Feuilleton des „Vorwärts“ ist kürzlich eine eifrige Propaganda für eine Aesthetik der Schwierigen faust gemacht worden; was den Arbeitermassen nicht gefiele, hätte keinen ästhetischen Wert.

Wir haben die bisherigen Versuche Wehrings, sich am Feuilleton des „Vorwärts“ zu reiben, unbeachtet gelassen; wir haben auch darauf verzichtet, offensündliche Unrichtigkeiten, die er aufstellte, zu berichtigen.

Der „Unjüng“ ist daher auch gar nicht zu Ende. Schon deswegen nicht, weil nichts Stichthaltiges dagegen gesagt worden ist. Das einzige Ergebnis der Debatte war die Entdeckung des reinen Menschen, der über den Massen steht, eine Entdeckung, die uns in die Zeiten des vormärzlichen wahren Sozialismus zurückführt.

sie zur Ueberhebung anderen Nationen gegenüber zu erziehen, eine solche Jugendziehung lehnen wir ab. (Beifolles Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Was die Nationalliberalen anbetrifft, so bedeutet für sie diese Wehrvorlage gewissermaßen

ein Parteitriumph.

Bei ihren vielen inneren Schwierigkeiten wird ihnen das gewiß sehr angenehm sein, daß sie wenigstens in dieser Frage geschlossen dastehen. Die Nationalliberalen sind gewissermaßen die Geburtsheifer der neuen Militärvorlage, waren sie es doch vor allem, die die Vorlage vom vorigen Jahre seinerzeit als viel zu niedrig bezeichneten.

Herr Spahn meinte neulich, wenn die Sozialdemokratie gegen Angriffe von außen mitwirken wolle, solle sie auch die logische Forderung ziehen und für die Militärvorlage eintreten. Ich erinnere gegenüber Herrn Spahn daran, daß das Zentrum früher gleichfalls sehr häufig Militärvorlagen abgelehnt hat, obwohl es doch auch für sich in Anspruch nimmt, es an Vaterlands- liebe nicht fehlen zu lassen.

eine Opposition aus Besehen,

die Herren hatten nicht geglaubt, daß Bülow mit Ernst an eine Reichstagsauflösung denke. Aber seitdem dann ihre Zeit wieder gekommen ist, sind sie bereit, an Militärvorlagen alles zu schaffen lassen.

Für die Fortschrittliche Volkspartei hat ja gestern Herr Dr. Müller-Reinigen ein lebhaftes Wortfeuerwerk losgelassen; aber hinter all seinen großen und effektvollen Worten trat doch deutlich die Bereitwilligkeit seiner Partei hervor, auf den Boden der Regierungsvorlage zu treten.

geschlechte Schülerin der Sozialdemokratie

erwiesen hat, hat sie sich auf der anderen Seite von dem allgemeinen

nationalistischen Hauch unseres Zeitalters auch hinreichend und be- nehmen lassen. Die Herren beten heute in bezug auf Militär- vorlagen das an, was sie einst verbrannt haben, sie tragen mächtigen Strömungen Rechnung, anstatt sich solchen schädlichen Strömungen entgegen zu werfen.

Worin liegen nun

die eigentlichen Ursachen für die Militärvorlage?

Ran hat auf den Chauvinismus in anderen Ländern hingewiesen. Das ist eine sehr billige Methode, um Militärvorlagen zu begründen, und ich glaube, daß die tieferen Ursachen für diese immer wiederkehrenden Rüstungen in der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuesten Perioden zu suchen sind.

Eroberungen mit dem Blaustift machen. Schließlich, und nicht zum wenigsten, werden die Rüstungs-

Kleines feuilleton.

Ruhm und Geld. Man schreibt uns aus Brüssel: Der Dichter Waeterlin scheint die Ehrbezeugungen, die ihm sein Vaterland Belgien erwies, nicht allzu hoch zu taxieren — jedenfalls dann nicht, wenn sie ihm nichts eintragen.

Die Geschwindigkeit des Sturmwindes. Die Stürme, die in den letzten zwei Monaten in Amerika und Westeuropa so fürchtbar wüteten, haben in ihrer Festigkeit die bis jetzt bekannte Höchstgrenze der Geschwindigkeit bedeutend überschritten.

Vorizien.

— August Strindbergs Befinden hat sich so verschlechtert, daß sein Ableben unabweislich scheint. Nachdem er bis in die letzten Tage noch im Bett gearbeitet hatte, darunter an seinem Roman Robespierre, beginnt er jetzt vorübergehend das Bewußtsein zu verlieren.

treiberen verursacht durch die unmittelbaren Interessenten, die Lieferanten von Arme und Marine, die auch die Presse beherrschen. Früher wurde die Presse als Großmacht bezeichnet, heute steht ein großer Teil der Presse unter dem Kommando des Großkapitals.

Diese großen Interessen haben naturgemäß auch die Regierungsgewalt veranlaßt, ihr dienlich zu sein und so sind denn auch die Staaten in die gegenseitigen Eifersüchtigkeiten des Industrie- und Bankkapitals hineingezogen worden. Insbesondere hat Deutschland mit besonderem Eifer Weltpolitik getrieben, leider keine Weltpolitik, die auf einen friedlichen Ausgleich und eine ruhige Entwicklung des Handels ausgeht, sondern eine aggressive und herausfordernde Weltpolitik. Es sind geradezu seltsame Vorstellungen über die Entwicklung in weiten Kreisen verbreitet. Als Beispiel zitiere ich, was ich vor kurzem in einem konservativen Blatte gelesen: „Schafft neue Ideale, erzählt unserer Jugend, daß neben England Deutschland allein zur Weltbeherrschung berufen ist, daß in Afrika ein ungeheures deutsches Kolonialreich geschaffen werden kann, und daß es geschaffen werden wird, wenn dieser Gedanke Gemeingut aller Deutschen geworden ist.“ Solche romantischen Vorstellungen haben in weiten Kreisen um sich gegriffen. Kein anderer als der deutsche Kaiser hat sich an die Spitze dieser Bewegung gestellt, er hat das Wort von dem größeren Deutschland gesprochen, er hat gesagt, unsere Zukunft liegt auf dem Wasser, er hat das Telegramm abgeschickt, worin der Admiral des Atlantischen Ozeans den des Stillen Ozeans begrüßt — freilich vor der Seeschlacht von Lichatsima. Dadurch mußte

das Mißtrauen Englands

wachgerufen werden, und es mußte gesteigert werden durch die Art, wie die Staatsgewalt zugunsten des großen Kapitals gearbeitet hat. Von dem Telegramm an Dhm Krüger bis zum Panther- sprung nach Agadir war die ganze Politik eine der Unsicherheit, des Zastens, eine Politik ohne klares Ziel. Das ist aber gerade in der auswärtigen Politik sehr gefährlich. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So sind denn jedes Jahr neue Konflikte aufgetaucht, bald knisterte es hier, bald da, eine ungeheure Bemühung hat die Völker ergriffen, niemand fühlt sich mehr sicher, kaum ist eine Erholungsphase eingetreten, ein Ausgleich in irgend einer Streitfrage gefunden, so geht es gleich wieder von neuem los, wieder heißt es, jeden Augenblick kann der Krieg ausbrechen. Dieser Imperialismus treibt in der Tat die Völker bis an den Abgrund des Krieges. Freilich wenn es so weit gekommen ist, erfährt die Beteiligten ein Grauen, und wieder sucht man dann einen Ausgleich, eine Ruhepause zu schaffen. Das alles erklärt den gegenwärtigen Zustand der Völker. Auch bei den letzten Verhandlungen über Marokko wurde gesagt, sie würden einen Ausgleich mit Frankreich bringen. Aber tatsächlich besteht die Eifersucht der Nationen weiter und aus einer solchen Situation können nur die neuen Vorlagen, die wiederum das ungeeignetste Mittel sind, um Ruhe in Europa zu schaffen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Zustand, von dem ich sprach, wird gekennzeichnet und gesteigert durch die Kriegshysterien gewissenloser unverantwortlicher Leute, die sich nicht genug darin tun können, das Kriegsgespinnst an die Wand zu malen. Herr Wasser mann hat gestern gemeint, auch die sozialdemokratischen Blätter geben den Chauvinismus in Frankreich. Dort sitzen, meint er, die Leute, die zum Kriege gehen. Seine Zitate beweisen doch nur, daß wir unseren Lesern wahrheitsgemäß den heutigen Zustand schildern, daß wir ihnen sagen, in Frankreich und England gibt es ebenso wie bei uns Kreise, die zum Kriege treiben und den Chauvinismus machen. Es wäre sehr schwer zu sagen, welches Volk den Preis des Chauvinismus verdient. Aber auch eine starke Friedensbewegung ist in Frankreich vorhanden. Ja, es ist jeder chauvinistischen Agitation mit Entschiedenheit und nicht ohne Erfolg entgegengetreten. (Zustimmung bei den Sozialdem.) Gerade die nationalliberale Presse treibt

eine Kultur des Chauvinismus,

der sich mit dem in Frankreich durchaus messen kann. Diese Kriegsschwärmer und Kriegsheer treiben ein groteskes und böses Spiel. Bald wird es so dargestellt, als ob unser armes deutsches Reich außerordentlich gefährdet sei, als ob alle Feinde bereit sind, über uns herzufallen; am nächsten Tage wieder heißt es, wir in Deutschland sind ungeheuer stark, wir wollen uns nichts gefallen lassen, wir wollen die halbe Welt erobern. Das ist ein böses, unbefonnenes, unsinniges Treiben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So ist im September im „Deutschen Armeebblatt“ erörtert, wie die Chancen eines Krieges zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und England andererseits liegen, wobei übrigens damals noch keine neue Wehrvorlage für nötig gehalten wurde. Der Artikel wird zwar als nicht offiziell bezeichnet, doch heißt es, daß maßgebende Leute seine Anschauung teilen. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Auch in der „Täglichen Rundschau“ heißt es: „Gut Schiffe, jenseits des Kanals sieht unser Feind“. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Vor wenigen Tagen noch wurde in demselben Blatt die schon von der „Kreuzzeitung“ widerlegte elende Legende von dem plötzlichen Ueberfall wiederholt, der seitens England auf uns beabsichtigt sein soll. So wird Mißtrauen gegen uns erregt und der Völkerruh geschürt. Vor wenigen Tagen hat die Zeitung der berühmten Alldutschen stattgefunden. Der Reichsregierung sind dort keine Schmeicheleien gesagt, vielmehr wurde von der Niederlage gesprochen, die ihre leichtfertige Marokkopolitik erlitten. Ungern wurde Marokko als deutsches Siedlungsland einer hoffentlich recht nahen Zukunft angeprochen und so der Ansicht erwidert, als ob weite Kreise bei uns bereit sind, die eben geschlossenen Verträge mit Frankreich zu brechen. Bei der Begründung des neuen Wehrvereins wurde gesprochen, als ob der Krieg vor der Tür stehe. Wenn unter solchen Umständen diese neuen Vorlagen kommen, braucht man sich nicht wundern, wenn im Ausland Mißtrauen entsteht und um sich greift. Diese Hysterien sind um so schlimmer geworden, seit diese Leute gesehen haben, sie brauchen die Forderungen nicht aus eigener Tasche zu bezahlen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Kanzler hat sich sehr leise gegen diese Ueberpatrioten gewendet, er hätte ein einfacheres Mittel, sie bescheidener zu machen, er brauchte nur

eine kräftige Erbschaftsteuer

vorschlagen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) oder auch nur, nach einem früheren Vorschlage Debets, zustimmen, daß aus allen diesen Durcheinandern eine besondere Kriegsbrigade gebildet würde, die als erste gegen den Feind marschieren müßte. Die tausend Ermahnungen, man solle nicht zuviel Skandal machen, bedeuten gar nichts. Sehen diese Leute doch, daß auch die Reichsregierung sich von der Fesseln des Chauvinismus fortzuziehen und so solchen Vorlagen zu zwingen läßt. Sind sie durchgeföhrt, so wird bald wieder der Ruf nach mehr ertönen. Dadurch wird der internationale Zustand immer mehr verschlimmert. Aus dem Heden der letzten Tage sang es durch, daß gar nicht so große Opfer verlangt werden, daß Frankreich und England für seine Wehrmacht noch mehr ausbringe. Aber wie liegen denn die Dinge in Wirklichkeit? 1872 hatte Deutschland ein Heer von 350 000 Mann im Frieden, 1895 waren es 614 000 Mann und nach der Durchführung der Vorlagen werden es 1912 665 900 einschließend der Offiziere sein. Dazu kommt das große Personal der Marine, so daß wir alles in allem einen Bestand von 750 000 Mann haben werden. Die deutsche Armee ist die stärkste der Welt. Die Bevölkerung ist von 1872 bis 1910 um 55 Proz. gestiegen, das Militär aber um 64 Proz. und die Ausgaben für Heer und Marine um 420 Proz. Gewiß ist die russische Armee zahlreicher als unsere, aber Rußland ist bedeutend größer und ein Teil von der Armee ist in Ostasien festgehalten. Von Frankreich ist ja bekannt, daß in seiner Armee sich zu einem großen Teil ein nicht kriegsbrauchbares Menschen-

material befindet, das den Strapazen eines Krieges nicht gewachsen ist. Die Kosten für Heer und Marine betragen 1872 300 Millionen Mark, jetzt über 1 1/2 Milliarden, pro Kopf der Bevölkerung 24 Mark. Jede Familie trägt

120 Mark jährlich

zu den Lasten unserer Rüstung bei, das sind doch kolossale Anforderungen an die Leistungsfähigkeit gerade auch der arbeitenden Klasse. Der Kanzler verties auf die Kosten in anderen Ländern. Aber in England herrscht ein ganz anderes Steuersystem, da tragen die reichen Leute einen großen Teil der Kosten. England hat auch eine kostspieligere Marine wie wir, das hängt mit dem Seemärschen zusammen. Wir Sozialdemokraten leugnen ja auch gar nicht, daß die anderen Völker denselben Imperialismus treiben, es handelt sich ja hier nicht um eine nationale Frage, sondern um eine internationale allerersten Ranges. Die Völker Europas geben für Heer und Marine 7 Milliarden jährlich aus, dazu kommen noch 5 Milliarden, die durch Entziehung der Arbeitskraft verloren gehen, und die ungeheuren Zinsen. Was könnte man mit diesen ungeheuren Summen für Kulturaufgaben lösen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Zahlreiche Menschen haben nicht das nötigste zur Nahrung und Kleidung. Wieviel Elend liege sich mit diesen Summen mildern? Eine großartige Wohnungsfürsorge, eine Fürsorge für Kinder, für Säuglinge liege sich ausbauen. Sie sprechen soviel von der Jugendfürsorge, und in Preußen haben Sie eine Million für diese patriotische Jugendfürsorge ausgeworfen. Auf dem Gebiet der Jugendfürsorge härt unserer noch ein weit größeres Kulturproblem, die Angbahmung der höheren Schulen für alle Begabten. Die Kinder der wohlhabenden Klasse können auch nach dem 14. Jahr sich noch weiter bilden und entwickeln, die Kinder der Arbeiterklasse werden mit dem 14. Lebensjahr ins Erwerbsleben gedrückt. Diesen Zustand zu ändern, ist eine nationale Aufgabe, an der wir gerne mitwirken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Vertreter der Vorlage sagen, sie soll den Frieden sichern. Das hörten wir bei jeder Wehrvorlage. Aber genau so spricht man auch in den anderen Ländern. Bei uns sagt man, dort sitzen die kriegslustigen Chauvinisten und so rüsten alle stets weiter. Die neue Marinevorlage wird ja wieder mit einer englischen Flottenvorlage beantwortet. Wie also soll dadurch der Friede gesichert werden? Würden die Rüstungen uns sichern, so müßten wir schon ganz sicher sein. Tatsächlich aber ist die Weltlage um so bedrohlicher, je mehr wir gerüstet haben. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Darum verlangen wir Einhalten auf dieser gefährlichen Bahn, dieser bewaffnete Friede ist kein wirklicher Friede, sondern birgt viele Gefahren in sich. Wir vertreten eine entgegengeetzte Politik, wir wollen nicht rüsten, um den Frieden zu sichern, sondern wir wollen, daß alles getan wird, um

eine friedliche Verständigung

herbeizuföhren. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Gestern ist von den Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und der englischen Regierung und von dem Verlaufe des Kriegsinstitutes Galdane kurz gesprochen worden. Wir Sozialdemokraten waren sehr erfreut, als wir im Februar dieses Jahres aus dem Munde des Reichskanzlers hörten, daß Verhandlungen über die Schlichtung der kritischen Fragen zwischen uns und England stattgefunden hätten. In letzter Zeit ist dann aber leider gesagt worden, diese Verhandlungen seien auf einem toten Punkte angelangt. Wir würden das in allerhöchstem Maße bedauern. Ich bedauere, daß der Herr Reichskanzler über diese Verhandlungen nichts geäußert hat. Ich würde es für außerordentlich dringlich halten, daß die Herren vom Regierungstische uns über die Entwicklung dieser, wie mir scheint, außerordentlich wichtigen Frage Aufklärungen geben. Wir haben die Befürchtung, daß gerade die neuen Vorlagen, die wir hier beraten, einen neuen Anlaß bieten können, um derartige Verständigungsverhandlungen zu erschweren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir untererereits haben allen Anlaß, auf die Weiterentwicklung des internationalen Schiedsgerichtswesens und auf

Verhandlungen über Einhalten der Rüstungen

zu dringen. Der Abg. Wasser mann hat hier gestern gesagt, es habe sich herausgestellt, daß England nicht nur mit Deutschland über diese Dinge verhandelt habe, sondern auch andere Staaten sollten daran beteiligt werden. Deshalb solle man lieber durch diese Verhandlungen mit England einen Strich machen. Ich bedauere, daß der Führer der nationalliberalen Partei eine so durchaus ernste Sache in so leichter Weise abgetan hat. An der Tatsache, daß auch andere Staaten zu den Vereinbarungen und zu der Verständigung hinzugezogen werden sollen, brauchen wir in keiner Weise Anstoß zu nehmen. Im Gegenteil, es kann uns nur willkommen sein, wenn solche Verhandlungen nicht nur mit Deutschland gepflogen werden, sondern auch mit anderen Staaten. Wir wissen ja, daß die deutsche Regierung überhaupt eine große Abneigung gegen jeden Versuch, mit England zu einer wirklichen Verständigung zu kommen hat. Der Reichskanzler hat ja im vorigen Jahr eine Rede gehalten, in der er eine solche Verständigungsaktion als vielleicht ideal, aber praktisch nicht durchführbar bezeichnet hat. Vielleicht soll das ideal sein, der Herr Reichskanzler meint also noch nicht einmal, daß es wirklich ein Ideal sei, eine solche Verständigung herbeizuföhren. Der Herr Reichskanzler hat sich bei dieser Gelegenheit zu einem sehr plumpen Darwinismus bekannt. Es gab aber doch eine Zeit, in der auch in den regierenden Kreisen ganz andere Auffassungen über eine Verständigungsaktion unter den Völkern bestanden haben, das war die Zeit des berühmten Friedensmanifestes der russischen Regierung im Jahre 1898. Ich will nicht über die Motive dieses Manifestes sprechen, ich will nur erwähnen, daß die erste Gaager Konferenz einen Beschluß gefaßt hat, daß eine Beschränkung der militärischen Lasten in hervorragender Weise wünschenswert sei. Diese Erklärung ist aber von der deutschen Regierung mitunterzeichnet worden. Die deutsche Regierung hat es auch als in hervorragender Weise wünschenswert bezeichnet, daß eine Beschränkung der militärischen Lasten eintritt. Aber das sind alles leere Redensarten gewesen. Irigendwie Ernst zu machen, hat man stets abgelehnt. England hat wiederholt solche Angebote an Deutschland gemacht, Griechenland bereit sei. Deutschland hat aber alle derartigen Angebote zurückgewiesen. Die Mehrheit des Deutschen Reichstages hat eine Resolution angenommen, die immerhin ein klein wenig dem Standpunkt Rechnung trägt, den die Sozialdemokraten von jeher vertreten haben. Aber das war

ein Schlag ins Wasser.

Die englische Regierung mußte ja aus den Vorbereitungen der deutschen Vertreter, daß die deutsche Regierung der Sache ablehnend gegenüberstand. Anstatt nun aber endlich in eine solche Verständigungsaktion einzutreten, wie wir es wünschen, kommen nun solche Vorlagen, die nur Mißtrauen erregen und provozierend wirken. Wir glauben demgegenüber, nicht neue Regimenter müssen geschaffen werden, sondern die Reichsregierung müsse endlich sich ernstlich bemühen, mit den Weststaaten Europas ernsthaftere Verhandlungen zu pflegen, um einen gemeinsamen Einhalt der Rüstungen herbeizuföhren. Es ist, wie mir scheint, in dem heutigen Zeitalter eine der schlimmsten und furchtbarsten Taten, daß die drei Weststaaten sich so feindselig gegenüberstehen, diese drei Staaten, die so Großes für die menschliche Kultur geleistet haben, die drei Großstaaten, in denen die Dichter und Denker und ebenso die arbeitenden Massen den Wunsch haben, daß sie zusammen arbeiten müßten und nicht sich mit gegenseitigen Rüstungen edrücken. Würden sich diese drei Großstaaten einigen können, was wir wünschen, so wäre das, wie mir scheint, ein gewaltiger Kulturfortschritt. Das wäre eine große, herrliche Aufgabe, die man sich stellen könnte. Diese Aufgaben werden aber durch die einseitigen kapitalistischen

Interessen und durch die Dienstbarkeit der Regierung gegenüber diesen Interessen vereitelt.

Die Völker wollen den Frieden.

Ich bin auch überzeugt, daß sie diesen Ideal der Völkerverständigung erreichen werden und daß sie sich aus der Notwendigkeit und Gewalttätigkeit in demselben Maße durchdringen werden, wie die Völkermassen mächtig werden gegenüber den Interessen des Besitzes und des Kapitals.

Ich möchte nun noch einige Ausführungen über die Dedungsfrage machen. Meine Fraktion ist damit einverstanden, daß eine besondere Kommission zur Beratung des Branntweinsteuergesetzes eingesetzt wird. Wir sind damit einverstanden, weil wir meinen, daß dieses schwierige, komplizierte Gesetz ganz besonders eingehend beraten werden soll. Wir sind auch insofern mit dem Vorschlage des Abg. Wasser mann einverstanden, als dadurch die Arbeiten der Budgetkommission entlastet werden und ferner neue Vorschläge zur Dedung der Militärvorlage einer gründlichen Beratung unterzogen werden können. Die Art und Weise, wie diese neuen Lasten bezahlt werden sollen, scheint uns ganz flandäls zu sein. Wir haben 1900 die blaue schwarze Finanzreform gehabt, jetzt haben wir die schwarze Finanzreform.

In den Heeresfragen hat sich der Reichskanzler vor den nationalistischen Strömungen gebeugt und in den Finanzfragen vor dem Zentrum, das keine wirklichen Besitzsteuern haben will. In der Thronrede fanden so schöne Worte über die vollständige Gesundung der Reichsfinanzreform. Der Umsturz der Gedanken, die der frühere Schatzsekretär Bermuth vertreten hat, ist sehr zu bedauern. Was der jetzige Schatzsekretär Kühn vorschlägt, ist keine Dedung für die neuen Vorlagen, sondern ist einfach eine Erhöhung mit Zinsen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So sehr wir auch dem Schatzsekretär Bermuth entgegenstanden, wir haben doch anerkannt, daß in ihm ein Gefühl für die Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit der Reichsfinanzen vorhanden war. Aber wir müssen gestehen, daß mit diesen neuen Maximen des Reichsschatzamt die Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit ganz wesentlich und gründlich zu Ende gehen wird. Für uns ist das wesentlichste an dem jetzigen Verfahren des Reichsschatzamt und der Reichsregierung, daß die neuen schweren Lasten der Wehrvorlagen wiederum aus Zöllen und Verbrauchssteuern in erster Linie bezahlt werden sollen. Die Ueberhöhe aus den Zöllen und den Verbrauchsabgaben zeigen ja, wie angenehm dieses System für eine Regierung ist. Die Zölle und die Verbrauchsabgaben sind derartig beschaffen, daß es gar keiner Bewilligung des Parlaments bedarf. Automatisch steigen sie, wenn die wirtschaftliche Entwicklung aufwärts geht. Das macht sich die Regierung zunutze, sie braucht gar keine Steuern für ihre neuen Wehrforderungen. In der Begründung zur Dedungsvorlage ist darauf hingewiesen, daß im Vorjahre 30 Millionen Zölle durch die Dürre entstanden sind, die damals in Deutschland herrschte. Die Teuerung, unter der damals die weitesten Kreise der Bevölkerung schwer gelitten haben, hat die Reichskasse auf Grund des Glends des Volkes gefüllt. Die so gewonnenen Groschen und Summen sollen dazu benutzt werden, um die Forderungen für das Militärwesen zu decken.

Man hat auch in England Steuern, aber die englischen Verhältnisse sind darin doch ganz anders, die sind viel günstiger für die unteren Volksmassen als bei uns in Deutschland. Sehen Sie sich doch einmal den englischen Zolltarif darauf an, auf welche Waren die Zölle gelegt werden. Das sind nicht die Dinge, die zu dem täglichen Bedarf des Volkes gehören, das sind Dinge, die in erster Linie die wohlhabenden Kreise treffen. Bei uns dagegen ist das Steuer- und Zollsystem so eingerichtet, daß die Kinder, die Frauen, daß die ganze Familie auf das schwerste herangezogen werden, um solche Ueberhöhe für die Reichskasse zu erzielen, und die sollen dann dazu dienen, die Rüstungsvorlagen zu decken. Diejenigen, die die Lasten tragen können, die dazu nach ihrem Vermögen und ihrem Einkommen am besten imstande sind, wenn sie die besitzenden Klassen, die Dedung für die Lasten zu tragen haben würden, würde es das gute mit sich bringen, daß wir nicht so bald wieder neue Vorlagen bekommen würden. Wenn jetzt aber wieder die Bezahlung durch die unteren Volksklassen geschehen soll, werden es die besitzenden Klassen sehr leicht haben und um so eifriger an neue Lasten herangezogen. Die Lösung muß sein, daß die Kapitalisten und die Großgrundbesitzer jetzt bezahlen müssen. Herr v. Bethmann Hollweg hat ja fortwährend an die Opferwilligkeit der Bevölkerung appelliert. Nun seien Sie doch opferwillig, die Herren vom Zentrum, von der konservativen Partei, die besitzenden Klassen, rufen wir. Wie wäre es denn, wenn z. B. die Grundbesitzer eine besondere Steuer auf sich nehmen würden zum besten des Vaterlandes, zur Dedung der Vorlagen? Wie wäre es denn, wenn die Fürstenthäuser, die Privilegien, die sie genießen, aufgeben würden, um sich opferwillig zu zeigen? Da könnte schon ein hübscher Teil der Wehrvorlagen gedeckt werden. Was wir in bezug auf die Erbschaftsteuer erlebt haben, ist das unglücklichste Schauspiel, das wir erlebt haben. Der Gedanke an diese Steuer hat in den weitesten Kreisen des Volkes Sympathie, man hat diesen Gedanken als geeignet erkannt, endlich einmal auch die wohlhabenden Kreise einigermaßen in gerechter Weise heranzuziehen. Ich muß sagen, es ist doch geradezu

eine Schmach und Schande für die besitzenden Klassen,

daß sie sich jahraus jahrein immer wieder mahnen lassen müssen, ob sie denn nicht endlich etwas bezahlen wollen. Der Reichskanzler hat eine seltsame Bemerkung gemacht. Er meinte, auf die Erbschaftsteuer sollte die Regierung nicht dringen, weil kein so großer Unterschied zwischen den Erträgen aus der Abschaffung der Liebesgabe und der Erbschaftsteuer, 36 Mill. und 60 Mill. M., bestände. Das hindert denn aber die Regierung daran, aus der Erbschaftsteuer einen höheren Betrag zu erzielen als 60 Millionen? Mit Leichtigkeit lassen sich ganz andere Summen daraus erzielen. Der mühelose Reichtum, der durch Erbschaften erworben wird, kann in Deutschland noch in ganz anderem Maße herangezogen werden. Unsere sozialdemokratischen Anträge haben Ihnen gezeigt, daß man, ohne rigoros zu sein, 200 bis 300 Millionen erzielen könnte. Die Herren rivalisieren so eifrig mit England in bezug auf die Schiffsbauten: Rivalisieren Sie doch auch einmal mit England auch in bezug auf das Bezahlen! England bringt weit über 500 Millionen Mark durch die Erbschaftsteuer auf, auf den Kopf der Bevölkerung fast 10 M., während wir kaum 2 M. auf den Kopf der Bevölkerung darauf erzielen.

Herr v. Bethmann Hollweg hat gesagt, mit der Sozialdemokratie sei diese Erbschaftsteuer nicht zu machen. Darauf kann ich dem Reichskanzler folgendes erwidern: Es ist ja ganz selbstverständlich, daß wir Sozialdemokraten keinerlei Reizung verpüren können, Steuern für Vorlagen zu bewilligen, deren Inhalt wir nicht billigen, die wir für höchst schädlich und gefährlich halten. Wir sind der Meinung, daß das vielmehr Aufgabe derer ist, die solche Militärvorlagen machen: sie müssen auch für die nötige Dedung sorgen, und zwar für eine Dedung, die gerechter ist. Ihre Aufgabe ist es, wie mir scheint, ihren Patriotismus zu bewahren und mit Anträgen auf gerechte Steuern vorzugehen.

Der Abg. Wasser mann hat angeklagt, daß seine Fraktion vielleicht noch in der Kommission Anträge stellen würde. Das würde uns sehr lieb sein, wir sehen diesen Anträgen mit Spannung entgegen. Wir werden daraus unsere Konsequenzen zu ziehen wissen. Wenn das Reichsschatzamt so große Ueberhöhe herausrechnet, so bin ich der Meinung, daß es dafür schon genügend Verwendung geben wird. Ich möchte aber an die Haltung des Reichsschatzamt erinnern, als es sich 1910 darum handelte, für die arbeitslosen Tabakarbeiter, die durch die Tabaksteuer brotlos geworden waren, etwas mehr zu bewilligen, wie wir das beantragt haben. Da hieß es aber: „Rein, es ist kein Geld da.“ Heute hat man die Ueberhöhe und ist bereit, sie für militärische Zwecke herzugeben. Wie hat man sich da-

gegen gestraußt, für die alten Veteranen der Arbeiterschaft Entgegenkommen zu zeigen, als es sich darum handelte, die Altersgrenze von 70 Jahren auf 65 Jahre herabzusetzen. Da erklärte man, dafür sei kein Geld da. Und doch machen die Summen hierfür gegenüber den Forderungen der Militärverwaltung nichts aus. Es scheint mir eine

Aufstandspflicht des Reichstages

zu sein, daß, wenn die Reichsregierung behauptet Ueberschüsse zu haben, jede sozialdemokratische Forderung von damals durchgeführt werde. Wenn der Reichstag das nicht tun will, dann können Sie überzeugt sein, daß eine neue Verbitterung eintritt. Es darf nicht so weiter gewirtschaftet werden. Am 16. Februar hat der Reichskanzler bei seiner ersten Rede vor dem neuen Reichstag gesagt, weite Schichten unseres Volkes hätten eine tiefe Sehnsucht nach der Erfüllung großer idealer Aufgaben. Sie wollen ihm solche großen Aufgaben zeigen, nach denen in der Tat eine große Sehnsucht im Volke vorhanden ist. Als Minimalforderung stellen wir die Einführung der zweijährigen Dienstzeit für Kavallerie und reitende Feldartillerie auf. Diese Frage hat den Reichstag schon mehrfach beschäftigt und sowohl in der Budgetkommission als auch im Plenum ist eine Resolution angenommen worden, in der eine Denkschrift über die zweijährige Dienstzeit gefordert wird. Diese Denkschrift haben wir aber bisher nicht gesehen und wir können wohl daraus schließen, daß die Heeresverwaltung davon nichts wissen will. Zahlreiche Fachleute haben sich für diese Forderung ausgesprochen, so der frühere Zentrumsabgeordnete General Häuhler. Jetzt darf General Häuhler seine kritischen Reden für die Herabsetzung der Dienstzeit nicht mehr halten. Die dreijährige Dienstzeit für die Kavallerie ist ein Unrecht für die Betroffenen, das heißt vor allem für die Söhne unserer dauerlichen Bevölkerung. Die Einjährig-Freiwilligen der Kavallerie lernen die Sache in so kurzer Zeit, da werden es wohl die Söhne der Bauern wenigstens in zwei Jahren auch lernen können. In Frankreich ist diese unsere Forderung durchgeführt. Unser eigentliches Ziel geht allerdings weiter auf die Durchführung jenes großen Scharnhorstschen Gedankens der

Wehrhaftmachung des ganzen wehrfähigen Volkes.

Natürlich verstehen wir unter Miliz nicht eine improvisierte militärisch unbrauchbare Masse, sondern der Milizgebante steht in unmittelbarem Zusammenhang mit einer guten körperlichen Erziehung der Jugend, ganz anders als das heute der Fall ist. Der Abg. v. Gamp glaubte diese Anregung damit abtun zu können, daß er sagte, unsere Parteigenossen in Frankreich hätten unseren Standpunkt nicht zu teilen. Er beweist damit eine völlige Unkenntnis der französischen Verhältnisse. Der Kriegsminister Millerand steht der Sozialdemokratie unendlich fern. Dieser wandlungsfähige Mann hat uns früher einmal näher gestanden. Heute muß er nach deutschen Verhältnissen als nationalliberal bezeichnet werden. Dagegen hat unser Parteifreund Jaurès einen ausführlichen Plan der Volkswehr entwickelt und in zahlreichen französischen Offizierskreisen ist diese Idee verbreitet.

Eine sehr aktuelle Forderung aber ist für uns die Herabsetzung der zweijährigen Dienstzeit der Infanterie auf ein Jahr. Unsere ganze Bevölkerung ist in ihrer Intelligenz so bedeutend gestiegen, daß die Durchführung dieser Forderung bei Vereitigung übermäßigen Ballasts wie des Exerzierdrills und des Paradebrills sehr wohl möglich ist, ohne die eigentliche militärische Ausbildung zu gefährden. Die Waffentechnik ist immer vollkommener geworden, und die Verbesserung der Waffen bedeutet auch eine Erleichterung, ihre Führung zu lernen. Vieles haben sich auch militärische Sachverständige, so erst vor kurzem ein höherer Offizier in der Augsburger Postzeitung für diese Forderung ausgesprochen. Wäre sie unbedingbar, so müßte auch die einjährige Dienstzeit für die heutigen Einjährig-Freiwilligen beseitigt werden. Würde man das tun, dann würden wir sehr bald die einjährige Dienstzeit überhaupt bekommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Warum sträubt man sich denn so sehr gegen eine solche Verkürzung der Dienstzeit? Man tut es, weil man die möglichst ausgiebige Erziehung der Soldaten zur Internierbarkeit, zum unbedingten Gehorsam nicht aus der Hand geben will, man fürchtet, es könnte mit der kürzeren Dienstzeit ein neuer, freierer Geist in das Heer einziehen. Heute herrscht auch in der Armee ein Klassensystem, während gerade in ihr volle Gleichberechtigung bestehen müßte, denn die Söhne des Volkes müssen alle gleichmäßig ihr Gut und Blut für das Vaterland zum Opfer bringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Heute aber haben wir eine völlig abgeschlossene Offizierskaste. Die Offiziersstellen sind einer kleinen Schicht, vornehmlich den landbesitzenden Adligen vorbehalten. Noch viel allgemeiner zeigt sich der Klassengeist in der Annahme der Offiziersaspiranten. Nur soziale Stellungen und konservative Gemütnung erlauben es einem jungen Manne, in eine solche Stellung einzurücken. Diese jungen Leute werden dann in einer weltfremden Erziehung mit besonderem Erbgriffen, die zuweilen gegen die Staatsgelehe verstoßen, aufgezogen, ohne Kenntnis vom Leben und von den Menschen, die ihre Untergebenen werden. Es sind auch nicht die militärisch Tüchtigsten, die zu diesen Stellungen kommen. Ein gewöhnlicher Sterblicher muß schon große Geldentaten vor dem Feinde aufzuweisen haben, um in eine Offiziersstelle zu kommen, in die jeder andere, wenn er nur in der Wahl seiner Eltern vorsichtig genug war, hineingelangt.

Immer mehr wird die Armee auch

gegen den inneren Feind

bemüht. (Vizepräsident Dr. Baasche macht den Redner darauf aufmerksam, daß all diese Betrachtungen eigentlich zum Militärretat gehören.) Ich will dem Wunsche des Vizepräsidenten folgen und nur mit einem Wort betonen, daß wir wünschen, daß unsere Armee nicht ausgenutzt werden soll als politischer Machtfaktor gegen die arbeitenden Volksklassen, daß sie nicht diebe was sie bisher war, ein Privilegium zum Vorteil gewisser Klassen, sondern, daß sie umgewandelt werde zu einem wirklichen Volkshoher mit freizeithilflichem Geist.

Nach alledem sage ich, es liegen und sozuzagen zwei Programme vor. Sie, meine Herren von der Mehrheit, sind im Begriff, durch Ihre Maßnahmen die Völkergesetze zu vermehren. Wir dagegen wünschen, eine Verständigung unter den Völkern herbeizuführen. Sie wollen dem Volke neue Lasten auflegen, wir wollen die Bestehenden belassen. Sie wollen das Heer als Justiz zu Nutzen der Bestehenden erhalten, wir wollen ein demokratisches freiheitliches Heerwesen. Wir überlassen die Entscheidung über diese beiden Programme mit gutem Gewissen dem deutschen Volke, in der Ueberzeugung, daß wir Sozialdemokraten sehr gut bestehen können mit unserem Programm vor Gegenwart und Zukunft. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (Z.): Die Veranlassung der Wehrvorlagen liegt sicher in den weltpolitischen Ereignissen des letzten Hochsommers. Sie sollen dazu dienen, Deutschland und Europa den Frieden zu sichern, indem sie der Welt beweisen, daß Deutschland keineswegs am Ende seiner militärischen und finanziellen Kräfte steht. Man fragt, was ist denn seit der letzten Flottenvorlage und Militärvorlage anders geworden? Nun ich erinnere daran, daß selbst der „Vorwärts“ vom letzten Sonntag jagte, daß in Frankreich zurzeit eine chauvinistische Strömung vorherrscht. Das doch selbst der frühere Antimilitarist Hervé eine Wandlung durchgemacht und ist jetzt für die Schaffung einer starken französischen Landarmee. (Widerspruch des Abg. Dr. Liebknecht.) Die Belastung der Bevölkerung pro Kopf durch den Militarismus ist in Frankreich erheblich höher als in Deutschland. (Hört! hört! im Zentrum.) Die Erhaltung beweist, daß ein schwaches Deutschland immer der Ausgangspunkt europäischer Verwicklungen gewesen ist; daher müssen wir Deutschland zu Lande und zu Wasser stark erhalten. — Eine Verständigung zwischen den europäischen Ländern wünscht sicher jeder Vernünftige.

Aber auf die englischen Locken sollten wir nicht zu viel geben. England hat durch die Tat stets bewiesen, daß es mit aller Macht die Aufrechterhaltung seiner Weltmachtstellung erstrebt. Man rechnet offenbar im Ausland darauf, daß die gutmütigen Deutschen auf diese Idee hereinfallen werden. (Bravo! rechts.) Auf einem anderen Gebiet, auf dem der Generalstabsbewegung, den ja auch die Sozialdemokratie nicht an Abstraktion. (Lachen links.) Wir halten es mit dem Wort Friedrichs des Großen: „Unterhandlungen ohne Waffen sind Noten ohne Instrumente.“ — Daß das Zentrum früher Opposition in Militärfragen betrieben hat, ist richtig. Aber das Volk hat in diesen Fällen immer gegen die Opposition entschieden und im neuen Reichstag hat die Mehrheit dann alles bewilligt, was wir abgelehnt hatten. Im übrigen ist es nicht richtig, daß wir ohne weiteres jetzt alles bewilligen. Wir werden in der Kommission alle Einzelheiten genau prüfen. Jedenfalls haben die Sozialdemokraten am wenigsten Grund, uns einen solchen Vorwurf zu machen, denn sie sind es ja, die in Militärfragen alles ablehnen, was auch zur Begründung gesagt wird. — Die Kosten der Militärvorlage sind gewiß groß, aber wären denn etwa die Kosten einer Miliz geringer? Die Erfahrungen in der Schweiz beweisen das Gegenteil. Dort sind die militärischen Kosten in 10 Jahren um 62 Proz. gestiegen, bei uns nur um 20 Proz. (Hört! hört! rechts.) Ein kleiner neutraler Staat wie die Schweiz kann auch viel eher die Miliz durchführen als die Großmacht Deutschland. Auch die Abschaffung des Einjährig-Freiwilligen-Privilegs und die Herabsetzung der Dienstzeit würde erhebliche Kosten verursachen. — Wie die sozialdemokratische Kritik, so muß auch die der Offiziersvereine zurückgewiesen werden, die uns bei jeder Militärvorlage mit Vorwürfen überschwemmen, daß viel zu wenig verlangt werde. Insbesondere muß dem Treiben der Interessenten, das in der Marineverwaltung sich breiter zu machen sucht, als in der Heeresverwaltung, entgegengetreten werden. Der Staatssekretär des Marineamts sollte sehr energisch allen Vertretern interessierter Firmen die Tür weisen. Der Reichstag hat nicht die Aufgabe, über die Forderungen der Regierung hinauszugehen; er hat sie lediglich auf ihre Notwendigkeit zu prüfen. In parlamentarisch regierten Ländern mag das anders sein. (Sehr richtig! im Zentrum.) Verabschiedete Offiziere, die in der Front standen, können absolut nicht beurteilen, inwieweit die Forderungen ausreichen. Durch solche Darstellungen verabschiedeter Offiziere über die Mangelhaftigkeit unserer Rüstungen wird auch unser Ansehen im Ausland schwer geschädigt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Vertrauen haben wir zur Heeresverwaltung; das enthebt uns etwa nicht der Pflicht gewissenhafter Prüfung. Auch Graf Posadowski wird in seinem Vertrauen zu einem Dritten nie so weit gehen, daß er ihm uneingeschränkte Verfügungsfreiheit über sein Portemonnaie gestattet. (Weiterkeit.)

Bei der neuen Vorlage wird auch wieder sehr lebhaft der Ruf nach kleinen Garnisonen ertönen. Ob sie wirklich ein Segen für die betreffenden Städte sind, ist doch fraglich. — Mit besonderer Genugtuung begrüße ich den Ausbau unserer Flugwehrens. Herr Abg. Haase hat es geradezu als ein Verbrechen dargestellt, daß man eine Nationalspende dazu veranlassen will. Eine Partei, die selbst so oft zu dem Ringelbeutel für ihre Zwecke greift, sollte doch nicht so böse sein, wenn dies zu einem nationalen Zweck geschieht. Im übrigen danke ich dem Abg. Haase für seine unermüdete Propaganda für diese Spende. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Gute Offiziere sind mehr wert als eine größere Zahl Soldaten. Aber auch bei den Offizieren tut es die Zahl nicht, und ich weiß jetzt noch nicht, ob die starke Vermehrung der Offiziere, welche die Vorlage fordert, gerechtfertigt werden kann. Auffallend ist, wie wenig in der Vorlage gesehen ist für die unteren Chargen, für unsere Zahlmeister und Unteroffiziere gegenüber den Offizieren. Mit allem Nachdruck müssen wir auch darauf bestehen, daß die Erhöhung der Mannschafslöhne schon zum 1. Oktober 1912 eintreten soll. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Nun zur Flottenvorlage. Ein Luxus ist unsere Flotte sicherlich nicht, höchstens für den, der auf dem Standpunkt des Brandstifters steht und die Feuerwehrr für einen Luxus hält. (Sehr gut! im Zentrum.) Wir halten unsere Flotte für nötig und auch die neue Flottenvorlage. Die Flotte müssen wir ausbauen nach Maßgabe des Flottenprogramms von 1896. Bei der Flotte kann man nicht mit jährlichen Bewilligungen vorgehen, sondern muß nach einem bestimmten Plane arbeiten, der von den Schwanlungen der Tagespolitik nicht beeinflusst wird.

Das Pressebureau halte ich nicht für so unschuldig, wie der Staatssekretär es hinstellt. Freilich glaube ich auch nicht, daß eine Agitation für die Flottenvorlage von dort betrieben ist. Wir wünschen ein einheitliches Pressebureau; nicht Bureaus verschiedener Ressorts, die gegeneinander arbeiten. — Mit den Einzelheiten der neuen Flottenvorlage sind wir einverstanden; sie seien uns das Nützlichste zu treffen.

Nun zur Deckungsfrage. Gegen die Ueberweisung der Deckungsvorlage an eine besondere Kommission haben wir die schwersten Bedenken. Wenn dort gar, wie bereits angedeutet, neue Deckungsvorschläge ausgearbeitet werden sollen, ist gar nicht daran zu denken, daß sie bis Pfingsten oder auch 14 Tage nach Pfingsten fertig wird. Die Militärvorlage aber können wir nicht verabschieden, ohne die Deckungsvorlage, und wir müssen dann die Verantwortung dafür, daß die Wehrvorlagen in diesem Frühjahr nicht zustande kommen, den Parteien zuschieben, welche daran die Schuld tragen. Wir wünschen, daß beide Vorlagen in der Budgetkommission beraten werden; dann werden sie auch rechtzeitig fertig werden.

Erkaunt bin ich, daß Dr. Müller-Reinigen die Finanzentwicklung als Beweis für die Richtigkeit der Stellung der Volkspartei bei der Finanzreform ansieht. Die Volkspartei hat nur in der ersten Lesung gemeint, man könne mit 300 Millionen Mark auskommen, nachher war sie stets bereit, auf 500 zu gehen. Die großen Ueberschüsse, die sich herausgestellt haben, verdanken wir der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung. Herrn Staatssekretär a. D. Bermuth begrüße ich gern als Spezialfolgen, als Schriftsteller. (Weiterkeit.) Aber von den Grundrissen der Finanzreform sind nicht wir abgegangen, sondern Herr Bermuth, der von vornherein die Einnahmen zu niedrig einschätzte, um zu hohen Ueberschüssen zu kommen. Nun habe ich gegen die neuen Deckungsvorschläge der Regierung zwar viele Vorwürfe, aber keinen Beweis für die Richtigkeit dieser Vorwürfe gehört. Für uns sind eine Reihe Grundriss für die Staatsaufstellung maßgebend, von denen wir nicht abgehen. Wir halten fest an der 1906 beschlossenen geschlichen Schuldentilgung. Wir halten weiter fest an den Verbesserungen, die der Etat 1912 in Höhe von 82 Millionen bringt. Wir bewilligen keinen Pfennig Ausgaben aus künftigen Ueberschüssen, wir wollen die Einnahmen so vorsichtig wie möglich schätzen und endlich wollen wir dem Volke nicht ohne Not neue Steuern auferlegen. Herr Bermuth hat sich mit seinen Einnahmenschätzungen recht erheblich geirrt, er kann also jetzt nicht als absolute Zahlenautorität hingestellt werden. Uebrigens sind in der Budgetkommission vielfach Anregungen aus den Parteien gekommen, die Einnahmen höher zu schätzen, als die Regierung vorschlug. Also diese Art des Vorgehens kann man jetzt nicht von vornherein als unsolid bezeichnen. — Eigentümlich ist die Haltung der Linken zur Brantweinsteuer. Jahrzehntlang hat man gesagt, die Viebesgabe sei ein Geschenk aus der Reichskasse an die Großgrazier. Jetzt kommt der Vorschlag, sie aufzuheben, da sagt man, das hat keinen Zweck, es ist eine Konsumsteuer. (Sehr gut! und Weiterkeit im Zentrum und rechts. Zuruf links: Durchschnittsbrand!) Das ist eine Frage, über die man sich in der Kommission verständigen kann. — Nun sagt man, warum bringt die Regierung nicht die Erbschaftsteuer? Ja, ist denn jetzt bei der Wehrvorlage eine Wehrheit für die Erbschaftsteuer vorhanden? Die sozialdemokratische Fraktion hat ja 1909 mit 18 gegen 16 Stimmen beschlossen, gegen die Erbschaftsteuer zu stimmen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Agitationslägel!) Das hat Herr Emme auf dem Parteitag von 1909 selbst erzählt. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Herr Franz hat dann nur gesagt, der Beschluß sei nicht definitiv gewesen. (Abg. Dr. David: Wir haben ja 1910 für die Erbschaftsteuer gestimmt!) Ja, würden Sie denn jetzt die Erbschaftsteuer bewilligen, um die Ausgaben für Heer und Marine zu decken? (Zuruf des Abg. Emme.) Herr Emme sagt, dann müßte erst die Hundholzsteuer und andere aufgehoben werden. Das wollte ich gerade hören, das beweist, daß eine Wehrheit für die Erbschaftsteuer als Deckung für die Wehrvorlagen nicht vorhanden ist.

Gegen die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten haben sich früher auch liberale Politiker, auch Dr. Müller-Reinigen, ausgesprochen. Es ist also doch nicht so, wie Herr Emme, auf dieser Meinung zu beharren. Man kann das doch nicht aus der Welt schaffen mit der verblüffenden Bemerkung des Dr. Müller-Reinigen, er sei geschmerzt gemordet. (Weiterkeit im Zentrum.) Heute wird die Erbschaftsteuer jedenfalls nicht aus inneren, in ihr liegenden Gründen verlangt. Angehts der über alle Erwartungen großen Ueberschüsse erkennen wir die Notwendigkeit neuer Steuern nicht an. (Zustimmung im Zentrum.)

Die neuen Wehrvorlagen belasten alle Teile des Volkes, finanziell und persönlich, namentlich die Landwirtschaft. Da sollte der Kriegsminister auch den Wünschen der Bauern entgegenkommen und nicht gerade zur Saat- und Erntezeit die Reservisten zu Uebungen einberufen. Auch sollte die Heeresverwaltung direkt von den Landwirten kaufen, unter Ausschaltung des Zwischenhandels. Auch dem gewerblichen Mittelstand sollte auf diese Weise entgegen gekommen werden. — Dann habe ich eine Bitte auf christlich-religiösem Gebiet an den Kriegsminister. Die Kabinetsorder in dem Falle Sambeth sagt im Grunde: „Wenn du aus religiösen Gründen dich nicht duellierst, bist du nicht mehr würdig, dem Offizierkorps anzugehören.“ Das ist ein Schlag ins Gesicht des katholischen Volkes. Hier muß unbedingt Remedur geschaffen werden. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Kriegsminister v. Heeringen: Der Herr Vorredner hat die Allerhöchste Kabinetsorder im Falle Sambeth als Schlag gegen das katholische Volk bezeichnet. (Zuruf: Gegen das katholische Gewissen!) Dagegen möchte ich mich verwehren. Die Kabinetsorder sagt ausdrücklich, daß eine ehrengerichtliche Untersuchung, sobald jemand aus religiösen Gründen das Duell ablehnt, nicht am Platz wäre. Das heißt es handelt sich nicht um würdig oder nicht würdig, sondern lediglich darum, ein Herr, der diese Gesinnung hat, paßt nicht mehr in die Verhältnisse unseres Offizierkorps. (Stürmische Entrüstungsrufe im Zentrum und links: Ungläublich! Innerhört!)

Abg. Dr. Baasche (natl.): Die Aufnahme, die die letzten Worte des Kriegsministers gefunden haben, werden ihm gezeigt haben, wie wenig er die Wünsche der großen Masse des deutschen Volkes getroffen hat. (Lebhafte Sehr richtig! und Bravo! im Zentrum und links.)

Diese wichtige Frage kann aber nicht jetzt in so später Stunde nebenher erledigt werden, sie wird bei anderer Gelegenheit ausführlich behandelt werden müssen. (Sehr richtig!)

Redner polemisiert des weiteren gegen den Abg. Erzberger. Die Ueberschüsse betragen 290 Millionen gegen den Voranschlag; aber Anleihen waren in Höhe von 217 Millionen vorgesehen. Ohne diese beträgt der Ueberschuß also nur 13 Millionen. Werden diese Ueberschüsse jetzt nicht zur Schuldentilgung verwendet, so ist das eine Durchbrechung des Finanzgesetzes von 1909 und eine Abweichung von den bei der Finanzreform aufgestellten Grundrissen. — Die Kritik an der Brantweinvorlage gehört nicht in die Budgetkommission, sie kann gründlicher in einer besonderen Kommission erfolgen. Es ist durchaus nicht gesagt, daß wir die Aufhebung der Viebesgabe jetzt ablehnen. Es kommt auf die Gestaltung der Vorlage an. Wenn die Erbschaftsteuer jetzt vorgelegt worden wäre, so wäre die allgemeine Zustimmung zu den Wehrvorlagen viel größer. Jetzt geben Sie der äußersten Linken wieder die Waffe in die Hand zu sagen: Jetzt habt Ihr wieder neue Militärausgaben bewilligt und die Lasten der Masse auferlegt. Daher hätten wir es lieber gesehen, wenn die Regierung die Erbschaftsteuer als eine sozial ausgleichende Steuer, die die Bestehenden trifft, wieder vorgelegt hätte. Wir unsererseits haben keinen Anlaß, sie jetzt vorzuschlagen; so waren die gestrigen Worte meines Freundes Wasser mann nicht aufzufassen. Wir wollen zunächst ernsthaft und gewissenhaft an dem mitarbeiten, was die Regierung uns vorgelegt hat. Wenn sich dann schließlich herausstellt, daß noch weitere Deckung nötig ist, so behalten wir uns weitere Schritte vor. — Was die Wehrvorlage selbst anlangt, so wird sie wesentlich dazu dienen, dem Ausland zu beweisen, das deutsche Volk ist stark und will stark sein, und läßt sich durch Schreier im Ausland nicht von seinen großen Zielen abbringen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Die Weiterberatung wird vertagt auf Donnerstag 1 Uhr. (Aukerdem: Beantwortung der nationalliberalen Jesuiten-Interpellation und Reichseisenbahnetat.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Das gefährliche Klima.

Bei der Weiterberatung des Etats für Südwestafrika kam es am Mittwoch in der Budgetkommission zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen über die Verhältnisse und Zustände in dieser Kolonie, zunächst gegen den großen Beamtenapparat. Für die 14 000 Weihen — einschließlich der Beamten und Truppen — und rund 80 000 Farbigen sind nicht weniger als 1067 Beamte vorhanden. Ein Drittel aller Beamten ist ständig auf Urlaub in Deutschland, denn alle drei Jahre hat jeder Beamte einen halbjährigen Urlaub zu beanspruchen. Die Kommission forderte, daß erst nach vierjähriger Dienstdauer ein Heimaturlaub gewährt werden soll, ferner eine Verminderung der Beamten, dafür aber den Ausbau der Selbstverwaltung. Die Regierung bekämpfte alle diese Anregungen, vornehmlich die Verlängerung der Dienstdauer. Unterstaatssekretär Dr. Conze entrollte dabei ein recht düsteres Bild von den gesundheitlichen Verhältnissen Südwestafrikas. Man habe die Erfahrung gemacht, daß die Beamten zu Erzeiten unter dem Einfluß des Klimas neigen, wenn sie länger als drei Jahre ohne Heimaturlaub bleiben. Beamte, die in Kamerun — einer sehr ungesunden Kolonie — waren, befanden sich gesundheitlich viel besser als in Südwest. Auch auf die Farmer wirkte das Klima ungünstig ein, im Sinne einer sich bemerkbar machenden Atrophie. Diese Schilderung klimatischer Verhältnisse des Südwest, das man dem deutschen Volke als Siedlungskolonie geschildert hat, mit gutem, für Mitteleuropäer besonders gutem Klima, rief Erstaunen hervor. Veränderte doch die Regierung jetzt das genaue Gegenteil von dem, was sie in Wort und Schrift über Südwestafrika bisher zum besten gegeben hat.

Dazu kommt noch der in Aussicht stehende wirtschaftliche Arch in Südwestafrika. Selbst der kolonialpatriotische konservative Dr. Dietrich erklärte am Mittwoch mit diesen Worten: Südwestafrika ist ein armes Land. Wie soll dann ein Etat für diese Kolonie zustande kommen, wenn einmal keine Diamanten gefunden werden? Für das in Südwestafrika stehende Militär muß jetzt das Reich 14 Millionen jährlich absenden.

Die Debatte führte zu dem Ergebnis, daß eine volksparteiliche Resolution angenommen wurde, die die Verlängerung der Dienstperiode von drei auf vier Jahre fordert; getrichen wurden 48 000 M. Mehrforderung für Hilfskräfte und 30 000 M. von den 65 000 M., die für Reisegebühren gefordert wurden. Vom Staatssekretär wurde erklärt, daß er endlich mit den schon oft und seit langen Jahren von der Regierung versprochenen Reformen in der Verwaltung beginnen werde. Von sozialdemokratischer Seite, unterstützt vom Zentrum, wurde verlangt, daß den Eingeborenen wieder die Viehhaltung in vollem Umfange ermöglicht

wird; der Zustand, daß der Eingeborene nur mit Genehmigung der Behörden Vieh halten darf, müsse beseitigt werden. Gefristen wurden auch die lokalen Zulagen für die Beamten in Lüderichbuch. Damit war der Etat für Südwestafrika erledigt.

Wahlprüfungskommission.

Am Wahlkreise Bochum ist der Genosse Huse dem national-liberalen Bergarbeiter Hedmann unterlegen. Gegen diese Wahl hat die sozialdemokratische Organisation Protest eingelegt, der sich auf einen höchst unlauteren agitatorischen Kniff des Zentrums stützt. In einem Flugblatt gegen die Sozialdemokratie, überschrieben: „Die roten Gotteslästerer“ war behauptet, die Sozialdemokraten hätten in der Kirche auf die Weibank geschrieben: „Jesus spricht: Wählt Huse!“ Außerdem war behauptet, Sozialdemokraten hätten die Kirche verunreinigt. Diese Protestbehauptungen konnten von der Wahlprüfungskommission nicht beachtet werden, denn es handelte sich dabei um keinerlei amtliche Wahlbeeinflussung. Die Wahl des Abg. Hedmann wurde für gültig erklärt.

4. Verbandstag des Deutschen Kürschnerverbandes.

Leipzig, 23. April.

2. Verhandlungstag.

Der Verbandstag nahm heute zunächst in geschlossener Sitzung zu der künftigen

Lohnbewegung

Stellung. Verbandsvorsitzender Reister-Hamburg hielt hierzu das einleitende Referat, an das sich eine längere Debatte knüpfte. Das Resultat der Beratung war die einstimmige Annahme folgender Resolution:

„Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß sich die wirtschaftlichen Kämpfe immer schwieriger gestalten, sind die Delegierten des 4. Verbandstages zu der Ueberzeugung gekommen, daß es in Zukunft noch mehr als bisher notwendig ist, vor Beginn eines jeden Kampfes alle in Betracht kommenden Verhältnisse genau zu prüfen und zu berücksichtigen.“

Sollte der Kampf im Interesse der Organisation unabweidlich sein und die gute Durchführung derselben außerordentliche Mittel erfordern, so erwartet der Verbandstag von allen Mitgliedern des Verbandes, daß diese die von der Verbandsleitung etwa ausgeschriebenen Extrabeiträge mit der größten Bereitwilligkeit aufbringen.“

Die

Debatte über die Geschäftsberichte

wurde dann wieder fortgesetzt. Sie drehte sich auch heute in der Hauptsache nur um die Vorgänge in Röttha. Verteidiger finden die Rötthaer nur in den Delegierten von Leipzig und Umgebung.

Frize-Berlin mißbilligte das Verhalten der Rötthaer. Aus diesen Vorgängen müßte die Lehre gezogen werden, daß solche Kämpfe künftig vermieden werden. Die Zugehörigkeit zu bürgerlichen Vereinen sei kein Ausschlußgrund. Man müsse versuchen, solche Kollegen für unsere Ideen zu gewinnen. Der Ausschuß hätte eine andere Haltung einnehmen müssen. Er trage ein gut Teil Schuld daran, daß alles so gekommen sei.

Olsner-Leipzig verteidigte die Haltung der Rötthaer Mitglieder mit denselben Argumenten wie gestern Hausding. Der Vorstand habe nicht das Recht gehabt, mit dem Verbandsausschuß nochmals gemeinsam über den Ausschluß der drei Kollegen zu beschließen, nachdem der Ausschuß dem Ausschluß bereits zugestimmt hatte. Es sei auch nicht richtig, daß im Januar die Konjunktur in der Kürschnerbranche eine schlechte sei. Rechner kritisiert, daß der Vorstand den an der Landesfriedensbruchaffäre in Schleibitz beteiligten Mitgliedern Rechtsschutz verweigert hat. Er be-

gründet einen Antrag, diesen Mitgliedern nachträglich den vollen Rechtsschutz zu gewähren.

Stang-Kienstadt wünscht, daß noch mehr Agitation betrieben wird. In Leipzig sei es wohl notwendig, einen Beamten anzustellen, um andere Verhältnisse herbeizuführen.

Jungnickel-Dresden bemängelt, daß vom Verband noch kein Kollege auf die Gewerkschaftsschule geschickt wurde. Er weist zurück, daß der Verbandsvorsitzende die Dresdener Mitglieder in ihrer Haltung zu der Rötthaer Angelegenheit beeinflusst habe.

Regge-Berlin vertritt die Ansicht, daß die Rötthaer Kollegen die allgemeinen Gesichtspunkte völlig außer acht gelassen haben. Der Fernstehende müsse zu einem anderen Urteil kommen.

Die Debatte über den Geschäftsbericht wurde auch heute nicht zu Ende geführt. Morgen soll sie fortgesetzt werden.

Verfammlungen.

Die Fortsetzung einer Landtagsrede.

Bei der Beratung des Kultusetats im preussischen Abgeordnetenhaus hatte unser Vertreter Julian Borchardt in seiner Rede die sozialdemokratischen Grundzüge und Forderungen für die Volksschule aufgestellt. Zwei Schulmänner aus gegnerischen Parteien, Herr Heß vom Zentrum und Herr Hackenberg von den Nationalliberalen, gingen in sachlicher Weise auf diese Rede ein und brachten Argumente vor, mit denen sie wohl glauben, unseren Genossen vollständig widerlegt zu haben. Als dieser seine Entgegnung vorzutragen wünschte, wurde ihm das Wort zuerst abgeschnitten und dann entzogen. Die Antwort erteilte Borchardt darum in einer öffentlichen Volksversammlung in seinem Wahlbezirk, die am Dienstagabend in der „Arantia“, Wranzelstraße, stattfand. In dieser Versammlung waren die beiden Gegner in der Debatte sowie die Lehrerschaft im allgemeinen eingeladen. Herr Hackenberg entschuldigte sein Fernbleiben, da er zurzeit von Berlin ferngehalten wurde; Herr Heß ließ nichts von sich hören. Die Versammlung war recht gut besucht und folgte dem 1½stündigen Vortrage mit größter Aufmerksamkeit. „Schule und Zukunftsstaat“ hieß das Thema.

Der Redner bezog sich zunächst auf seine Ausführungen im Landtage über die Mängel der Volksschule und die geringen Aufwendungen, die der Staat für die Volksschule macht. Herr Heß hatte auf die sozialdemokratischen Forderungen mit einer großen Kostenrechnung entwidert, die gewaltige Steigerung der Ausgaben angeführt und für Preußen eine Ausgabe von 3000 Millionen Mark pro Jahr berechnet, die für Schulzwecke drausgingen, während jetzt der gesamte Ausgabenetat 2000 Millionen beträgt. Damit glaubte Herr Heß die Unerfüllbarkeit der Forderungen der Sozialdemokraten beweisen zu haben und er hielt es Borchardt als „parlamentarischen Anfänger“ zugute, daß er sich über die Konsequenzen seiner ins Ungemessene gehenden Wünsche „nicht klar gewesen“ sei.

Der nationalliberale Herr Hackenberg hatte sich hauptsächlich gegen Borchardts Kritik des jetzigen Geistes der Schule gewendet und die Beugung jeder Autorität durch die Sozialdemokraten verurteilt. Für die Kinder müßten die Eltern, für die Jugend müßte das Alter, für alle das Schöne, das Wahre, das Gute die Autorität bleiben, die Unerkennung verlangt. Es sei ein Märchen, daß man heute noch in der Schule mit dem Zwangsmittel der Strafe und Belohnung erzieht. In bezug auf die Klassenfrequenz, für die Borchardt 12 bis 15 Schüler pro Klasse verlangte, sei aus pädagogischen Gründen ein Zuzug ebenso verkehrt wie ein Zuzug, indem das Aufeinanderwirken der Schüler ein erzieherisches Moment sei, das bei der Erziehung nicht übersehen werden dürfe.

Borchardt beschäftigte sich in seiner Entgegnung zuerst mit der Frage des Herrn Heß: Wie wollen Sie denn das bezahlen?

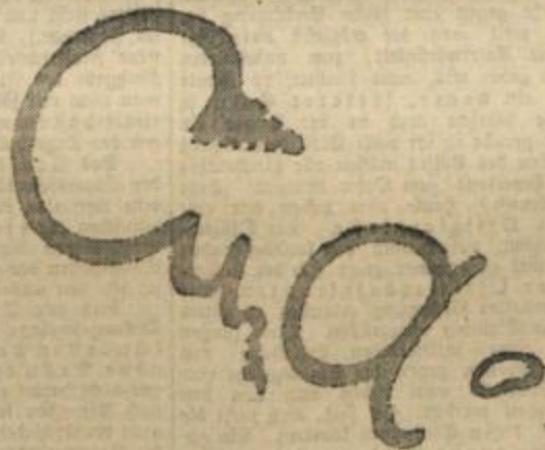
Er zeigte, daß einmal die ganze Kostenrechnung falsch aufgestellt ist. Wenn man verlangt, daß 10 Schüler eine Klasse bilden, wo jetzt 60 genommen werden, so kann man doch nicht alles sechsmal so teuer anrechnen. Wenn man Nahrung und Kleidung und Schreibmittel für die Schüler verlangt, so darf man nicht vergessen, daß dafür auch heute bezahlt werden muß und zwar von den Eltern. Man nehmen aber ruhig an, daß Herr Heß richtig rechnet, was hätte er damit bewiesen? Die hohe Wichtigkeit des Schulwesens vorausgesetzt, wäre nur soviel bewiesen, daß der Staat in seiner jetzigen Form diese hohe Aufgabe nicht erfüllen kann, also umgebaut werden muß. Heß meinte freilich, man müsse sich „nach der Decke strecken“, und er machte sich darüber lustig, daß der „Vorwärts“ kürzlich geschrieben hatte, man dürfe nicht nach den Kosten fragen, wo es sich um Kulturaufgaben handele, sondern müsse zuerst die Frage der Notwendigkeit aufwerfen. — Wie macht es denn aber die Regierung mit ihren Vorlagen, die sie stets für die wichtigsten Aufgaben hält; wie wird es in jedem Staat, in jeder großen Gemeinde gemacht? Dieser alte erfahrene Parlamentarier Heß weiß also nicht, daß die öffentliche Wirtschaft nicht nach dem kleinen Grundsatze, sich nach der Decke zu strecken, verfahren kann, sondern immer fragen muß: Was brauchen wir, was ist notwendig? Für die große Notwendigkeit eines besseren Schulwesens wolle der Redner nur ein Argument anführen, das bei den Gegnern stets im höchsten Ansehen steht; er zeigte die Wichtigkeit der Bildung für die Wehrkraft des Volkes und wies auf die unerschöpfliche Willigkeit der bürgerlichen Parteien, für den Militarismus Gelder auszugeben, hin. Borchardt fragte dann, ob Herr Heß sich wohl über die Konsequenzen seiner Ausführungen klar gewesen sei?

Er wendete sich dann den Argumenten von Herrn Hackenberg zu und beurteilte scharf den ergungenen Autoritätsglauben, dem gegenüber er die freie Anerkennung der Autorität aus reinem Willen, aus Hochachtung, aus Respekt vor den Leistungen verteidigte. Er griff den Geist des Unterrichts in der Volksschule, wie er von oben herab bestimmt wird, an und meinte, daß Herr Hackenberg die Art und Weise der Erziehung der Schüler in zu rohem Lichte betrachte; mit Belohnung und Strafe erziehe man noch allgemein. In bezug auf die Klassenfrequenz hätte Herr Hackenberg nach der heutigen Methode wohl recht, aber diese Methode würde gerade angegriffen, sie müßte geändert, die Schüler sollten individuell behandelt werden.

Zum Schluß kam der Redner auf die Frage, wo man das Geld hernehmen wolle, zu sprechen. Er zeichnete ein Bild von der großen wirtschaftlichen Entwicklung unserer Zeit, die uns hinführt in eine zukünftige Gesellschaft, den „Zukunftsstaat“, wo eine solche Frage überhaupt keine Rolle mehr spielen kann. Fabelhafte Reichtümer sind heute schon da, aber sie werden festgehalten von Wenigen zum Schaden der Uebrigen. Kann der heutige Staat seine Aufgabe nicht erfüllen, so müssen wir einen anderen erstreben, in dem es eine selbstverständliche Forderung ist, daß alle Mitglieder des Staatswesens teilnehmen können an der vollen Bildung ihrer Zeit.

Rauschender Beifall lohnte den Vortragenden, alle schienen einverstanden. Niemand meldete sich auf die Aufforderung des Vorsitzenden an etwa anwesende Gegner zu einer Diskussion.

Marktbericht von Berlin am 23. April 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speldeböhen, weiße, 30,00—55,00. Winsen 40,00—50,00. Kartoffeln (Kleinbtl.) 8,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,40—1,90. Kalbfleisch 1,40—2,00. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,50—3,20. 60 Stück Eier 3,00—6,00. 1 Kilogramm Karpen 1,00—2,40. Kote 1,20—3,20. Sander 1,60—3,60. Hechte 1,40—2,80. Saiblinge 1,00—2,00. Schleihe 1,40—3,20. Fische 0,80—1,50. 60 Stück Krebse 4,00—50,00.



Der Apfel des Paris



45⁰⁰
Elegante Kostüme
gut verarbeitet, in blau Kammgarn und Stoffen engl. Art, auf Seide
von 18⁷⁵ bis 67⁰⁰

28²⁵
Aparte Kleider
franz. Art, sehr elegante Modelle, schon von
12²⁵ bis 83²⁵

25²⁵
Sommer-Paletots
sehr kleidsam, aus sehr schönen, leichten Popeline-Stoffen von
10⁷⁵ bis 37⁵⁰

C & A
BRENNINKMEYER
Spezialhaus für Damen-, Backfisch- u. Kinderkonfektion

Preiswert!

Kostüm - Röcke
aus Kammgarn, Cheviot, reine Wolle
3⁸⁰ 4⁷⁵ 6⁷⁵
8²⁵ 9⁷⁵ bis 21⁷⁵

Königstrasse 33
Am Bht. Alexanderplatz

Chausseestr. 113
Ecke Invalidenstrasse

Abgeordnetenhaus.

55. Sitzung vom Mittwoch, den 24. April vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz, Lenze.

Das Sparkassengesetz.

Minister des Innern v. Dallwitz: Nicht, um den Kurs der Staatspapiere zu heben, hat das Ressort des Innern diese Vorlage eingebracht...

Abg. v. Kardorff (fl.): erklärt das Gesetz in dieser Form für seine Partei als geradezu unannehmbar. Ich persönlich halte es aber für sehr gut, wenn durch den Zwang, Staatspapiere zu kaufen...

Abg. v. Hennigs-Zechin (kon.): Ich bin gewiß ein Freund der Selbstverwaltung, aber das Publikum erwartet vom Staat Verantwortung...

Abg. Dr. Grüger-Hagen (Sp.): Wir haben gegen die Vorlage die denkbar erheblichsten Bedenken, erwarten aber zunächst noch von der Kommissionsberatung Aufklärung...

Finanzminister Dr. Lenze: Ich hoffe, daß die Kommissionsberatung Sie doch zu einer freundlicheren Stellung zu dem Gesetz bringen wird...

Abg. v. Trampczowski (Pol): Wir Polen und unsere Genossenschaften können kein Vertrauen zu Banken haben, die von der Regierung abhängig sind.

Abg. v. Leinert (Soz.): Wäre der Zweck die Hebung der Liquidität, so könnte man ohne weiteres zustimmen. Aber der Zweck ist die Hebung des Kurses der Staatspapiere...

Sonst hat man immer behauptet, daß die Einleger lauter Arbeiter sind - heute hat aber der Minister v. Dallwitz behauptet, es seien wohlhabende Leute!

Hamid und geben ihre Gelber ins Ausland, wenn es ihnen sicherer und einträglicher scheint.

Ich verstehe natürlich das Interesse des Staates und Reiches an hohen Kursen, denn die Zinsen müssen auf jeden Fall bezahlt werden.

Bei der Wundelsicherheit sichert der Staat gar nichts - er verlangt aber einen Nutzen dafür.

Warum richten die Bundesstaaten denn nicht Postsparkassen ein, wenn sie den Kurs der Staatspapiere heben wollen?

Im Herrnhäuser war man zuerst gegen das Gesetz; nach vertraulichen Aufklärungen über den Kriegsfall hat man es sich anders überlegt.

Ein europäischer Krieg bedeutet einfach den Massenbankrott. Wir können gar nicht beschließen, wie die Liquidität der Sparkassen im Kriegsfall gesichert werden soll.

Unter keinen Umständen stimmen wir über der im Gesetz vorgeschriebenen Einschränkung der Selbstverwaltung zu.

Das Gesetz ist also ein Ausnahmegesetz gegen die Sparkassen, die kleinen Sparer, die Polen und Dänen usw.

Abg. v. Arles (kon.) begründet den ablehnenden Standpunkt eines Drittels der konservativen Fraktion.

Abg. Freiherr v. Loë (Z.) den der Vorlage günstigen Standpunkt einer Zentrumsminderheit.

Abg. Engelbrecht (fl.) äußert ebenso wie Abg. v. Kardorff die erheblichen Bedenken seiner Partei.

Die Vorlagen über die Errichtung eines Amtsgerichts in Gladbeck sowie eines Amtsgerichts in Schönsee und Kenderburg der Amtsgerichtsbezirke Briesen, Gollub und Thorn werden debattelos angenommen.

Die Frage der Altpensionäre soll erst nach Erledigung des Etats des Innern beraten werden.

Es folgt die zweite Lesung des Etats der Ansiedlungskommission für Polen und Westpreußen.

Der Etat wird debattelos gegen Zentrum, Polen, Sozialdemokraten und Dänen bewilligt.

Donnerstag 11 Uhr: Etat des Innern. Schluß: Vor 4 Uhr.

Aus der Frauenbewegung.

Mütter habt acht auf eure heranwachsenden Kinder. Seit einigen Tagen haben sich die Schulräume wieder geöffnet, sie haben sich auch den Kindern aufgetan...

gar bald merkt es, daß neben dem Willen der Eltern ein anderer sich Geltung verschafft. Wäre der gesellschaftliche Auf- und Ueberraus des Staates ein anderer, als er heute tatsächlich ist...

Run wissen wir, daß leider noch unzahligen Frauen das Verständnis zur richtigen Erkenntnis dieser Tatsachen fehlt.

Das ist gewiß bei manchem Kindescharakter nicht leicht, besonders schwer ist es aber dann, wenn die in Frage kommenden Mütter bei sich selbst noch mit so vielem Unkraut zu kämpfen haben.

Eine andere Gefahr droht, wenn das Kind die Schule verläßt. Noch bis vor einigen Jahren, als der Jugendgang durch unsere Gegener noch nicht in dem großartigen Stil betrieben wurde...

Hat sich die Reaktion früher hauptsächlich um die männliche Jugend bemüht, so versucht sie nun auch mehr an die weibliche Jugend heranzukommen.

Die Mütter sind die Mütter aber noch, wenn es sich um die Töchter handelt. Immer spult noch in den Köpfen der Mütter die Erziehungsmethode von anno dazumal.

Die Ursache mag zum Teil die Verschiebung der weiblichen von der männlichen Erziehung sein. Aber was die Schule durch die Trennung der Geschlechter verabsäumt, müßte die freie Jugendbewegung wieder gut machen.

Gleiche Gehälter für gleiche Leistungen. Bekanntlich wurde im letzten Jahre den amerikanischen Lehrerinnen das gleiche Gehalt für ihre dem Staat zugute kommenden Dienste zuerkannt...

Die Frau in Haus und Beruf, Abteilung Unterricht und Erziehung, haben es deutlich dargelegt, daß in allen Oberklassen der männliche Schulvertreter paradiert...

Die Frau in Haus und Beruf, Abteilung Unterricht und Erziehung, haben es deutlich dargelegt, daß in allen Oberklassen der männliche Schulvertreter paradiert...

Die Frau in Haus und Beruf, Abteilung Unterricht und Erziehung, haben es deutlich dargelegt, daß in allen Oberklassen der männliche Schulvertreter paradiert...

Die Frau in Haus und Beruf, Abteilung Unterricht und Erziehung, haben es deutlich dargelegt, daß in allen Oberklassen der männliche Schulvertreter paradiert...

Die Frau in Haus und Beruf, Abteilung Unterricht und Erziehung, haben es deutlich dargelegt, daß in allen Oberklassen der männliche Schulvertreter paradiert...

Die Frau in Haus und Beruf, Abteilung Unterricht und Erziehung, haben es deutlich dargelegt, daß in allen Oberklassen der männliche Schulvertreter paradiert...

Die Frau in Haus und Beruf, Abteilung Unterricht und Erziehung, haben es deutlich dargelegt, daß in allen Oberklassen der männliche Schulvertreter paradiert...

Die Frau in Haus und Beruf, Abteilung Unterricht und Erziehung, haben es deutlich dargelegt, daß in allen Oberklassen der männliche Schulvertreter paradiert...

elwaß hier in die Linie, dann zwickelt die „Freisinnige Zeitung“ über Schwächung der deutschen Volksschule. Freisinn und Schule, das ist ein Gebiet für sich! Wenn die Frauen auf den Freisinn warten wollen, bis er für gleiche Gehälter für Lehrerinnen und Lehrer eintritt, dann dürfen sie sich die Zeit nicht lang werden lassen. Und auch mancher vermeintlich vorgeschrittene Schulmann steht den Forderungen der Lehrerinnen auf gleiche Entlohnung noch etwas skeptisch gegenüber. Erwiderete doch ein bekannter Berliner Schulmann noch vor wenig Jahren in öffentlicher Versammlung auf eine solche Anfrage: „Darüber habe ich eigentlich noch nie nachgedacht!“

Gerichts-Zeitung.

Nach 22 Jahren freigesprochen.

Ein sensationeller Kriminalfall, der in der Geschichte der deutschen Rechtsprechung einzig dastehen dürfte, beschäftigt am Dienstag die 3. Strafkammer des Dresdener Landgerichts. Vor jetzt 22 Jahren, im Jahre 1890, denunzierte die Tochter des jetzt im 63. Lebensjahre stehenden früheren Schuhmanns Friedrich Wilhelm Henke aus Spremberg bei Neusalza den eigenen Vater wegen Mordtats. Sie behauptete, der eigene Vater habe sie mißbraucht und beschwor diese Aussage in der damaligen Verhandlung vor dem Dresdener Landgericht. Der Vater wurde auf Grund dieser Anschuldigung der eigenen Tochter zu zweijähriger Zuchthausstrafe verurteilt und mußte diese Strafe im Waldheimer Zuchthaus verbüßen. Er behauptete fortgesetzt seine Unschuld und betrieb mehrmals, jedoch ohne Erfolg, das Wiederaufnahmeverfahren. Vor nunmehr 7 Jahren, nachdem Henke bereits 15 Jahre wieder in Freiheit war, erkrankte die Tochter, und auf dem Sterbebette gestand das Mädchen, daß es den Vater fälschlicherweise angeklagt und in der Gerichtsverhandlung im Jahre 1890 einen Meineid geleistet habe. Die Schwermuttrank starb, aber ihr Geständnis wurde von den Angehörigen, die sich von dem mit Zuchthaus bestrafte Vater losgesagt hatten, geheim gehalten. Erst vor ungarischer Jahresfrist erfuhr der unglückliche Vater von dem Geständnis der Tochter. Als bald stellte er den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens. Die Angehörigen bestätigten das auf dem Totenbette abgelegte Geständnis der Tochter, und nunmehr wurde der vor 22 Jahren mit schwerer Zuchthausstrafe belegte Vater von derselben Strafkammer, die ihn damals verurteilte, kostenlos freigesprochen.

Diebstahl von Militärgewehrteilen.

Ein umfangreicher Diebstahl- und Hehlereiprozess, für den drei Tage angelegt sind, begann gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Der Hauptangeklagte ist der Büchsenmacher Hellfrisch, der am Tempelhofer Ufer in Berlin ein Waffengeschäft betreibt. Er soll seit Jahren einen schamlosen Handel mit Teilen des deutschen Militärgewehrs Kobell 98, sogenannten „Systemen“ und „Verschlüssen“, betrieben haben, die er in größerem Umfang an Waffenfabrikanten in Suhl und Jena verkaufte, wo sie bei der Fabrikation von Jagdgewehren Verwendung fanden. Ueber den Umfang dieses Handelsgeschäfts sagt die Anklage, daß Hellfrisch vom Juni 1909 bis September 1911 für 12 600 M. Gewehrteile verkauft hat. Weiter behauptet die Anklage, Hellfrisch habe die betreffenden Gegenstände auf unrechtmäßige Weise von Angestellten der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik (Kaduna Löwe u. Co.) erworben und nach dem Erwerb derselben habe er die Postämter und den Stempel der militärischen Abnahmekommission in aller Heimlichkeit hinter verschlossenen Türen ausgefüllt. — Die zweite Angeklagte ist die Frau des ersten Angeklagten. Sie ist die nominelle Inhaberin des Geschäfts und soll ihrem Mann Beihilfe zur Hehlerei geleistet haben. — Des Diebstahls angeklagt sind der Galvaniseur Figner und der Waffenschleifer Stehelsberg, die mehrere Jahre in der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik beschäftigt waren. Sie gaben zu, Gewehrteile aus der Fabrik mitgenommen und an Hellfrisch verkauft zu haben, aber bei weitem nicht in dem von der Anklage behaupteten Umfang. Insbesondere heruft sich Stehelsberg darauf, daß er nur Ausschußware mitgenommen habe, die zum alten Eisen gemorfen war und für die Fabrik keinen Wert mehr hatte. Fast jeder habe sich solchen Ausschuß mitgenommen. Niemand habe sich etwas dabei gedacht. — Der Angeklagte Hellfrisch bestritt, gewußt zu haben, daß die von ihm gekauften Gewehrteile gestohlen oder sonst unrechtmäßig erworben gewesen seien. Er behauptet, Gewehre und Gewehrteile, die nur ganz unbedeutende Fehler haben, sonst aber durchaus brauchbar seien, würden manchmal in großen Mengen ausstrangiert und von der Militärverwaltung selbst verkauft und im Handel weiter vertrieben. Er habe sich also nichts dabei denken können, wenn er Gewehrteile von den Mitangeklagten kaufte. Auch das Vorhandensein des Abnahmeempels habe nichts Auffälliges, denn es würden auch gestempelte Teile verworfen. Selbst Offiziere seien mit Gewehrteilen aus der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik zu ihm gekommen und hätten sich Jagdgewehre daraus machen lassen. Er habe deshalb nicht annehmen können, daß die ihm von anderen Personen verkauften Gewehrteile gestohlen seien. Die großen Lieferungen nach Suhl habe er seit dem Jahre 1890 noch und nach, meistens von einem Händler aufgekauft, um sie bei passender Gelegenheit abzugeben.

Für die Beweisaufnahme sind drei Sachverständige und zirka 40 Zeugen geladen, von denen gestern ein kleiner Teil vernommen wurde. Ihre Angaben hatten kein allgemeines Interesse.

Unbilligkeitsschnüffler gegen die Wissenschaft.

In einem objektiven Strafverfahren, das das Landgericht Leipzig am 24. Oktober vorigen Jahres beschäftigte, handelte es sich um den Charakter eines Werkes, das unter dem Titel „Das Geschlechtsleben in Glaube, Sittlichkeit, Brauch und Gewohnheitsrecht der Japaner“ in dem ethnologischen Verlag Dr. Friedrich S. Kraus zu Leipzig erschienen ist. In dem 115 Seiten starken und mit vielen Abbildungen versehenen Werk, dem auch noch eine Anzahl loser Bilder beiliegen, sind einzelne Bilder als unzüchtig beanstandet worden. Da aber der Verleger Dr. Kr. in Wien wohnt und auch der Leipziger Vertreter das Werk nicht öffentlich verbreitet und auf den Buchmarkt gebracht, sondern nur an einen bestimmten Kreis von Interessenten abgegeben hatte, so war ein objektives Strafverfahren auf Unbrauchbarmachung der vorgefundenen Exemplare eingeleitet worden. Das Landgericht ist jedoch zu einem Freispruch gelangt, indem es die Unzüchtigkeit des Werkes verneinte. Zu diesem Schluß war das Gericht gekommen auf Grund der Urteile der Sachverständigen, die sich ungefähr in folgender Weise über das Werk geäußert hatten: Das Werk ist rein wissenschaftlicher Natur; es enthält eine Wiedergabe von japanischen Werken der Malerei und bildenden Künste auf dem Gebiete der Erotik in noch nie dagewesener Vollständigkeit. Wenn auch, so hat das Gericht gesagt, einzelne Bilder für sich betrachtet, als unzüchtig anzusprechen wären, so verlieren sie doch bei diesem Werke im Zusammenhang mit dem Text den Charakter des Unzüchtigen. Auch dadurch, daß in einzelnen Fällen mit dem Werk und mit einzelnen Abbildungen Mißbrauch getrieben werden kann, wird das Werk seines wissenschaftlichen Wertes nicht entkleidet.

Gegen das verständige Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt mit der Begründung, daß der Begriff der Unzüch-

tigkeit verkannt sei. Zum mindesten hätten einzelne Bilder mit groß-unzüchtigen Szenen für unzüchtig erklärt und der Begriff der relativen Unzüchtigkeit näher geprüft werden müssen. Hiergegen führte Dr. Kr., der zur Verhandlung am Dienstag vor dem Reichsgericht persönlich aus Wien erschienen war, unter anderem aus, daß das Werk nicht ein unzüchtiges, sondern ein wissenschaftliches ist, das haben schon mehrere Gerichtsurteile bestätigt; es enthält aber namentlich auch daraus, daß das Buch der Bibliothek für Völkerkunde in Leipzig einverleibt worden ist. Das Reichsgericht trat der Ansicht des Vorderrichters bei und folgte gleichzeitig den Ausführungen und dem Antrag des Reichsanwalts, indem es die Revision der Staatsanwaltschaft als unbegründet verworfen.

Verfassungen.

Zum Protest gegen die Wehrvorlage

hielten die Parteigenossen des zweiten Wahlkreises am Dienstag öffentliche Versammlungen ab. In Hoppoldts Brauerei in der Hasenheide sprach Genosse Brandes, in der Bodbrauerei auf dem Tempelhofer Berg Genosse Haase, und in der dritten Versammlung, die in Niklas Saal in der Dennewitzstraße stattfand, referierte Genosse König. — Unter rotem Interesse einer zahlreichen Zuhörerschaft schilderten die Redner, wie sich der Militarismus zu Wasser und zu Lande unaufhörlich ausbreitet und ins Ungemeine steigert. Wenn von einer Kriegsgefahr die Rede sein könnte, so ist es nur der Kapitalismus, der sie heraufbeschwört. Das kapitalistische System, welches nach unausgesetzter Erweiterung und Ausbreitung strebt, hat uns erst in jüngster Vergangenheit vor die Gefahr eines Weltkrieges gestellt und wird auch in Zukunft eine Gefährdung des Weltfriedens bleiben. Das Proletariat, das arbeitende Volk aber will keinen Krieg, sondern Frieden. Es denkt aber nicht daran, wie unsere Gegner fälschlich behaupten, das Vaterland wehrlos zu machen. Nur das heutige System des Militarismus, das stehende Heer bekämpfen wir, weil es ein Instrument der Herrschenden, ein Mittel zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft und zur Unterdrückung des aufstrebenden Proletariats ist. Haben wir doch erst in allerletzter Zeit gesehen, daß das Militär gegen den „inneren Feind“ geführt wurde, als die Bergarbeiter im Ruhrgebiet den Grubenkapitalisten eine kleine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzwängen wollten. Wenn jetzt wieder eine weitere Vermehrung und Stärkung des Militarismus gefordert wird, so ist es das Volk, welches die Kosten dafür zu zahlen hat. Die Besitzenden, in deren Interesse das Reich eine starke Wehrmacht erhält, wissen sich vor den Kosten, die der Militarismus erfordert, zu drücken. Die Massen des Volkes aber, die schon seit Jahren durch vermehrte Steuerlasten bedrückt werden, sollen neue Lasten auf sich nehmen, um die gesteigerten Bedürfnisse des Militarismus zu befriedigen. Wir protestieren deshalb mit aller Schärfe gegen die neue Wehrvorlage sowie gegen den heutigen Militarismus überhaupt, der eine Gefahr für den Weltfrieden, eine Bedrohung des Kulturfortschritts und eine unerträgliche Last für die Bevölkerung ist.

Was die Referenten ausführten, das fand bei den Zuhörern lebhaften Anklang und allgemeine Zustimmung. Alle waren einig in dem Gedanken: Nieder mit dem kulturfeindlichen Militarismus.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Die Filiale Groß-Berlin des Gemeindearbeiterverbandes hielt am Dienstag im großen Saale des Gewerkschaftshauses ihre Generalversammlung ab, in der als erster Punkt der Tagesordnung vom ersten Vierteljahr 1912 auf der Tagesordnung stand. Er liegt den Mitgliedern gedruckt vor und enthält für die Hauptkassette mit der Bilanzsumme von 46 632,15 M., unter den Ausgaben ist der größte Posten der für Krankenunterstützung mit 10 947,54 M.; die Sterbeunterstützung erforderte 2037,50 M., die Arbeitslosenunterstützung 1824,66 M., die Streikunterstützung 80 M., die Gemäßigtenunterstützung 151,63 M. Außerdem wurden noch Unterstützungsbeiträge aus der Lokalkasse gezahlt, und zwar Sterbeunterstützung für Frauen 895 M., für Kinder 900 M., Krankenunterstützung 2419 M., Arbeitslosenunterstützung 2190 M., Notstandsunterstützung 418 M. Die Ausgaben der Lokalkasse betragen im ganzen 21 856,61 M., ihr Bestand ist im Laufe des Vierteljahres von 60 927,64 M. auf 61 585,82 M. gestiegen. Die Mitgliederzahl ist im selben Zeitraum von 9214 auf 9557 angewachsen. Unter den 9557 Mitgliedern sind 337 weibliche und 112 jugendliche. Nach der Berichterstattung wurde über Anträge der G. m. b. H. Gewerkschaftshaus beraten und dementsprechend beschlossen, erstens einen zweiten Anteil am Gewerkschaftshaus zu übernehmen, und zweitens den Beitrag zur Herberge um 5 Pf. pro Mitglied und Jahr zu erhöhen. Unter Verbandsangelegenheiten machte der Vorsitzende W. u. H. zunächst auf die von Gewerkschaften und Partei sowie von den Vertretern der Jugend beschlossenen neuen Unterlagen für die Jugendbewegung Groß-Berlins aufmerksam, und ferner auf die Beschlässe zum Raifonds, die den arbeitenden männlichen Mitgliedern die Verpflichtung auferlegen, 1 M. Beitrag zum Raifonds zu zahlen, während die weiblichen Mitglieder 50 Pf. zu zahlen haben. Von den Mitgliedern, die am 1. Mai es möglich machen können, wird selbstverständlich erwartet, daß sie die Verpflichtung am Vormittag vollständig besüßen. Ferner berichtete der Vorsitzende über einige Grenzfreizeiten mit dem Metallarbeiterverband, die den bevorstehenden Verbandstag der Gemeindearbeiter noch beschäftigen werden. Ein Antrag, wonach dem polnisch sprechenden Mitgliedern die von der Generalkommission herausgegebenen „Cotivata“ gratis zur Verfügung gestellt werden soll, wurde einstimmig angenommen.

Aus aller Welt.

Die Untersuchung der „Titanic“-Katastrophe.

Die Vernehmung des dritten Offiziers der „Titanic“, Pitman, vor der Untersuchungskommission stiftet die Auffassung, daß die „Titanic“ durch das Gebiet der Eisfelder mit verbrecherischer Leichtfertigkeit geführt wurde. Wie er bekundet, habe er vor dem Eintreten des Unglücks kein Eis bemerkt, aber gewußt, daß Sonnabend abend oder Sonntag früh durch Funkentelegramm Eis gemeldet sei. Die Eiswarnungen seien aber nicht ernst genommen worden. Die „Titanic“ sei auf der ganzen Reise mit der größten Geschwindigkeit gefahren. Nach dem Zusammenstoß sei Pitman dem Direktor Jsmah begegnet, der ihm geholfen habe, Frauen und Kinder in Booten unterzubringen. Pitman gab zu, daß er die „Titanic“ in einem Boot verlassen habe, das vierzig Insassen trug, während es sechzig hätte aufnehmen können. Als die „Titanic“ sank, habe er heftige Explosionen gehört, die wahrscheinlich durch das Versenken der Schotten hervorgerufen worden seien. Sofort nach dem Untergang habe er herzerregende Hilferufe und das Geströhne der Ertrinkenden vernommen, das ununterbrochen über eine Stunde ange dauert habe. Er habe mit seinem nicht voll besetzten Rettungsboot zurückgekehrt und den Ertrinkenden Hilfe leisten wollen, aber die im Boot befindlichen Geretteten hätten erklärt, es wäre Wahnsinn, das Leben der vierzig Bootinsassen zu gefährden. Sofort nach dem Untergang habe er herzerregende Hilferufe und das Geströhne der Ertrinkenden vernommen, das ununterbrochen über eine Stunde ange dauert habe. Er habe mit seinem nicht voll besetzten Rettungsboot zurückgekehrt und den Ertrinkenden Hilfe leisten wollen, aber die im Boot befindlichen Geretteten hätten erklärt, es wäre Wahnsinn, das Leben der vierzig Bootinsassen zu gefährden.

Der Seemann J.leet, der sich im Mastkorb der „Titanic“ auf dem Ausguck befand, erklärt, er habe den Aufstog gehabt, nach

Eis auszufahren, und habe nach 10 Uhr abends Eis gemeldet. Er hätte den Eisberg mit einem Marineglas zeitig genug entdecken können, um auszubiegen, aber es sei kein Eis für ihn an Bord gewesen.

War eine Rettung möglich?

Der zurzeit in Boston weilende Kapitän der „Californian“ erklärt, daß sein Dampfer weniger als zwanzig Meilen von der „Titanic“ entfernt gewesen sei, als diese sank. Hätte er von dem Unfall der „Titanic“ gewußt, hätten alle Passagiere gerettet werden können. 10 Uhr 30 Minuten abends gelangte die „Californian“ in ein ungeheures Eisfeld und ließ sofort die Maschinen stoppen. Erst bei Tagesanbruch fuhr sie weiter. Da die Apparate für drahtlose Telegraphie nicht in Tätigkeit waren, erfuhr die „Californian“ von dem Unfall der „Titanic“ erst am Morgen durch die „Virginian“, worauf sie an die Stelle des Unglücks eilte.

Kapitän Hattorf vom Dampfer „Frankfurt“ des Norddeutschen Lloyd, der Mittwoch vormittag auf der Weser eingetroffen ist, berichtet über seine Maßnahmen, die er mit Rücksicht auf die Kollision der „Titanic“ getroffen habe, an die Direktion des Norddeutschen Lloyd. Aus seinem Bericht geht hervor, daß er nach Kenntnis des Unglücks unverzüglich nach der Unfallstelle gefahren sei. Da er 140 Seemeilen davon entfernt war, ist er leider zu spät eingetroffen, um noch helfend eingzugreifen.

Die Klage der geretteten Mannschaft.

In recht trauriger Gemütsstimmung haben die Ueberlebenden von der Mannschaft der „Titanic“ am Sonntag auf dem Dampfer „Lapland“ die Heimreise angetreten. Trotz aller Bemühungen der White Star Line, die unter jeden Umständen eine Verührung der geretteten Mannschaft mit dem Publikum oder anderen Seeleuten verhindern wollte, haben doch einige der Geretteten die von der Gesellschaft verhängte Sperre gebrochen und dem New Yorker Seemannsheim einen Besuch abgestattet. Die Gesamtheit der Geretteten wurde unter Bewachung sofort von der „Carpathia“ an Bord der „Lapland“ geführt und erhielt strengen Befehl, das Land nicht zu betreten sowie keine Besuche zu empfangen. Die Wenigen, die sich trotzdem eine Gelegenheit verschafften, ans Land zu gehen, erzählen nun, da sie sich von der Aussicht ihrer Vorgesetzten frei wählten, sehr merkwürdige Tatsachen. Die Erbitterung der Mannschaft gegen die White Star Line ist außerordentlich groß. Wenn die New Yorker Seemannsgenossenschaft den Geretteten nicht umsonst Schuhe geliefert hätte, wären die meisten barfuß nach England heimgekehrt. Die White Star Line hat der geretteten Mannschaft erklärt, daß der Anspruch auf Löhnung mit dem Augenblick erloschen sei, in dem die „Titanic“ untergegangen ist. Die Löhnung würde nur bis zu dieser Stunde ausgezahlt werden; eine weitere Verpflichtung, ja sogar die Weiterzahlung des Lohnes hat die White Star Line abgelehnt. Einer der Geretteten erklärte im New Yorker Seemannsheim bitterlich: „Es tut mir fast leid, daß ich nicht mit untergegangen bin, dann hätte die Gesellschaft wenigstens für mein Kind und meine Frau gesorgt; jetzt aber erhalten sie gar nichts. Ich komme sozusagen stellenlos nach Hause und habe nur ein paar Schilling in der Tasche. Wie die meisten meiner Kameraden habe ich meine Jacke den Frauen gegeben, die mit mir im Rettungsboot waren; nun muß ich mir eine neue Jacke kaufen und erhalte in England nur die paar Schilling Lohn bis zum Augenblick der Katastrophe. Die Schiffsahrtsgesellschaft macht sich keine Sorge darum, ob ich und meine Familie etwas anzuziehen haben. . . .“

Neue Schreckenstat eines Pariser Apachen.

Der seit längerer Zeit vergeblich gesuchte Bandit Bonnot hat sein Schreckenskonto durch eine neue Morbidat vergrößert. Der Unterchef der Pariser Sicherheitspolizei Jouin hatte sich mit seinem Gehilfen Colmar und zwei Polizeikommissaren nach Jory begeben, um in der Wohnung der Gebrüder Gauthuy, die als „Anarchisten“ bekannt waren und bei der Polizei in dem Verdachte standen, Mitwisser oder Helfershelfer der Automobildiebstahl zu sein, eine Hausdurchsuchung vorzunehmen. In der Wohnung der Gebrüder Gauthuy hielt sich der gefährliche und vielgesuchte Verbrecher Bonnot verborgen, von dessen Anwesenheit die Polizei nicht die geringste Ahnung hatte. Als die Polizisten in die Wohnung der beiden Brüder, die ein Herrenkleiderkonfektionsgeschäft unterhalten, eingedrungen waren, nahmen sie sofort die beiden Besitzer fest. Hierauf wurde eine Untersuchung des ganzen Hauses vorgenommen. Der Chef der Sicherheitspolizei stieg mit Colmar in das erste Stockwerk. Er betrat das Zimmer, ohne zu ahnen, daß sich in demselben der berüchtigte Bonnot aufhielt. Raum war er ins Zimmer getreten, als Bonnot sofort mehrere Revolverkugeln auf ihn und seinen Begleiter abgab, von denen einer den Sicherheitschef auf der Stelle tötete und ein anderer Colmar schwer verletzete. Bonnot stürzte hierauf, indem er aus einem Fenster in den Hof sprang und nach Ueberklettern einer Mauer entkam. Die beiden anderen Polizeikommissare, die ihre Vorgesetzten nicht in das Haus begleitet hatten, sondern vor dem Gebäude Aufstellung genommen hatten, ahnten nicht, welches furchtbare Verbrechen sich hinter den Rauch des Hauses, vor dem sie standen, abgespielt hatte. Erst nachdem ihnen die Zeit so lange wurde und sie sich in das Haus begaben, wurden sie von der neuen Schreckenstat in Kenntnis gesetzt. Die Polizei hofft, den Banditen bald festzunehmen, da zahlreiche Spuren, die von dem Verbrecher hinterlassen wurden, die Verhaftung erleichtern werden.

Unfall eines deutschen Torpedobootes.

Wie ein Telegramm aus Sahnj meldet, ist das Torpedoboot G. 113 bei einem Durchdringungsmanöver mit dem Panzerkreuzer „Friedrich Karl“ zusammengestoßen. Der vordere Teil des Torpedobootes wurde in einer Länge von etwa fünf Meter zusammengedrückt und rechtwinklig nach Steuerbord umgebogen. Der Mannschaftsraum tief voll Wasser. Personen wurden nicht verletzt. Das beschädigte Boot wurde vom Torpedoboot G. 111 in den Hafen geschleppt.

Kleine Notizen.

Ein Rauek. In Godesberg erlösch ein achtzehnjähriger Uhrmachergehilfe seinen 20jährigen Kollegen in der Annahme, daß dieser Schuld an seiner Kündigung sei, die der Täter erhalten hatte.

Schweres Bootunglück auf dem Comer See. Der seit einiger Zeit in Bellaggio am Comer See weilende Graf Schwerein unternahm vorgestern mit seiner Frau auf dem See eine Fahrt. Ein plötzlich heraufziehendes Unwetter brachte das Boot zum Sinken. Erst gestern wurde das Boot aufgefunden; das Ehepaar ist offenbar ertrunken.

Unserem Genossen **Paul Hauff** und seiner lieben Frau **Pauline Maria Einspänner** die herzlichsten Glückwünsche zu ihrer Vermählung senden. 1935
Die Genossen und Genossinnen vom 290. Bez., 4. Kreis.

Todes-Anzeigen

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder, der Mechaniker
Erich Möbus
nach langem, aber schmerzhaftem Krankenlager im Alter von 26 Jahren gestorben ist.
Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 6 Uhr von der Leichenhalle des Christus-Kirchhofes, Lichtentor-Chaussee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder, der Mechaniker
Erich Möbus
nach langem, aber schmerzhaftem Krankenlager im Alter von 26 Jahren gestorben ist.
Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 6 Uhr von der Leichenhalle des Christus-Kirchhofes, Lichtentor-Chaussee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berl. Reichstagswahlkreis, Bezirk 92.
Am Freitag, den 22. April 1912 verstarb unser Mitglied, der Mechaniker
Erich Möbus
Hagenberger Str. 24.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. d. M., nachmittags 6 Uhr, von der Halle des Christus-Kirchhofes, Lichtentor-Chaussee, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bitten
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Arbeiterin
Margarete Krüger
am 21. d. Mts. gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Rupernum-Kirchhofes, in Reinholdsdorf-Best aus statt.
Ferner starb unser Mitglied, der Mechaniker
Erich Möbus
am 22. d. Mts. an Scharlach.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. April, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Christus-Kirchhofes in Reinholdsdorf, Chaussee, 230/231, aus statt.
Ferner starb unser Mitglied, der Dreher
Willi Böttger
am 23. d. Mts. an Lungenleiden.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. April, nachmittags 11 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Scharnhorst-Friedhofes in der Seestraße aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
115/20 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis, Köpenicker Viertel, Bez. 176.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Galantier
August Teichert
(Zauscher Weg 12a) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. April, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Neudamm, Hermannstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
215/13 Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
August Teichert
Zauscher Weg 12a, Bezirk 4, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Neudamm aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
72/19 Die Ortsverwaltung.

Am seinem 21. Geburtstag verstarb nach langem, schwerem Krankenlager unser einziges Kind, unser hoffnungsvoller Sohn
Walter Deichsel
Beerdigung Freitag, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakob-Kirchhofes, Hermannstraße, aus.
18315
Karl Deichsel
und Frau Elise, geb. Schert.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstagswahlkreis, Stralauer Viertel, Bezirk 314.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Galantier
Hermann Höltkke
Königsberger Straße 33 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
215/12 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstagswahlkreis, Landberger Viertel, Bezirk 434.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Hausdiener
Joseph Grollnus
(Allenstein Str. 4) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 1/4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
215/11 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 23. April verstarb unser Genosse, der Hausdiener
Hermann Liers
Kostoder Str. 6.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Hellands-Kirchhofes in Wilmersdorf aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Eisenindustriearbeiter
Hermann Liers
am 23. April im Alter von 28 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Hellands-Kirchhofes in Wilmersdorf aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Möbelholzer
Rudolf Kühn
Lichtenberg, Gärtnerstraße 21, im Alter von 23 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Rummelsburger Gemeinde-Friedhofes in der Rückstraße aus statt.
82/12 Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Am Montag, den 22. April, verstarb unser Kollege
August Strutz
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Hellands-Kirchhofes, Seestraße, aus statt.
57/12 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Mann, unser guter Vater, Pflegevater, Bruder, Schwager und Onkel
August Jordan
im Alter von 50 Jahren verstorben ist.
Um stille Teilnahme bitten
Mara Jordan, Witwe.
Paul Jordan, Sohn.
Kurt Tiegelskamp, Pflege Sohn.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Zum 1. Mal!
Rote Nelken 100 Stück 50 u. 90 Pf.
Muster zu Diensten 3000 garant. echte Straußfedern, 10-15 cm breit, 40 cm lg. 1.-, 42 cm lg. 2.-, 45 cm lg. 3.-, 50 cm lg. 4.-, 18 cm br. 6.- u. 8.-, 20 cm br. 10.-
Illustr. Preisliste. **Hermann Hesse**, Dresden, Schaffelstr. 10/12.

Achtung!
Ausnahme-Angebot!
Sumatra-Deckblatt
Zweite Fänge Vollblatt 11/8 Bb. deckend, lebhaft farben. H. i. Brand u. Gelschmack p. Pfd. 4.-
Hamburger Rohtabakhaus
Zentrale: Berlin N., Brunnenstr. 25. 272/19

Dankfagung.
Für die Beweise inniger Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Kollegen unseren herzlichsten Dank.
205

Dankfagung.
Für die Beweise inniger Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Kollegen unseren herzlichsten Dank.
205

Dankfagung.
Für die Beweise inniger Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Kollegen unseren herzlichsten Dank.
205

Dankfagung.
Für die Beweise inniger Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Kollegen unseren herzlichsten Dank.
205

Dankfagung.
Für die Beweise inniger Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Kollegen unseren herzlichsten Dank.
205

Dankfagung.
Für die Beweise inniger Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Kollegen unseren herzlichsten Dank.
205

Verband der Bureauangestellten Ortsgruppe Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere Kollegin
Frida Kurzmann
(Stenotypistin)
am 23. April im Alter von 25 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. April, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Eberthstr. 14, aus statt.
47/7 Die Ortsverwaltung.

Todesanzeige.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau
Anna Bachmann
geb. **Düring**
im Alter von 58 Jahren verstorben ist.
Um stille Teilnahme bitten der trauernde Gatte
Wilhelm Bachmann, Berlin, Kaiserstr. 33.
Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 26. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, auf dem Friedhofe der Freiheitler Gemeinde in der Doppelallee statt. 65

Dankfagung.
Für die überaus rege Beteiligung und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres leider so früh dahingegangenen Sohnes
Otto
sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Herrn Ehe- und dem Personal der Firma Galvanoplastik G. m. b. H., den Mitgliedern der ehem. Jugendorganisation, dem Wahlkreis im 4. Reichstagswahlkreis, den Bewohnern des Hauses Reichberger Str. 74a und den Kolonisten der Kolonie „Neumühlental“ unseren innigsten Dank. 605
Familie Fahrmeister.

Den „Vorwärts“-Lesern gewähre Rabatt.
Gardinen-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158

Abgepaßte Fenster, weiß und crème
p. Fenster 2³⁵, 3, 4-60 M.
Imit. Point-lace-Künstler-Gardinen, p. Fenster M. 675
Elegante Sezessions-Tüll-Stores M. 185
Gestickte echte Spachtel-Stores M. 775
Goldfarbige reichgestickte Band-Stores M. 385
Tüllbettdecken, Größe 180/220 cm M. 250
Reichsteig. Erststül-Bettdecken M. 675
Elegante Tüll-Bettdecken M. 675
Brise-Bise (Scheibenschloier) 25, 35, 40, 50 Pfennig.
Nach auswärtig p. Nachnahme.

Spezial-Katalog
mit circa 600 Abbildungen gratis und franko.

Gardinenhaus
Bernhard Schwartz
Erfolgreiche Bezugsquelle für
Gardinen u. Teppiche
Wallstr. (dreizehn)

Für Wanderer
empfehlen wir:
Silva-Wanderkarten
Oberprece
Vordamm
Rehnsberg
Zahrmühlsee
Straußberg
Fengel
Tenzis
Märktliche Schweiz
6farbig
311 Ortsregister und Begebezeichnung
Preis p. Karte 75 Pf.

Silva-Wanderkarte
der
Umgebung von Berlin
mit Ortsregister
6farbig 50 Pf., 6farbig 1 M.

Silva-Märkischer Wanderatlas
mit Ortsregister u. Begebezeichnung
6farbig m. 14 Karten, geb. 1.00 M.
6 " " 22 " " 1.50 "

Expedition des Vorwärts
Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4
Von der Reise zurück
Dr. A. Pinkuß,
71/1 Frauenarzt.
Auch Teilzahlung!
Nur mit Möbel-Misch
Gr. Frankfurter Str. 45/46

Stoffe
für eleg. Maßanzüge, Ulster, Paletots, Damenkostüme Nr. 3-4-6-8-10
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21, Betrülfche.

Abessinier-Pumpen
zum Selbstaufstellen für Gartenbesitzer u. Laubenkolonisten von 8 M. an
Flügel-pumpen, Garten-sprizen, Rührer, Röhren, Schläuche usw. billigst.
Karl Köchlin & Co. Berlin SW., Alte Jakobstr. 20/22 (IV 1678.)

Klassiker-Ausgaben des Vorwärts
HEINES WERKE :: ::
SCHILLERS WERKE
Je 3 Bände gut gebunden. Eingeleitet und bearbeitet von Franz Mehring. 247/11*
Preis für jedes Werk nur 4 M.
Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69 (Laden).

Die Qualität ist unübertrefflich!
Das unübertreffliche köstliche Vollgetränk von Groß-Berlin
Die Qualität ist unübertrefflich!

*Frühlingssonne blüht
nicht von altem Blühen
um uns zu blühen.*
Ihr Jofelt muß's!

Manoli
Cigarettes Specialmarken
Abbas Dandy
Gibson Girl

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.
Muster-gültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Drei Tropfen
Kaol
flüssige Metall-Politur putzen das schmutzigste Metall spiegelblank
in Flaschen von 10 bis 50 Pf. Überall zu haben.
Fabrik: Lubszynski & Co., Berlin-Lichtenberg.

Klassiker-Ausgaben des Vorwärts
HEINES WERKE :: ::
SCHILLERS WERKE
Je 3 Bände gut gebunden. Eingeleitet und bearbeitet von Franz Mehring. 247/11*
Preis für jedes Werk nur 4 M.
Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69 (Laden).

Tylophorin-Florfenbinnen
Das unübertreffliche köstliche Vollgetränk von Groß-Berlin
Die Qualität ist unübertrefflich!

Arbeiter!

Parteigenossen!

Donnerstag, den 25. April 1912, abends 8 1/2 Uhr:

Protest-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

„Korona-Prachtsäle“, Kommandantenstraße 72.
 „Märkischer Hof“, Admiralstraße 18 c.
 „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59.
 „Boekers Festsäle“, Weberstraße 17.
 „Borgmanns Festsäle“, Andreasstraße 21.
 „Elysum“, Landsberger Allee 40.
 „Comeninsäle“, Memeler Straße 67.
 „Urania“, Wrangelstraße 10/11.
 „Sophiensäle“, Sophienstraße 17/18.

„Artushof“, Perleberger Straße 26.
 „Arminushallen“, Bremer Straße 70/71.
 „Berliner Hoch-Bräuerei“ (Abt. II), Chausseest. 64.
 „Pharus-Säle“, Müllerstraße 142.
 „Jos. Frankes Festsäle“, Badstraße 19.
 „Gorussia-Festsäle“, Akerstraße 6/7.
 „Swinemünder Gesellschaftshaus“, Swinemünderstr. 42.
 „Bräuerei Königstadt“, Schönhauser Allee 10.

Tagesordnung:

1. **Neue Millionen für den Militarismus.** 2. Diskussion.

Referenten: Die Genossen Büchner, Borchardt, Dänwig, Dittmann, Eichhorn, Ad. Hoffmann, Girsch, Kunert, Seebour, Dr. Liebknecht, Dr. Lensch, Reinert, Schöpfkin, Rob. Schmidt, Ströbel, Vogtherr, Dr. Weill.

Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Adlershof: Seyer, Bismarckstr. 10.
 Charlottenburg: „Volkshaus“, Rosinenstr. 3.
 Cöpenick: Stadt-Theater.
 Friedenau-Steglich: „Kaiser-Wilhelm-Garten“, Rheinstr. 65.
 Königs-Wusterhausen: „Altes Schützenhaus“, Juh.: Ww. Wedhorn.
 Nowawes: Singers „Volksgarten“, Priesterstr. 31.

Neukölln: „Hoppes Festsäle (Inhaber Hartsh), Hermannstr. 49.
 Schöneberg: „Neue Rathhausäle“, Meiningen Str. 8.
 Tempelhof: „Wilhelmsgarten“, Berliner Straße 9.
 Creptow-Baumshulenweg: „Sport-Restaurant“, Eisenstr. 115/116.
 Wilmersdorf: „Gesellschaftshaus“, Wilhelmsane 112.

Referenten: Die Genossen Bender, Eduard Bernstein, Brandes, Siebel, Grenz, Gasenzahl, Käppler, Peitrotes, Dr. Quark, Taubadel, Zubeit.

Wahlkreis Niederbarnim.

Bernau: Franz Salzmann, Hasdorferstraße.
 Borstow: „Borstowwalder Festsäle“, Konradstr. 42.
 Frz.-Buchholz: „Parkrestaurant Kossak“, Hauptstr. 71.
 Friedrichsfelde-Neu-Lichtenberg: Bürger, Prinzen-Allee 30.
 Friedrichshagen: Lerche, Friedrichstraße 112.
 Lichtenberg: Anhold, Frankfurter-Chaussee 5.
 Ober-Schöneweide: „Wilhelminenhof“.

Oranienburg: „Waldhaus Sandhansen“, Schützenstr.
 Reinickendorf-Ost: „Schützenhaus“, Residenzstr. 1/2.
 Reinickendorf-West: „Hartmanns Bräuerei“, Scharnweberstraße 101/104.
 Rummelsburg: „Café Bellevue“, Hauptstr. 2, im Garten.
 Stralau: „Coverne“, Alt-Stralau 24/25.
 Weiskensee: „Schloß Weiskensee“.
 Wilhelmsruh: Deutschmann, Hauptstraße 1.

Referenten: Die Genossen Fendel, Feldmann, Grünwald, Haberland, Jaekel, Krähig, Keil, Pinkau, Peud, Segig, Schmidt-Weissen, Silberichmidt, Spiegel, Thöne.

Männer und Frauen! Erscheint in Massen.

Für die Einberufer. Eugen Ernst, Berlin, Diefenstr. 16.

Extra-Unterstützungskasse der Buchbinder

und verw. Gewerbe zu Berlin.
 Am Sonntag, den 28. April, vormittags präzis 10 Uhr, findet eine
Anherordentliche General-Versammlung
 in Graumanns Festsälen, Raunynstr. 27, statt.
 Tagesordnung: „Auflösung der Kasse“.
 An Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes Mit-
 gliedes, pünktlich zu erscheinen. 13285
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Der Vorstand.
 H. H. H. Rhausa, Vorsitzender.

Die reellsten und billigsten

Möbel

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 23 Jahren bestehenden Möbelfabrik von A. Schulz, Reichenberger Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten mit zehnjähriger Garantie. (5 Proz. Kassaskonto.) Ev. auf Ratenzahlung.

Zähne 1.50 M. 10 Jahre Garantie. Zahnarzt Wolf, Potsdamer Straße 55 (Hochbahnstation).

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.

Zahlstelle Berlin.
C. 54: Rulandstr. 10, I. Fernsprecher: Amt Norden, Nr. 4518.

Sonntag, den 28. April 1912, nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, großer Saal:

Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassabericht vom I. Quartal 1912. 2. Mel-
 feier. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
 Da über ganz wichtige Verhandlungsangelegenheiten Beschluß gefaßt werden
 muß, ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig.
 Buch oder Karte legitimiert! Ohne diese kein Zutritt!
 42/19 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Töpfer

Filliale Groß-Berlin.

Morgen Freitag, den 26. April 1912, abends 6 1/2 Uhr:

Bauvertrauensmänner-Versammlung

in Schulz' Festsälen, Am Säuiggarten 11a
(Nähe des Alexanderplatzes, hinter dem Warenhaus Tietz).

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zum 1. Mai. 2. Gewerkschaftliches.
 Da umständehalber die ordentliche Generalversammlung erst 14 Tage
 später (am 10. Mai) stattfinden kann sind wir gezwungen, diesmal in der
 Bauvertrauensmänner-Versammlung zum 1. Mai Stellung zu nehmen. Wichtig
 ist darum, daß sich die Kollegen auf den einzelnen Bauten über die Mal-
 frage verständigen, damit die Vertrauensleute wissen, wie sie stimmen sollen.
 192/10 Kein Bau darf fehlen! Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Bautischler Bezirk II.

Heute Donnerstag, den 25. April, abends 6 Uhr, bei Zick,
Warschauer Straße 60:

Branchen-Versammlung.

Die Kommission.

Achtung! Stellmacher.

Die zu heute anberaumte Versammlung im „Rosenhaller Hof“ findet der Protestversammlungen wegen nicht statt.
Die Branchenkommision.

Verlagsanstalt G. Birk u. Co., m. b. H., München.

Bei uns erschienen:

Süddeutsche Volksbücher:

Heft 1: **Paul Kampfmeyer:**
Weltanschauung und Sozialdemokratie.

Aus dem Inhalt: Vom Werden der Weltanschauung. — Die Wesen der Sozialdemokratie. — Ethik und Sozialdemokratie. — Religion, Materialismus und Sozialdemokratie.

Heft 2: **Paul Kampfmeyer:**
Sozialdemokratie und Kirchentum.

Aus dem Inhalt: Kirche und Staat im feudalen System. — Vom kirchlichen Staat zum Staatskirchentum. — Die zusammenbrechende feudale Herrschaftsmacht. — Los vom Staatskirchentum. — Entstaatlichte freie Kirche und freier sozialer Staat. — Religion ist Privatangelegenheit.

Heft 3: **Lothar Engelbert Schlicking:**
Das Elend der preussischen Verwaltung.

Aus dem Inhalt: Bureaucratie, Amtsgeheimnis und Amtsverschwiegenheit. — Die Verwaltung durch Konservation und Genügsamkeit. — Die preussische Gemeindeführung. — Demokratie, Kultur und Verwaltung. — Der Zweck des Zweckverbandes. — Zum sozialdemokratischen Kommunalprogramm für Preußen.

Preis jedes Heftes 40 Pf.

Früher erschienen:

Dr. Fritz Brupbacher:
Kindersegen und kein Ende?
 Preis 30 Pf.

Rudolf Franz:
Die schönsten Märchen für die nationale Kinderwelt
 Reich illustriert. Preis 1 M.

Rudolf Franz: Abrechnung. Politische Versuchsritte.
 Reich illustriert. Preis 1 M.

Wilhelm Schröder:
Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage
 Gebunden Preis 7 M. 285/10



MAGGI^S Bouillon-Würfel

sind einzig in Qualität!

5 Würfel 20 Pfg., einzelne Würfel 5 Pfg.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung, Protestversammlungen!

Die Leiter der heutigen Protestversammlungen werden gebeten, sofort nach Schluß derselben der Redaktion des „Vorwärts“ einen kurzen Bericht über Stimmung und Verlauf der Versammlung, die Person des Referenten und etwaige Zwischenfälle durch besonderen Boten zugehen zu lassen.

Karlshorst. Abmarsch 7 1/2 Uhr vom „Fürstentum“ zum gemeinsamen Besuch der Protestversammlung in Oberschöneweide.

Nichtenau, Schneide, Klein-Schneide, Rahnsdorf. Die Parteigenossen und Genosseninnen beteiligen sich an der heute in Friedrichshagen bei Verche stattfindenden Protestversammlung. Treffpunkt: Bahnhof Rahnsdorf. Abfahrt 7 Uhr 57 Min.

Die Bezirksleitung.

Röntgenal. Die Parteigenossen und Genosseninnen werden ersucht, sich recht zahlreich an der heutigen Protestversammlung in Bernau bei Salzmünde zu beteiligen. Treffpunkt am Bahnhof um 8 Uhr 30 Minuten. Der Bezirksleiter.

Berliner Nachrichten.

Die Baumbüte in Werder

hat sich infolge der warmen Witterung der letzten Tage voll entfaltet. Werder prangt in einer herrlichen Blütenpracht, und laufende Berliner lassen sich den wundervollen Anblick der Werderschen Baumbüte nicht entgehen. Die Eisenbahnverwaltung hat, wie wir bereits berichteten, seit Dienstag Sonderzüge eingelegt, um den Massenandrang nach Werder bewältigen zu können. Ganz besonders stark wird der Auszug nach Werder am kommenden Sonntag werden. Wer es sich leisten kann, benutzt anstatt der Bahn den Dampfer, von dem aus man besonders auf dem Wege von Potsdam nach Werder einen weiten Fernblick auf das schöne Naturpanorama genießt.

In Werder selbst hat man von den Höhen, besonders von der Bismarckhöhe aus das Blütenland vor sich liegen. Soweit das Auge reicht, nichts als schneeweiße Blüten. Nur hier und da von dem jarten Rot der Pfirsichblüte unterbrochen. Wer nach seiner Ankunft in Werder sich sofort hinsetzt und den süßlichen Obstweinen zuspricht, der wird allerdings von der Blütenpracht Werders nicht allzuviel genießen können. Im allgemeinen haben die Berliner Werderausflügler kaum eine Vorstellung von dem großen Umfange der Blütenwälder. Stundenweit um Werder dehnen sich die Obstanlagen aus. Die Ortshäuser Caputh, Glindow, Beyow, Blöhin, Plessow und weiterhin nach Groß-Kreuz sind zum erheblichen Teil mit Kirchsäumern bestanden. Immer neuer Boden wird zu Obstplantagen hergerichtet, wobei in neuerer Zeit auch moderne Grundzüge zwecks rationeller Wirtschaft Platz greifen. Schwer haben die Obstzüchter unter der Wasserkalamität zu leiden; sie müssen sich vorzugsweise auf Jupiter Pluvius verlassen. Seit einiger Zeit wird die Errichtung eines Wasserwerkes geplant, das der Wasserkalamität ein Ende machen könnte, allein die hohen Kosten können die Werderaner nicht aufbringen, weshalb eine staatliche Subvention zu dem Wasserwerk in Aussicht gestellt worden ist. Ob aus dem Projekt etwas wird, steht aber dahin.

In Werder hat sich eine umfangreiche Fruchtweininindustrie entwickelt, und es dürfte wohl keinen Besucher Werders geben, der nicht schon die Folgen reichlicheren Fruchtweingenusses am eigenen Leibe verspürt hätte. Das gehört nun einmal zu einem Werderbesuche. Aber diese Stachelbeer-, Johannisbeer- oder Erdbeer- oder Kirchsäume haben ihre Mucken, und es ist beim Genuße eine gewisse Vorsicht am Platze, will man nicht riskieren, von der Blütenfahrt nach Werder einen gehörigen Affen nach Hause zu bringen. Lohmend ist aber ein Ausflug ins Blütenland, und wer es ermöglichen kann, sollte sich den herrlichen Anblick nicht entgehen lassen.

Aus der Berliner Waisenverwaltung.

Mit den Erziehungsinspektoren der Anstalt Lichtenberg hat die Stadt Berlin wenig Glück. Lange Jahre bekleidete Herr Buth die Stelle, der er aber nicht gewachsen war. Der Mann hatte vom Erziehungsweisen kein richtiges Verständnis; er war eben einer vom alten Schlage, der da meinte, es genüge, wenn die Kinder aufbewahrt werden. In der Reichlichen Angelegenheit hat er auch nicht gerade Vorbeeren geerntet. Schließlich pensionierte man ihn, und ein neuer Mann trat an die Spitze der Lichtenberger Anstalt, der Erziehungsinspektor Groth. Ein Jahr hat Herr Groth der Anstalt vorgefandten, jetzt ist auch er gegangen und ist in den Schuldienst übergetreten. Die Stelle ist wieder vakant. Sie muß neu besetzt werden. Die Waisendeputation beschloß möglichst baldige Ausschreibung. Der Magistrat soll erlucht werden, ein höheres Gehalt als bisher für die Stelle auszuwerfen. Provisorisch will der jetzige Direktor des Fürsorgewesens, Herr Pastor Knaut, die Leitung der Anstalt übernehmen.

Auf dem habsbischen Friedhofe in Friedrichsfelde haben in letzter Zeit lebhafteste Auseinandersetzungen stattgefunden zwischen Besuchern des Friedhofes und dem Friedhofsverwalter wegen Belegung der Gräber durch Angehörige mittels Epheu. Es wurde den Personen, die gekommen waren, die Gräber ihrer Angehörigen mit Epheu zu schmücken, unterstellt, dies zu tun, weil das angeblich nur Sache der Friedhofsverwaltung sei, der man hierfür die in der Gefahrenordnung festgesetzten Sätze zu zahlen habe. Da dieses Verfahren auf dem Friedhofe noch nicht geübt worden ist, bemächtigte sich weiter eine lebhafteste Erregung und Erbitterung. Auch in Schreiben an und ist diese Empörung zum Ausdruck gebracht worden. Inneres Erachten ist die getroffene Auslegung durch die Friedhofsverwaltung eine vollkommen irrige. Sie geht von der Voraussetzung aus, daß die im Vorjahre vom Magistrat beschlossene neue Gebührenordnung diese Maßnahme rechtfertige. Das trifft nicht zu. Die neue Gebührenordnung hat eine erhebliche Steigerung der Gebührensätze mit sich gebracht, keineswegs aber ist aus derselben zu entnehmen, daß die Erneuerung von Gräberbelegungen den Angehörigen verboten sei. Das trifft nur zu bei der erstmaligen Herstellung des Grabes, für die die Gebühren im Laufe des Jahres sofort erhoben werden. Die Angelegenheit kam am Dienstag in der Sitzung des Kuratoriums des Bestattungswesens zur Sprache. Es wurde allgemein anerkannt, daß die jetzige Auffassung eine große Härte bedeute, die nicht aufrecht zu

erhalten sei. Das Kuratorium beschloß, in der nächsten Sitzung des Magistrats die sofortige Aufhebung der jetzigen Auslegung der Gebührenordnung zu beantragen. Bis dahin aber zur Vermeidung weiterer nachlässiger Szenen auf dem Friedhofe das Schmücken der Gräber mit Epheu durch Angehörige sofort wieder zuzulassen.

Einen Wettbewerb für ein Wohnheim im Norden Berlins schreibt der Verein zur Verbesserung der kleinen Wohnungen unter den Groß-Berliner Architekten aus. Der Bau ist an einer hervorragenden Stelle Berlins in Aussicht genommen, einer Ecke des Brunnenplatzes, in dessen Mitte sich jetzt das Amtsgericht Wedding erhebt. Er soll 500 ledigen männlichen Personen Unterkunft gewähren, denen dort für geringe Kosten ein angenehmes Heim geboten wird. Den Bauplatz hat die Stadt Berlin inwettentlich zur Verfügung gestellt, der Bau selbst ist auf circa 800 000 M. veranschlagt. Die Entwürfe sind bis zum 30 Juni einzuweisen. Die näheren Bedingungen können vom Vorsitzenden des Vereins, Geh. Kommerzienrat Kopecky, Berlin, Unter den Linden 52, bezogen werden.

Billige Milch.

Der Gemeinnützige Verein für Milchhauschank zu Berlin bittet um Aufnahme folgender Zeilen:

„Die beständig steigende Teuerung aller Lebensmittel erschwert es dem Arbeiter immer mehr, sich und seine Familie ausreichend zu ernähren. Vielfach greift man bereits zu billigen Ersatzmitteln, die zwar augenblicklich den Magen füllen und den Hunger betäuben, aber dem Körper wenig neue Kräfte zuführen. Besonders leiden darunter die Kinder. Unterernährung in der Zeit des Wachstums, der Entwicklung, gibt dem ganzen Menschen für das ganze Leben den Stempel.

Unverständlich und bedauerlich ist es deshalb, daß Vorurteil und Gedanklosigkeit lange die Magermilch aus unseren häuslichen Haushaltungen fernhielten. Seit Jahrzehnten hatte man sich daran gewöhnt, die Güte der Milch nach ihrem Fettgehalt zu bestimmen. Die polizeilichen Milchprüfungen erstrecken sich vielfach auch nur auf diese Eigenschaft. Die Milch enthält aber neben den 3 Proz. Fett auch mehr als 3 Proz. Zucker und 1/4 bis 1 Proz. Ernährungssäfte. Anders ausgedrückt enthält die Vollmilch 3, die Magermilch 2 Nährwerteinheiten.

Nun bezahlt man heute in Berlin das Liter Vollmilch mit 25, das Liter Magermilch mit 12 Pf. Man erhält also in Vollmilch für 25 Pf. 3 Nährwerteinheiten, in Magermilch 4% Nährwerteinheiten.

Von Magermilch allein könnten wir allerdings nicht leben, denn der Körper braucht neben Eiweiß und Stickstoff (Zucker) auch Fett. Jede gute Hausfrau weiß aber, daß mageres Fleisch kräftiger ist und deshalb höher bezahlt wird als fettes Fleisch; Fett ist billiger als Fleisch. Der Preis, den wir für das Fett in der Milch zahlen (Vollmilch 25 Pf., Magermilch 12 Pf., Differenz also 13 Pf. für 3 Proz. oder 30 Gramm Fett) ist unerschwinglich hoch. Mit Rücksicht auf den Nährwert ist Magermilch erfreulich billig; sie ist besonders zuträglich für alle, die an langwieriger Verdauung leiden oder zu Fettanfang neigen.

Der Deutsche Milchwirtschaftliche Verein und die Deutsche Zentrale für Säuglingsnahrung bemühen sich schon lange, das unbedeutende Vorurteil des Publikums gegen Magermilch zu zerstreuen und ihr den gebührenden Platz als billiges und gutes Nahrungsmittel zu sichern. In Rheinland und Westfalen betreibt die Gesellschaft für gemeinnützigen Milchhauschank seit Jahrzehnten sehr fruchtbar die Milchhäuser für Magermilch. Am den Berliner, besonders den minder bemittelten, Gelegenheit zu eigenen Versuchen zu geben, wird der Gemeinnützige Verein für Milchhauschank zu Berlin eine Reihe von Trinkkäben einrichten, in denen ausschließlich Magermilch (eiskalt oder warm), Kakao und Bodmilch zum Verkauf kommen sollen. Die erste solche Verkaufsstätte wird am 1. Mai in der Elisabethenstraße 137 eröffnet werden.“

Die Volkshochschule an der Schillingstraße muß am Montag, den 29. und Dienstag, den 30. d. M., wegen Reinigungsarbeiten geschlossen bleiben.

Der Städtebauer genehmigt.

Gestern trat im Rathaus unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner der Ausschuss für den Verband von Groß-Berlin zusammen. Anwesend waren sämtliche 19 Mitglieder bzw. deren Stellvertreter, darunter sechs Oberbürgermeister. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Anstellung eines Städtebauers für den Zweverband. 2. Aufnahme von Verhandlungen mit dem Staat über den Erwerb von Freiflächen. Der beantragte höhere Beamte für das Bauamt wurde ohne längere Erörterung genehmigt.

Die öffentliche Erörterung der Frage, einen Städtebauer anzustellen, hat demnach ihre Früchte getragen.

Auf dem Friedhof der Mariusgemeinde, der bei Wilhelmshagen liegt, sind seit 1. April fremden Gärtnern gewerbemäßige Arbeiten untersagt. Wer für ein Grab einen Gärtnern braucht, hat sich jetzt an den Friedhofsinspektor zu wenden, der dann die Arbeiten ausführen läßt. Das Kuratorium des Friedhofs wird nicht verlegen sein um Gründe, die es für diese Maßregel ausführen kann. Diejenigen aber, die davon betroffen werden, sind keineswegs alle sehr erbaute von der Neuierung. Wir denken dabei nicht nur an die in ihrem Erwerb geschädigten Privatgärtner, sondern auch an die Familien, deren Verstorbene auf dem Friedhof ruhen. Uns wird gesagt, daß die Preise, die dem Friedhofsinspektor für die durch seine Vermittlung ausgeführten Arbeiten zu zahlen sind, höher seien als die bisher bei manchen Privatgärtnern gezahlten Preise. Ein Monopol, das einem einzelnen gegeben wird, hat immer etwas Vortreffliches für das Publikum. Wenn man aber sich zur Schaffung eines solchen Monopols entschließen zu müssen glaubt, dann sollte es wenigstens zu einer Verbilligung der Preise führen.

Aus dem Plänterwald ist ein „Fortschritt“ zu melden, der dem kleinen Spielplatz zuteil geworden ist. Vor einigen Tagen rührten wir, daß die Winterperiode dieses Platzes noch immer nicht aufgehoben worden war. Wir sagten, es müßte auf die Besucher des Plänterwaldes, die den Spielplatz jetzt wieder benutzen wollen, wie ein Hohn wirken, daß die Fesseln mit der Bekannmachung: „Vom 1. Oktober bis 1. April ist das Betreten dieses Platzes nicht erlaubt!“ noch in der zweiten Hälfte des Monats April hinter der noch immer den Zutritt wehrenden Leine standen. Heute können wir mitteilen, daß noch der von uns veröffentlichten Mahnung zwar noch immer nicht die Sperre des Spielplatzes aufgehoben, aber nun wenigstens die Tafeln beseitigt worden sind. Wenn jetzt ein Besucher des Plänterwaldes an diesen Spielplatz kommt und vor der hemmenden Leine halt machen muß, dann wird er nicht mehr die Vermutung haben, die Parkverwaltung habe vielleicht nur vergehen, die überlange Winterperiode des Platzes in diesen schönen Frühlingstagen endlich wieder aufzuheben. Er wird, ohne sich zu beklagen, die noch immer fortdauernde Sperre in gegenseitiger Bescheidenheit als „ordnungs-gemäß“ hinnehmen. Unser Liebes Groß-Berlin hat ja — nach der von dem Chef der Berliner Parkverwaltung, dem Bürgermeister Reide, aufgemachten Rechnung — ohnedies Heberflut an Spielplätzen, nicht wahr?

Bei einem Flugversuch mit einem Häslein-Eindecker stürzte der frühere Grade-Pilot Goller gestern morgen in Johannisthal ab. Der Apparat wurde total zertrümmert. Der Flieger erlitt innere Verletzungen und wurde nach dem Kreiskrankenhaus Brüg gebracht.

Ein Opfer seines Berufes ist der 33jährige prakt. Arzt Dr. med. Fritz Beder geworden, der als Hilfsarzt im Kreiskrankenhaus zu Brüg tätig war. Dr. B. hatte vor einigen Tagen ein an Diphtherie erkranktes Kind behandelt und sich dabei eine diphtherische Halsentzündung zugezogen. Trotz aller Bemühungen seiner Kollegen gelang es nicht, ihn zu retten. Dr. B. ist dem tödlichen Leiden erlegen. Am gestrigen Mittwochnachmittag fand in der Kapelle des Brüger Kreiskrankenhauses eine Trauerfeier für den Dahingeshiedenen statt.

Die Potsdamer Luftschiffhalle. Die Bürgerchaft der zweiten Reifenzug erwartete mit großer Spannung die Mitteilung der Luftschiffbau G. m. b. H. über die künftige Halle und die Ausgestaltung des Platzes. Die Direktion hat sich nunmehr zu einer Bekanntgabe entschlossen. Der Bau der Doppelhalle wird von der Zeppelin-Luftschiffbau G. m. b. H. ausgeführt. Die Länge der Halle wird in Nordost-Südwest orientiert sein. Die Eisenkonstruktion der Halle wird auf 2 Meter tiefen Betonfundamenten ruhen. Die Länge des Hallenbaues beträgt 168 1/2 Meter, die Breite 55 Meter und die Höhe 32 Meter. 23 Meter von einander entfernte Binder, die untereinander durch Eisenstützen verankert werden, tragen die ganze Konstruktion. Der untere Teil der Halle wird ausgemauert, der obere durch Platten abgedeckt. Die Bedachung wird mittels Korbsteinelementen erfolgen. Die Seitenwände erhalten 12 Fenster, die Rückwand 7. Die innere Breite der Halle ist mit 50 Metern berechnet, die lichte Höhe mit 25 Meter. An zwei 1,20 Meter breiten Laufgängen werden mittels Flaschenzüge die Luftschiffe hängend befestigt. Die beiden mächtigen Schieberüren werden in Schienen bewegt. An der Frontseite der Halle wird in der Höhe der Laufgänge ein Altan errichtet, der einen weiten Rundblick gewähren wird.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern vormittag in dem Betriebe der L. E. G. in der Quittenstraße. Dort war der 24jährige Schlosser Karl Muzewski aus Neuenhagen an einem hohen Gerüst mit Reparaturarbeiten beschäftigt. Infolge einer Bewegung stürzte er rückwärts aus einer Höhe von 8 Metern ab und blieb besinnungslos liegen. Der Verunglückte, der schwere Quetschungen und schwere innere Verletzungen erlitten hatte, erhielt auf der Unfallstation in der Erasmusstraße die erste Hilfe und wurde dann in bedenklichem Zustande in die Charité eingeliefert.

Das letzte Mittel. Weil er seiner Familie nicht zur Last fallen wollte, hat der 58 Jahre alte Sattler Rudolf Lange aus der Oberwaldstraße 32 Selbstmord verübt. Lange, der verheiratet und Vater von drei noch schulpflichtigen Kindern war, hatte seit einiger Zeit ein Herzleiden. Weil er oft Schwindelanfälle bekam und dann seiner Arbeit nicht nachgehen konnte, wurde ihm immer gekündigt. Seine letzte Stellung mußte er deshalb als kurz vor Weihnachten aufgeben. Seitdem bemühte er sich vergeblich um Beschäftigung. Den Lebensunterhalt erwartete seine Frau durch Nähen. Lange wurde von Tag zu Tag trübsinniger und äußerte wiederholt Selbstmordgedanken, weil er dachte, seiner Familie doch nur zur Last zu fallen. Gestern nachmittag erhängte er sich dann auch auf seinem Trockenboden. Kurze Zeit darauf fand ihn seine Frau auf, doch war der Tod bereits eingetreten.

Seit 15 Jahren heftigst verurteilt wird der Lotterieschwärmer Johannes Lübeck. Dieser Ehrenmann betrieb im Jahre 1897 in Berlin und Gehlsdorf ein Serienlotteriegewerbe, das ihm recht gute Einkünfte brachte und wobei er die Lotteriespieler tüchtig über den Köpfel darderte. Auf vielfache Anzeigen aus ihren Kreisen erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen ihn wegen Wuchers sowie wegen Stempel- und Lotterievergehens, doch gelang es Herrn Lübeck noch rechtzeitig, den Staub der heimatlichen Erde von den Füßen zu schütteln und nach dem Auslande abzumigrieren. Von hier aus führte er seine unsaubereren Manipulationen fort und gründete besonders in Dänemark und Holland unter hochtönenden Namen Gesellschaften, die sich mit dem Vertriebe von Prämienlosen befaßten. War eine der Firmen durch Veröffentlichungen der Berliner Polizei in Mißkredit geraten, so schickte er unter anderer Firma und an einem anderen Ort sein gemeingefährliches Treiben fort. Neuerdings ist er Inhaber der Commerce- und Creditbank in Amsterdam und sucht für seine Zwecke im Deutschen Reich Agenten und Unteragenten, die ihm spielulustige Elemente zuführen sollen. Durch pomphaft ausgestattete Zertifikate „sicherer“ Prämienlosen, die sich nach den gemachten Erfahrungen vielfach gar nicht in seinem Besitz befinden. Dafür, daß er so gütig ist, die Verwaltung der Lose zu übernehmen, läßt er sich 60 M. pro Jahr für Speesen und sonstige Unkosten zahlen, wodurch die Spieler aber absolut noch nicht das geringste Anrecht auf die Lose haben. Die Nachschaffungen Lübeckes laufen also auf grobe Täuschung und Heberverteilung der Spieler hinaus, und das Publikum kann daher nicht dringend genug vor der Beteiligung an diesem Prämienlosenlotteriewinkel gewarnt werden. Außerdem macht sich auch jeder, der in ausländischen Lotterien spielt, strafbar.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am gestrigen Mittwochnachmittag gegen 1/2 12 Uhr in Moabit. An der Ecke der Goglowitzer- und Larnstraße verfuhr die 34jährige Ehefrau Anna des in der Goglowitzerstr. 38 wohnenden Kohlenarbeiters Wlaszel vor einem Straßenbahnwagen der Linie 17, der sich seiner Endhaltestelle näherte, das Gleis zu überschreiten. Obwohl der Führer den langsamer Fahrt befindlichen Wagon fast augenblicklich zum Stehen bringen konnte, wurde die Frau doch umgestoßen. Sie schlug dabei mit solcher Wucht auf das Straßenpflaster auf, daß sie blutüberströmt und besinnungslos liegen blieb. Die Verunglückte wurde nach dem nahen Moabiter Krankenhaus übergeführt, wo ein schwerer Schädelbruch festgestellt wurde.

Eine längere Betriebsstörung im Straßenbahnverkehr trat Dienstagabend im Norden der Stadt ein. An der Ecke der Rant- und Gerichstraße war einem mit Eisenträgern beladenen Wagen der Firma Klaf, Prinzenallee 66, das linke Hinterrad abgelaufen und das Gefährt sperrte die Straßenbahngleise in beiden Richtungen. Erst durch zwei Rettungswagen der Straßenbahn konnte das Hindernis beseitigt werden. Während der Zeit der Störung, die von 7.45 bis 9.5 Uhr dauerte, wurden die Wagen der Linien 5, 8, 23, 34 in der Richtung nach dem Gesundbrunnen durch die Reinickendorfer und Grezinerstraße, die Linien 22 und 31 in der Richtung nach dem Alexanderplatz durch die Chaussee- und Invalidenstrasse und die nach der Seestraße fahrenden Wagen derselben Linien über den Weddingplatz und durch die Küllerstraße abgelenkt.

Eine Gasexplosion erfolgte gestern früh im Hause Hübnerstraße 13, im Osten Berlins. Sie wurde dadurch herbeigeführt, daß man eine undicht gewordene Leitung mit einem Licht leuchtete. Der Explosionsherd lag in einem Wohnzimmer. Glücklicherweise kamen die anwesenden Personen mit dem bloßen Schreck davon. Durch den Aufbruch wurde die Zimmerdecke beschädigt und mehrere Fenster wurden eingedrückt und auf die Straße geschleudert, ohne jedoch jemanden zu verletzen. Die Feuerwehrt war schnell zur Stelle und beseitigte die Gefahr in kurzer Zeit. — Außerdem wurde die Feuerwehrt in der letzten Nacht noch nach der Gartenstraße gerufen. Bei Anbruch der Löschzüge stellte sich aber heraus, daß hier Unfug am Feuermelder vorlag. Der Täter konnte nicht ermittelt werden.

Tatet auf die Kinder. Aus dem Fenster des zweiten Stockwerkes auf die Straße gestürzt ist gestern nachmittags das zwei Jahre alte Söhnchen Otto des Schlossers O. Kolde aus der Garmen-Straße 155. Als die Mutter des Kindes gegen 5 Uhr auf loewige Augenblicke das Zimmer verlassen und den Kleinen unbeaufsichtigt gelassen hatte, kletterte dieser auf einen vor dem Fenster stehenden Stuhl, legte sich dann auf die Brust und fiel, als er das Gleichgewicht verloren hatte, kopfüber in die Tiefe. Er schlug mit dem Schädel auf den Bürgersteig auf und zog sich eine schwere Gehirnerschütterung, einen Oberarmbruch und innere Verletzungen zu. Man brachte den Schwerverletzten nach der Hülfs-Wache in der Gaudystraße und von dort, nachdem man ihn verbunden hatte, mit einem Rutschen Krankenwagen nach dem Birkenhof-Krankenhaus. Hier liegt er sehr bedenklich darnieder.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln. (Niedorf.)

Die natürlichen Milieuten. Was von vornherein vorauszusehen war, ist geschehen. Die sogenannten Kommunalfortschrittlichen werden bei den am 8. Mai stattfindenden Stichwahlen in der zweiten Abteilung gemeinsam gegen die Sozialdemokratie vorgehen. Das „Neuköllner Tageblatt“ enthält in seiner gestrigen Nummer folgende Meldung:

Die Vertrauensmänner der beiden bürgerlichen Gruppen hielten am Montagabend eine Besprechung ab, in welcher der erfreuliche Beschluß gefaßt wurde, bei den bevorstehenden Stadtverordnetenstichwahlen in der zweiten Abteilung gemeinsam vorzugehen. Gleichzeitig wurde der Wunsch ausgesprochen, daß sich an den Stichwahlen auch diejenigen Wähler, die bei der Hauptwahl zu Hause geblieben sind, beteiligen möchten, um im Interesse der Stadt den bürgerlichen Kandidaten zum Siege zu verhelfen.

Im Interesse der Stadt den bürgerlichen Kandidaten zum Siege zu verhelfen ist gut. Die Kommunalfortschrittlichen haben vor den Hauptwahlen wenigstens wieder einmal ihr freirechtliches Wahlprogramm aushängen können. Jetzt, nachdem sie die Stimmen der Wahlrechtsfeinde par excoellencia brauchen, können sie das Programm wieder getrost an den Wähler hängen.

Unsere Genossinnen und Genossen werden bis zum Stichwahltag umso eifriger am Werke sein müssen, damit den bürgerlichen Herren noch weitere Niederlagen bereitet werden — und zwar, was auch wir betonen möchten — im Interesse der Stadt.

Zu einem Zusammenstoß zwischen einem Geschäftswagen der Firma Jakob Röhre-Neukölln und einem Straßenbahnwagen kam es borgefährlich nachmittags gegen 1/3 Uhr an der Ecke der Hermann- und Osterstraße. Dort fuhr der Geschäftswagen so scharf seitlich mit dem Vorderrad eines Straßenbahnwagens der Linie 58 zusammen, daß das Fahrzeug umgeworfen wurde. Der kutscher Paul Kubitzky aus der Madaistraße 16 und der 18jährige Helmuth Binder, Weberstraße 21 wohnhaft, wurden bei dem Anprall von ihren Sitzen geschleudert und erlitten Verletzungen an den Händen und Füßen.

Das Opfer eines schrecklichen Unfalles wurde der Eisenbahnarbeiter Joseph Dudek, Friedrichstr. 13 zu Johannisthal wohnhaft. D. war auf dem Neubau des Bahnhofs an der Kaiser-Friedrich-Straße, mit dessen Errichtung vor einiger Zeit begonnen worden ist, beschäftigt. Er hatte mit anderen Arbeitern an der Errichtung des Bahnhofs gearbeitet und dabei nicht das Verbot eines von Treptow kommenden Südringzuges beachtet. Während sich die Kollegen noch rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, wurde D. von der Lokomotive erfaßt und ein Stück mitgeschleift. Der Verunglückte erlitt schwere innere Verletzungen und Verwundungen und mußte in bedenklichem Zustande nach dem städtischen Krankenhaus gebracht werden.

Schöneberg.

Ein großes Schadenfeuer brach gestern früh kurz nach 3 Uhr in der Mühlenstraße 8, in der Kunstdruckerei Kunstheim S. Walz G. m. b. H. aus und beschäftigte die Feuerwehr volle vier Stunden. Die Räume der Kunstdruckerei liegen im zweiten Stock des Hofgebäudes auf dem dritten Hofe. Als man die Gefahr bemerkte, schlugen schon helle Flammen aus dem zweiten Stock hervor, so daß die Feuerwehr bei ihrer Ankunft eine gefährliche Situation vorfand. Das Feuer durchschlug auch an einer schadhaften Stelle die Decke nach dem dritten Stock, wo die Tischlerei für Möbel und Innenaufbau von Victor Szanto untergebracht ist. Hier lieferten die Holzvorräte und fertige Möbel den Flammen reichliche Nahrung. Branddirektor Pflüger ließ sofort mit fünf Schlauchleitungen eingreifen, die von Dampfstrahlen gespeist wurden. Die Raucherführer drangen über zwei mechanische Leitern gegen den Brandherd vor, hatten aber anfangs wegen der enormen Hitze einen schweren Stand. In der Hauptsache galt es, eine angrenzende Parkettfabrik, die stark gefährdet war, zu schützen, was schließlich auch gelang. Die Kunstdruckerei und die Tischlerei sind aber größtenteils ausgebrannt. Der Schaden wird von den beiden Firmen auf zusammen annähernd 50 000 M. geschätzt, da zum Teil wertvolle Maschinen, zum Teil künstlerische Arbeiten, Zeichnungen und Entwürfe zerstört worden sind. Ueber die Ursache des Feuers konnte noch nichts festgestellt werden.

Mariendorf.

Ein gewaltiger Dachstuhlbrand kam gestern in früher Morgenstunde in der Königsstraße zum Ausbruch. Das Feuer wüthete im Dachstuhl des Hauses Nr. 61 und hatte, als es bemerkt wurde, schon eine große Ausdehnung erlangt. Neben der Ortswehr eilten auch die Feuerwehren von Tempelhof und Lankwitz zu Hilfe. Den vereinten Bemühungen dieser Wehren gelang es nach angestrengter Löscharbeit, die Nachbargebäude zu schützen und den Brand auf den Dachstuhl dieses Hauses zu beschränken. Während die fremden Feuerwehren in der achten Morgenstunde wieder abrückten konnten, hatte die Ortswehr noch bis in die Mittagsstunden hinein mit den Nachlöscharbeiten und Aufräumungsarbeiten zu tun. Die Ursache des Feuers konnte noch nicht ermittelt werden.

Schönnow.

Durch Brandwunden den Tod gefunden hat der neunzehnjährige Schlosser Ernst Hammer aus Stahnsdorf. Der junge Mensch hatte auf dem Bahnhof in Schönnow Arbeiten verrichtet, wobei er durch Flammen, die seine Kleidung ergriffen hatten, derart zugerichtet wurde, daß er in hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhaus in Groß-Lichterfelde eingeliefert werden mußte. Gestern Morgen wurde er von seinen fürstlichen Qualen durch den Tod erlöst.

Tegel.

In der Gemeindevertretung am Montag wurden zunächst die neu- und wiedergewählten Vertreter eingeführt und durch den Schöffen Reichelt als stellvertretenden Gemeindevorsteher in einer kurzen Ansprache begrüßt. Unsere Fraktion ist, wie bekannt, jetzt mit 4 Genossen vertreten. — Unter den „Mittelungen“ erregte größeres Interesse ein umfangreiches Schreiben des Landrats, in dem auf die bekannte Verfügung des Ministers des Innern vom 29. März 1912 an alle Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern verwiesen wird. Des weitern wird eine Warnung vor größeren Ausgaben anlässlich der bekannten Neunternehmungen der Gemeinde ausgesprochen und auf den Erlaß betreffend das Aufsichts- und Kontrollrecht der Behörden nachdrücklich verwiesen, ebenso auf die Anleihschwierigkeit. Es werden dann höhere Tilgungssätze und frühere Mitteilung von geplanten Unternehmungen als bisher verlangt. Bei allen Anträgen auf Genehmigung von Anleihen seien umfangreiche Unterlagen für deren Notwendigkeit usw. beizufügen. Beabsichtigt sei nicht etwa ein Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, sondern nur eine umfangreichere Ausübung des recht- und geschwähigen Aufsichtsbereichs der Behörden. Dieser Erlaß zeitigte eine in der Tegeler Gemeindevertretung schon öfter gehörte Debatte über die Ursachen der Schuldenwirtschaft, als welche das Verbandskrankenhaus mit seinen 60 000 M. Zuschuß, die hohen Schullasten, die gerühmte und von den Aufsichtsinstanzen gebilligte Terrainspekulation und vieles andere angeführt wurden. Die Ungunst dieser örtlichen finanziellen Lage sei auch bedingt durch die allgemeine Lage im Staate und in vielen anderen Gemeinden. Hierbei wurde auch von neuem die kurzfristige Finanzpolitik des suspendierten Bürgermeisters Weigert erwähnt und von einem bürgerlichen Vertreter die Behauptung aufgestellt, daß der Gemeindevorstand nicht genehmigt sei, also eine Steuererhöhung sich notwendig machen dürfte. Auf diese Eventualität hatte bei der Staatsberatung auch schon Genosse Lichtenberg verwiesen. Die Behauptung blieb zunächst unividerprochen, vielleicht erfolgte in der nächsten öffentlichen Sitzung eine Aufklärung eventuell auch noch über andere Punkte, da man auf gewisser Seite weitere Mitteilungen erwartet hatte, als diese ausblieben, für den vertraulichen Teil der Verhandlungen „Vorbehalte“ angekündigt wurden. Der Herr Kommerzienrat von Vorfing allerdings sah wieder alles rosig an; er will abwarten, ob die Finanzlage der Gemeinde sich nicht doch noch halb verbessern und die beschriebenen Terrains gut verkauft werden können; auch andere Gemeinden erhöhen höhere Zuschläge, deshalb sei Schwarzerei nicht nötig. Der Gemeindevorstand verteidigte seine Terrainspekulationen, u. a. auch mit dem Hinweis auf die beschriebene Zustimmung. Genosse Lichtenberg hob hervor, daß die Schuldenerhöhung der Vorortgemeinden mit einer Folgeerscheinung ihrer raschen Entwidlung sei. Die höheren Linsen entständen u. a. durch eine vorzeitige Schuldaufstellung, z. B. durch die Realschule, deren Anforderungen gegenüber der Volksschule zu hoch bemessen seien. Auch seien die Terrains viel zu teuer bezahlt worden, man hätte sie lieber gar nicht erwerben sollen.

Sodann wurde über den bekannten Aufruf zur Unterstützung der Reichsfliegerkristung verhandelt. Herr von Vorfing plädierte für private Aufbringung der Mittel, der Kassenbesitzer Herr Schäfer dagegen trat für gemeindliche Unterstützung ein, „da dadurch jede weitere spätere Unterstützung für ähnliche Zwecke illusorisch gemacht würde“. Die beantragten 150 Mark wurden aber abgelehnt, ebenso zunächst eine Linsenammlung, diese wurde jedoch trotzdem vorgenommen mit einem Ertrage von 280 M.

Der Verlagsantrag betreffs einer elektrischen Bahn nach Heiligensee, der schon verschiedene Sitzungen beschäftigt, erfährt eine übermäßige Abänderung. Gegenüber dem ursprünglichen Verträge hat die Gemeinde Heiligensee die unvollständigen Vorteile für sich herausgeholt, und um die ganze Sache nicht scheitern zu lassen, stimmte die Tegeler Vertretung allen gewünschten Verbesserungen zu. — Weiter wurde dem Erlaß eines Ortsrats über die Einschränkung der Sonntagsarbeit in offenen Verkaufsstellen mit Ausnahme der Nahrungs- und Genussmittel, sowie Blumenhandelsstände zugestimmt, ebenso dem Verträge mit der Provinzialverwaltung über die Gerabedelegung der Schloßstraße. Die Brücke über das Biech soll statt der zunächst von der Provinzialverwaltung geplanten Breite von nur 11 Metern, jetzt ein Maß von 20 Metern erhalten, in Rücksicht auf den steigenden Verkehr und die projektierte Straßenbahn in Tegel-Heiligensee. Bei dieser Gerabedelegung der Straße wird endlich jener allen Besuehern des herrlichen Schloßparks und Waldes hinter Tegel bekannte Knick beseitigt, der die Ursache vieler Unglücksfälle für Fuhrwerk und Passanten gewesen. — Bei dem Punkt: Verlegung der Jahresrechnung für 1910 verlangte Gen. Lichtenberg ein bescheidenes Verfahren; das alte Uebel, das er schon bei der Stadtberatung monierte, müsse beseitigt werden. Herr Schöffe Reichelt versprach dem nachzukommen; wahrscheinlich werde schon im Oktober die Vorlage erfolgen, jedenfalls aber vor der Stadtberatung, um bei dieser verworfen werden zu können.

Dem Nachtragsverträge über Bemilligung eines unverzinslichen Kreidendarlehns von 75 000 M. als Baubehilfe zum Zweckverbandskrankenhaus wurde ebenfalls zugestimmt. — Die Vorlage: Schwimmbalgen am Seeufer anzulegen, wurde abgelehnt und dies u. a. damit motiviert, daß die Schwimmer sich doch nicht danach richten und diese Balgen für die Schifffahrt gefährlich werden würden. Bei dieser Erörterung wurde auch über die Verstaatlichung des neuangelegten Seeufers mit seinen Blumenanlagen gellt; dieser so stark betonte „Clou“ des schiffahrtstreibenden Tegel mit den vorgetragenen Aneinander, Seestrand usw. wurde jedoch auf seine Nichtigkeit zurückgeführt; die ganze Anlage wäre eine richtige „Kateridee“ des suspendierten Bürgermeisters gewesen, wobei die Gemeinde reingefallen sei. Für dieses Jahr soll alles in seiner jetzigen Verfassung bleiben. — Sodann hatte die Gemeindeverwaltung die Anlage von drei Bootslegen vorgelegt; nach längerem Zur und Wider einigen man sich auf nur einen Steg, um erst Erfahrungen zu sammeln. Die Kosten betragen vorläufig 1716 M., für die ganze Anlage circa 6700 M.

Zum Schluß der öffentlichen Sitzung erledigte man noch eine Angelegenheit, die sich bereits seit Jahren hingog. Jetzt erbotien sich die drei abgehenden Anlieger am See, einen Geländestreifen von 1019 Meter (8 M. pro Meter) zu erwerben, die Kosten wollen sie tragen, wenn die Gemeindevertretung ihrem Kaufangebot zustimmt. Da das Kostenfestsetzungsverfahren bei Gericht bereits schwebt, so würde die Gemeinde hierbei nicht allzu schlecht fahren, und so wurde denn auch diesem Antrage entsprochen, der Vergleich ist damit angenommen. Die Gemeinde ist in diesem Seeuferstreifen unterlegen und hat demnach noch an den Stromflus für einige hundert Meter Seefläche Entschädigung zu leisten.

Eingegangene Druckschriften.

Die Erde. Von Dr. A. Lindemann. Band II: Geologie der deutschen Landschaften. Lieferung 1. Französische Verlagshandlung, Stuttgart. 80 S.

Gesundheitsgesetz vom 20. Dez. 1911. 20 Bf. E. Schumann Verlag, Berlin W. 8.

- Italiens Mittelmeerpolitik und die Dreihandlung. Von J. Rudolff. 1 B. Verlagsgesellschaft Leipzig, Leipzig.
- In meinen Ruhestunden. Naturwissenschaftliche Anregungen und Mitteilungen für unsere Jugend. Herausgegeben von Prof. Dr. A. Smolik. 6., 8. und 7. Hft. Französischer Verlagshandlung, Stuttgart. Halbjährlich 1,50 M. 6 Hfte.
- Jellular-Gebit als moderne Nachfolge Christi. Von B. Klein-Sorgen. 3 B. H. Kroener, Leipzig.
- Neueste Erfindungen und Erfahrungen. 6. Hft. Herausgegeben von Dr. L. Santina. 70 Bf. H. Hartleben, Wien.
- Nord-Schleswig von 1864—1911. Von R. Kadprang. 4,50 M., geb. 5,50 M. E. Diederichs, Jena.
- Freie oder beschränkte Kräftewahl? Von S. Schmeiser. 50 Bf. Selbstverlag in Regensburg, Bräutlestr. 18.
- Die Erforschung der Pole. Von Prof. Dr. G. Braun. Mit Abbildungen und Karten. Theod. Thomas Verlag, Leipzig. 1 M., geb. 1,50 M.
- Die Vorbedingungen für erfolgreiche koloniale und überseeische Betätigung. Von A. Deuburg. 1 M. H. Borngraber, Berlin W. 30.
- Kubidos Note. Eine frohe Koloristik vom Rhein. Von G. Gatz. 2,50 M., in Originalband 3,50 M. L. Giesemann, Leipzig.
- Ueber Erwerbung und Beerbung des musikalischen Talentes. Von P. Hammerer. 1 M. Th. Thomas, Leipzig.
- Die gesetzliche Regelung der Tarifverträge. Von H. Kelpart. 1 M. General-Kommission der Gewerkschaften, Berlin, Engelstr. 13.
- Die Kinematographie der Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft. Von G. Kuntze. 1 M. Edm. Demme, Leipzig.
- Abrechnung 1912 sämtlicher Bergwerke, Gruben- und Walzwerke Deutschlands nebst der Nebenbetriebe. In Leinwand gebunden 8 M. G. H. Ludwig Degener, Leipzig.

Briefkasten der Redaktion.

Die jährliche Sprechstunde findet am Freitag, den 27. März, von 10 bis 12 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Beitrag ist ein Dankeschreiben und eine Zahl als Beleg zu versehen. Briefliche Antworten werden nicht ertheilt. Anfragen, denen keine Abnehmerantwort betragt ist, werden nicht beantwortet. Ullige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

N. 20. 83. Falls das Urteil zugestimmt ist, verzichtet der Antragssteller in 30 Jahren. Die Forderung des Antrags an den Nachlass ist zulässig, sobald die Erbfolge eingetreten ist. Der Antrag auf Forderung und Ueberweisung ist unter Befugnis des Urteils bei dem Amtsgericht zu stellen, in dessen Bezirk der Schuldner seinen Wohnsitz hat. — G. 2. 2. 1. Sie sind nicht verpflichtet, die Beträge zu zahlen, und berechtigt, das bereits gezahlte Geld herauszuverlangen. 2. Das Amtsgericht. — M. G. 29. Für die letzten zwei Jahre ja. Außerdem kann Strafverfügung gestellt werden. — Jurist. 113. Amtsgericht Berlin-Mitte, Neue Friedrichstr. 12/13. Zahl und Einlegung kann der Herrerk ablehnen. — G. 99. Ohne Kenntnis des Inhalts der Satzungen nicht zu beantworten. — G. 3. 100. 1. Ja. 2. 2 Mark für das Kalenderjahr sind zu Recht gefordert. — G. 2. 7. Der Zahlungsanspruch ja, dagegen nicht der Herausgabeanpruch. — G. 100. Der Knabe heißt H. Unterhaltspflicht haben Sie nicht, auch ist der Knabe nach Abren nicht erbrechtigt. — G. 5. 100. In 30 Jahren, vom Tage der Hingabe ab gerechnet. — M. M. 22. 1. In 30 Jahren. 2. Fordern Sie von dem Anwalt die Herausgabe eventuell auch, wo die Urkunden geblieben sind. — G. 2. 1. Kein. 2. u. 3. Nehmen Sie unter Hinweis auf das Armenrecht die Zahlung ab. — G. 2. 25. 1. 10 bis 20 M., für jeden Besuch 2 M., Zahl nicht vorgeschrieben. 2. Die Wartezeit ist noch nicht erfüllt. — M. C. 3. Steglitz. Mit Zustimmung des gesetzlichen Vertreters ja. Stellen weisen wir nicht nach. — G. 2. 22. In der Regel nein. — G. 2. 55. Sie können den Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen den Hausgenossener beantragen. Besondere Beträge ist nicht notwendig. Zur Vertragsstiftung reichen die Urkunden nicht aus. — Otto, Neukölln. Ihr Sohn kann auf Herausgabe des Kindes klagen. Die Kosten richten sich nach dem Objekt, das vom Gericht festgesetzt wird. Verjährung tritt nicht ein. — G. 3. 67. Sie können bei dem hiesigen Landgericht auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft klagen. Die Klage ist durch einen Rechtsanwalt anhängig zu machen. — G. 2. 51. 1. Ja. 2. Die Klage, die nach Ihrer Darstellung begründet ist, ist bei dem Amtsgericht Berlin-Tempelhof, Quakenb. 11/12/13, zu erheben, sofern das Objekt 600 M. nicht übersteigt. Sei einem höheren Objekt durch einen Rechtsanwalt beim Landgericht II. — G. 2. 70. 1. Nein. Außerdem erscheint zur Erlangung der Altersrente die Wartezeit nicht erfüllt zu sein. 2. So lange, als die Eltern bedürftig und Sie zur Leistung imstande sind. — G. 2. 12. 150 M. Bei Bedürftigkeit kann Ermäßigung bis auf 5 M. erfolgen. Die Darlegungen in der Schadensberechnung sind, abgesehen von der Höhe des Schadens, noch zurecht. Die neue Gesetzesvorlage der Regierung wird zuerst in der Kommission beraten. — G. 3. 82. Sie haben Anspruch auf Zahlung, jedoch kein Recht zum Verleihen. — M. 2. 103. Zur Zahlung, wenn der geschiedene Mann die Ehelichkeit des Kindes innerhalb Jahresfrist, nachdem er Kenntnis von der Geburt erhalten hat, durch Klage anzeigt. — G. 2. 79. Ja, sofern Sie Ihre Behauptungen beweisen können. — U. 23. Eine Klage erscheint durchzuführen. — G. 2. 100. Es bleibt nur die Klage übrig. Vielleicht ist ein Armenantrag zu erlangen. — R. 2. 1046. 1. Ja, sofern Sie katholisch sind. 2. Bei der Kirchenbehörde. — G. 2. 31. 1054 Forderung erfolgt, kann die Frau intervenieren. — P. 30. Ja. — Wette wird von und grundsätzlich nicht entschieden. — Sub. Bei dem dortigen Rechtsw.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Buch und anderen Heilkräften. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilkräft bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Belegzetteln sofort ihre Adresse einsenden, da bei verspäteter Bestätigung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleistet werden.

Witterungsübersicht vom 24. April 1912.

Stationen	Barometrische Höhe in mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad Celsius	Stationen	Barometrische Höhe in mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad Celsius
Swinemünde	772	SW	1/2	hell	10	Saparanda	768	—	—	6 halb bb.	6
Danzig	772	O	2	wolkig	11	Petersburg	768	SW	—	wolkig	10
Berlin	771	O	1	6 halb bb.	11	Odessa	769	SW	—	2 halb bb.	12
Frankfurt	767	NO	3	heiter	10	Aberdeen	776	SW	—	1 wolkig	7
München	767	NO	4	heiter	7	Paris	766	NO	—	3 wolkig	9
Wien	769	NO	1	bedeckt	9						

Wetterprognose für Donnerstag, den 25. April 1912.
Ein wenig kühler, zeitweise mollig, bei mäßigen nördlichen Winden; keine oder unbedeutende Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Station	am 23. 4.		am 22. 4.		
	am	seit	am	seit	
Wasserstand	23. 4.	22. 4.	23. 4.	22. 4.	
	cm	cm	cm	cm	
Remel, Mühl	244	-6	Saale, Gochsburg	92	0
Bregel, Jüterburg	212	-2	Havel, Köpenick	88	0
Geisel, Thorn	215	-4	Havel, Köpenick	142	-4
Oder, Rathow	152	-4	Spreewald, Spreewald	73	-2
„ Krossen	161	-10	„ „ „	85	0
„ Frankfurt	174	-7	„ „ „	157	-1
„ Berlin, Schumm	60	-4	„ „ „	242	-1
„ Landsberg	64	-8	Havel, Ragow	372	-6
„ „	96	-2	„ „ „	178	-4
„ „	—	-3	„ „ „	177	-7
„ Dresden	-126	-6	„ „ „	63	-12
„ „	146	-0	„ „ „	141	-4
„ Magdeburg	124	-4	„ „ „	66	-9

1) + bedeutet Aufschw. — Fall — ? Unterpegel.

Rayon-Seife / eine neuartige Haaltseife von fabelhafter Wirkkraft. Preis pro Stück 20 Pf. — Jetzt überall erhältlich.

6 hervorragend billige Angebote

Jackett-Anzüge

Hochmoderne Stoffe u. Fassons - Vorzüglichster Sitz - Exzellente Erzeugnisse unserer Kleiderwerke

- | | | | |
|---|------|--|------|
| Jackett-Anzüge SERIE I
braun und graue Phantasiestoffe nach engl. Art, ganz vorzüglich im Tragen | 21.- | Jackett-Anzüge SERIE IV
Cheviots in den neuesten Mustern, gestr. u. kariert, sehr haltbar u. vornehm aussehend | 36.- |
| Jackett-Anzüge SERIE II
gestreifte u. kleinkarierte Cheviots u. Kammgarnen in den neuesten Mustern | 27.- | Jackett-Anzüge SERIE V
Kammgarn u. Cheviots, neueste Ausmusterung, elegante Verarbeitung . . . | 40.- |
| Jackett-Anzüge SERIE III
grau, braun, oliv u. grünlicher Cheviot mit feinen Streifen u. bunten Effekten | 33.- | Jackett-Anzüge SERIE VI
Marengo oder buntfarbige Cheviots, „Edel englisch“, Ersatz für Maßarbeit | 50.- |



B'auve Cheviot-Anzüge
1- und 2-reihig, aus guten Stoffen, elegante Ausstattung

36.-

Schüler- u. Jünglings-Anzüge
reichhaltigste Auswahl
auffallend billige Preise

Rock-Anzüge
hochfeine marengo Cheviots oder Meltons, mit feingestricelter Hose in vielen Preislagen

BaerSohn

Kleiderwerke - Deutschlands größte Fabrik dieser Art
Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt Katalog Nr. 41 (Neueste Moden) kostenlos und portofrei

Theater.
Donnerstag, 25. April 1912
Vorläuf. 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Cavalleria rusticana. Bolz. Kgl. Schauspielhaus. Freundlich. Teufel. George Dandin. Julius Schumann. Gala-Vorstellung. Oberland. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Urania. Tugendkrone 48/49. Weltbäder an europäischen Küsten. Kammerstücke. Sumurun. V. d. G. Hedda Gabler. Sturfschützen. Oberst Oberst. Komische Oper. Jar und Zimmermann.
Westen. Die schöne Helena. Neues. Lottchen Geburtstag. Geny und Janny. Hölzer. Hedenjos. Königgrätzer Straße. Die fünf Frankenstücke.
Neues Schauspielhaus. Mit-Gelbelberg.
Neues. Der liebe Augustin. Residenz. Alles für die Firma. Lustspielhaus. Das lausige Nest. Berliner. Große Nerven. Neues Operetten. Mädchenmarkt. Schiller O. Der Kompagnon. Ein Charlotteburg. Der scharfe Junker.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Ernesto Ricca. Sulten. Ich lasse dich nicht. Rose. 5 x 100 000 Teufel. Metro-Goldwyn. Trianon. Der Chemist am Fenster. Ein angebrochener Abend. Thalia. Antilöcher. Wintergarten. Spezialitäten. Casino. Die lustige Strohwitwe. Nyone. Spezialitäten. Warner. Spezialitäten. Herrfeld. Der Hausstufel. Wie man Männer bessert. Reichshallen. Eine Hochzeit in der Müllerstraße. Anfang 8 1/2 Uhr.
Polier Caprice. Da Polier Caprice. Dalhalla. Berliner Kisten. Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Der Meister. Königgrätzer-Kasino. Spezialitäten.
Gartenstraße. Spezialitäten. 57-62.
Schiller-Theater O. Berliner. Theater. Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Kompagnon. Freitag, abends 8 Uhr: Die Jüdin von Toledo. Sonnabend, abends 8 Uhr: Der scharfe Junker.
Schiller-Theater Charlottenburg. Donnerstag, abends 8 Uhr: Der scharfe Junker. Freitag, abends 8 Uhr: Lady Windermere's Fächer. Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Kompagnon.
Berliner Theater. Abends 8 Uhr: Große Nerven.
Theater in der Königgrätzer Straße Abends 8 Uhr: Die 5 Frankfurter.
Neues Theater. Abends 8 Uhr: Der liebe Augustin. Sonntag 3 1/2 Uhr: Der Vogelkäsler.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander. 8 Uhr: Alles für die Firma. Schwanz in 3 Akten von R. Dannequin und G. Witzel. Morgen u. folgende Tage: Alles für die Firma. Sonntag, 28. April, nachm. 3 Uhr: Ein Walzer von Chopin.
Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Die schöne Helena. Sonntag 3 1/2 Uhr: Wiener Blut.
Luise-Theater. Täglich 8 Uhr: Ich lasse dich nicht. Sonntag 3 Uhr: Wilhelm Tell.
ROSE-THEATER
George Frankfurter Str. 132. Abends 8 Uhr: 5 x 100 000 Teufel. Freitag: 5 x 100 000 Teufel.
Metropol-Theater. Wegen Vorbereitung heute geschlossen. **Sonnabend, den 27. April,** abends 7 1/2 Uhr, zum erstenmal: **Schwindelmeier & Comp.** Phantastisch musikalische Komödie in 3 Akten nach W. Ambert u. R. W. Thompsons „Die Arcadien“, völlig frei bearbeitet von J. Freund. Musik von E. Konikow, Howard Talbot und A. Nelson. In Szene gesetzt vom Direktor H. Schulz. Länge arrangiert von Bill Bishop.
Apollo Theater
Ab 8 Uhr
Rechte Woche
des großen komischen Programms mit dem **Tagesgespräch von Berlin Bellini.**
Herrnfeld Theater
Schluß diesjähriger Spielfaison: **Montag, 29. April** bis dahin täglich: **Wie man Männer bessert**
2 Akte von Anton u. Donal Herrnsfeld mit den Kastraten in den Hauptrollen. Hierzu die Revität:
Der Hausstufel. Anfang 8 Uhr. Billetsverkauf 11-2 (Theaterkass.)
Voigt-Theater. Donnerstag, den 25. April 1912: Gastspiel in **Schönhauser Publmanns Theater, Allee 148.** Verlobt durch das Lied. Original-Ballett mit Gesang in 3 Akten von R. Anselmi. Rosenöffnung 7, Anfang 8 1/2 Uhr.

Freie Volksbühne
Dienstag, den 30. April, abends 8 1/2 Uhr: **Generalversammlung** im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: 1. Vortrag Heinrich Schulz: **Alle u. neue Wege der Arbeiterbildung.** 2. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes, Bericht der Revisoren. 3. Diskussion und Verschiedenes.
Thalia-Theater Schönthau: **Der Raub der Sabinerinnen.** **Neues Schauspielhaus** Calderon: **Das Leben ein Traum.**
Residenz-Theater 5, 12. Mai; Emil Augier: **Die arme Löwin.**
Abendabteilungen **Herrnfeld-Theater** (letzte Aufführung) Nestroy: **Titus und Salome.** **Simson und Delila.**
Die Mitglieder d. Nachmittagsabteilungen können zu den **Montagabendvorstellungen** im Neuen Schauspielhaus Gastkarten a 1.50 M. beim Obmann im Theater (7-8 Uhr) erhalten. 212/15

Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies“
zu Berlin. E. G. m. b. H. Kottbuser Ufer 44.
Sonnabend, 27. April 1912 in den Concordia-Festsälen Andreasstr. 64, nahe Andreasplatz:
10. Stiftungsfest
MITWIRKENDE:
Margarete Walkotte, Bruno Zander, Tenor, Emil Walkotte, Rezitation, Willi Deckert, Cello, Johannes Cotta. - Am Flügel: Erwin Feustel.
Billets inkl. Tanz 60 Pl. sind zu haben an der Kasse.
Anfang 8 1/2 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Alle Baugenossen, Freunde und Gönner unserer Sache sind hierzu freundlichst eingeladen. Das Komitee.
104/16

„Clou“ Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Nur noch 4 Tage!!
Großes Konzert!
Heute: Musik d. 1. Grd.-Drag.-Regts. Dirig. Oberm. Baars. Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachmittags: **Großes Promenaden-Konzert** bei freiem Eintritt.
Heute: Musik d. 2. Grd.-Drag.-Regts. Dirig. Oberm. Peschke.
Folies Caprice. Täglich 8 1/2 Uhr: **Die Saison-Schlager** **Der Polizeihund.** **Das Broadway-Girl.**
Casino-Theater Vorkämpfer Str. 37. Täglich 8 Uhr. Das glänzende Revueprogramm mit **Grete Gallus.** Abends: **Lachkäse!** Der Polierhändler. **Die lustige Strohwitwe.**

Am 2. Mai unwiderruflich Abschiedsvorstellung.
Zirkus ♦♦♦♦ A. Schumann
Heute Donnerstag, den 25. April. Austr. d. hier noch nie gesehenen **Don-Kosaken** mit **Orig.-Steppenpferden** in ihren Sitten und Gebräuchen sowie das übrige Sportprogramm. Um 9 1/2 Uhr: Das größte Ausstattungsgesetz der Gegenwart **Das Motorpferd** in 5 Akten mit d. glänzenden, feenhaften Schlußapothose.

Passage-Theater. Gastspiel **Gertrude Barrison** **Karl Hollitzer** **Das Geisterfenster** und das große April-Programm mit 10 neuen Attraktionen!

Ki-Ko Kwoll
früher Neues Kgl. Operntheater.
Lichtspiele in wirklichen Naturfarben Kinemakolor.
Bis auf weiteres das von der gesamten Presse glänzend besprochene, farbenprächtige Eröffnungsprogramm. **Gr. Orchester mit Gesang.** Unsere Eintrittskarten berechtigen auch zum Besuch des **Konzertgartens.**

Concordia - Festsäle. Inh.: M. Wendt & A. Schütze. 64 Andreasstraße 64.
Heute Donnerstag: **Letzte Große Soiree** d. allgemein beliebten und bekannten **Hoffmanns Sänger.** Direktion Fr. Fanter **Das vierte Gebot.** Anfang 8 Uhr. Nach der Soiree: **Frei-Tanz.** Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Urania. Wissenschaftliches Theater. 8 Uhr: **Weltbäder an europäischen Küsten.** (Von Hamburg bis Lissabon.)
Passage-Panoptikum. **Das vereinte Riesenpaar** Bränbild und Dusorc Deutschland u. Frankreich **Hede, das Löwenmädchen** halb Mensch - halb Animal lebend zu sehen **Ohne Extra-Entree.**

Trianon-Theater. Anfang 8 Uhr. **Der Ehemann am Fenster.** Strauß: Ein angebrochener Abend.
Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße, z. Z. einziger **Eispalast Deutschlands** Allabendl. d. sonst Eisballott „Yvonne“. Die kl. Walk-Königin Charlotte. Weltmeister Bror Meyer. Nachm.: Kunstlauf-Produktionen. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassenpreise. **Restaurant I. Ranges.** Wein- und Bier-Abteilung.

Reichshallen-Theater. **Stettiner Sänger** Zum Schluß: **Eine Hochzeit in der Müllerstraße.** Furieste von Wienel. Anfang: **Wochentage 8 Uhr.** **Sonntage 7 Uhr.**

Königstadt-Kasino. Gde. Holzmart. u. Alexanderstraße Bis 30. April täglich ab. 1/2 11. Inm. Krug zum grünen Kranz und das glanzvolle Spezialitäten-Programm. - Vorzugskarten haben an allen Wochentagen Gültigkeit.
Mentes Volksgarten Inh. Walter Schröder Telefon: Kant. Nützenberg Str. 164. **Lichtenberg, Nordstr. 28/29** **Belanger's Landbühnen Kiste.** Vom Alexanderplatz 15 Minuten. (Linie 64, 67, 71.) **Linie Alexanderplatz - Gedenkhöfen.** Vom 1. April jeden Dienstag, Donnerstag **Frei-Tanz.** **Sonntage: Großer Ball**

